

Konsolidierter Jahresabschluss 2016

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Fakten und Zahlen auf einen Blick

Ratings

	Fitch Ratings (Verbundrating)	Standard & Poor's
Long-Term Issuer Default Rating (Langfristige Kreditbewertung)	AA-	AA-
Short-Term Issuer Default Rating (Kurzfristige Kreditbewertung)	F1+	A-1+
Support Rating (Unterstützungsbewertung)	5	*)
Outlook (Ausblick)	Stable	Stable
Individual Rating	aa-	aa-

*) Standard & Poor's führt hier keine Einstufung durch.

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ertragslage			
Zinsüberschuss	18.826	20.021	-6,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-522	-74	>100,0
Provisionsüberschuss	5.963	5.798	2,8
Ergebnis aus Finanz- und Warengeschäften ¹	942	409	>100,0
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft ²	1.119	993	12,7
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.308	9.787	-15,1
Konsolidierter Jahresüberschuss	5.898	6.967	-15,3
Vermögenslage			
Forderungen an Kreditinstitute	41.433	32.988	25,6
Forderungen an Kunden	733.155	700.608	4,6
Risikovorsorge	-7.520	-7.631	-1,5
Handelsaktiva	48.270	53.570	-9,9
Finanzanlagen	251.965	249.960	0,8
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	89.435	82.766	8,1
Übrige Aktiva	59.042	50.258	17,5
Finanzlage			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	103.282	99.505	3,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	774.302	739.218	4,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	71.122	70.248	1,2
Handelspassiva	44.139	45.397	-2,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	84.125	78.929	6,6
Übrige Passiva	40.241	36.215	11,1
Eigenkapital	98.569	93.007	6,0
Bilanzsumme	1.215.780	1.162.519	4,6
Geschäftsvolumen³	1.599.431	1.510.001	5,9
Rentabilität/Effizienz			
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	67,0	63,6	
Eigenkapitalrendite (in Prozent) ⁴	8,7	7,8	
Durchschnittliches Eigenkapital	95.788	89.754	
Gesamtkapitalrendite (in Prozent) ⁵	0,5	0,6	
Bankaufsichtsrechtliche Kennziffern			
Kernkapitalquote (in Prozent)	13,1	12,4	
Gesamtkapitalquote (in Prozent)	16,1	15,8	
Beschäftigte zum Stichtag	181.740	187.616	-3,1

(Fußnoten 1-5: siehe Umschlag Innenseite hinten)

1

Konsolidierter Jahresabschluss 2016

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

2

Inhalt

In aller Kürze	5
Lagebericht 2016	7
Grundlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	7
Struktur und Geschäftsmodell sowie Besonderheiten als IPS	8
Geschäftsverlauf	9
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	11
Geschäftssegmente der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	20
Personalbericht und Nachhaltigkeit	25
Personalbericht	26
Nachhaltigkeitsbericht	32
Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht	35
Grundlagen	37
Chancen und Chancenmanagement	38
Risikomanagement in einer dezentralen Organisation	39
Risikokapitalmanagement	44
Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken	48
Prognosebericht	51
Gesamt- und Kreditwirtschaft	52
Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	54
Konsolidierter Jahresabschluss 2016 der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	57
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	58
Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	59
Bilanz zum 31. Dezember 2016	60
Veränderungen des Eigenkapitals	62
Kapitalflussrechnung	64
Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss	67
A Allgemeine Angaben	68
B Ausgewählte Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	70
C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	74

3

1. Angaben zu Geschäftssegmenten	74
2. Zinsüberschuss	77
3. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78
4. Provisionsüberschuss	78
5. Handelsergebnis	79
6. Ergebnis aus Finanzanlagen	79
7. Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	79
8. Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	80
9. Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	80
10. Versicherungsleistungen	80
11. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	84
12. Verwaltungsaufwendungen	84
13. Sonstiges betriebliches Ergebnis	84
14. Ertragsteuern	85
D Angaben zur Bilanz	86
15. Barreserve	86
16. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	86
17. Risikovorsorge	87
18. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	87
19. Handelsaktiva	88
20. Finanzanlagen	88
21. Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	89
22. Sachanlagen und Investment Property	89
23. Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	90
24. Sonstige Aktiva	91
25. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	92
26. Verbriefte Verbindlichkeiten	92
27. Handelspassiva	93
28. Rückstellungen	94
29. Versicherungstechnische Rückstellungen	96
30. Sonstige Passiva	98
31. Nachrangkapital	99
E Angaben zu Finanzinstrumenten	100
32. Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	100
33. Fälligkeitsanalyse	101
F Sonstige Angaben	102
34. Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennziffern	102
35. Finanzgarantien und Kreditzusagen	102
36. Treuhandgeschäft	103
37. Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe	103
38. Leasingverhältnisse	104
39. Bestandsbewegung der Bausparkasse Schwäbisch Hall	105
40. Bewegung der Zuteilungsmasse der Bausparkasse Schwäbisch Hall	106
41. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft der Hypothekenbanken	107
42. Vorstand des BVR	110
Anlage: Maßgebende Rechnungslegungsgrundsätze	111

5

In aller Kürze

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken hat auf konsolidierter Basis im Geschäftsjahr 2016 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 8,3 Milliarden Euro erzielt. In ihren Konsolidierten Jahresabschluss bezieht die FinanzGruppe unter anderem alle 972 Genossenschaftsbanken in Deutschland ein sowie die DZ BANK und die Verbundunternehmen wie die Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment oder die R+V Versicherung. Das kräftig wachsende Kundengeschäft prägte das Ergebnis maßgeblich, konnte die sinkenden Zinserträge allerdings nur teilweise kompensieren. Auch wenn die FinanzGruppe damit nicht an das außergewöhnlich gute Ergebnis des Vorjahres von 9,8 Milliarden Euro Gewinn vor Steuern anknüpfen konnte, präsentiert sie sich mit einem erneut erfolgreichen Geschäftsjahr dennoch als eine der ertragsstärksten Bankengruppen Europas.

Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist im Markt erfolgreich, verfügt über eine breite Kundenakzeptanz, weist eine starke bilanzielle Kapitalausstattung auf und kann die Risiken aus der Niedrigzinspolitik aus eigener Kraft auch längerfristig tragen. Mit Großprojekten im Vertriebs- und Digitalisierungsumfeld und einem effizienten Organisationsumbau gestaltet die FinanzGruppe die Zukunft. Sie begleitet ihre Kunden in die Welt des digitalen Bankings; dennoch werden der persönliche Kontakt und die qualitativ hochwertige Beratung wesentliche Elemente des genossenschaftlichen Geschäftsmodells bleiben.

Ausdruck des starken Kundengeschäfts ist ein um 2,8 Prozent auf rund 6,0 Milliarden Euro gestiegener Provisionsüberschuss. Der Zinsüberschuss, geprägt von den Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase, betrug 18,8 Milliarden Euro, nach 20,0 Milliarden Euro im Vorjahr. Ihr bilanzielles Eigenkapital konnte die FinanzGruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr aus eigener Kraft auf 98,6 Milliarden Euro erneut deutlich ausbauen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreichte der konsolidierte Jahresüberschuss der genossenschaftlichen FinanzGruppe nach Steuern 5,9 Milliarden Euro – nach 7,0 Milliarden Euro im Vorjahr. Mit einer Erhöhung um 4,6 Prozent auf über 1,2 Billionen Euro im Jahr 2016 weist die konsolidierte Bilanzsumme der genossenschaftlichen FinanzGruppe ein stabiles Wachstum auf. Größter Wachstumstreiber auf der Aktivseite der konsolidierten Bilanz war absolut gesehen das Kundenkreditgeschäft. Langfristige private Baufinanzierungen wurden auch 2016 wieder stark nachgefragt. Die Kundenkredite stiegen insgesamt um 4,6 Prozent auf 733,2 Milliarden Euro im Berichtsjahr. Im Kreditgeschäft mit Firmenkunden (Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und Selbstständige) legten die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Wesentlichen bei den Krediten an Dienstleister zu. Bei den Kundeneinlagen konnte die FinanzGruppe um 4,7 Prozent auf 774,3 Milliarden Euro zulegen und sorgt damit für eine weiterhin gesunde Finanzierungsstruktur.

EDITORIAL	
LAGEBERICHT 2016	
KONSOLIDierter JAHResABSCHLUSS 2016	
ANLAGE	

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

7

Lagebericht 2016

Grundlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

8

Struktur und Geschäftsmodell sowie Besonderheiten als IPS*

Mit dem vorliegenden Lagebericht wird der Konsolidierte Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ergänzt.

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken umfasst als konsolidierte Einheiten neben 972 Primärbanken (Vorjahr: 1.018) den DZ BANK Konzern, die Münchener Hypothekenbank eG (MHB) sowie die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG). Zu den einbezogenen Primärbanken zählen auch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, die Sparda-Banken, die PSD Banken und Sonderinstitute wie die BAG Bankaktiengesellschaft.

Die Primärbanken sowie die MHB stellen die rechtlich selbstständigen, gleich geordneten Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe dar, während die übrigen Unternehmen beziehungsweise Konzerne als Tochterunternehmen einbezogen sind.

Das in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eingerichtete institutsbezogene Sicherungssystem als duales genossenschaftliches Sicherungssystem besteht neben der Sicherungseinrichtung des BVR aus dem BVR-ISG-Sicherungssystem. Beide institutsbezogenen Sicherungssysteme ergänzen sich.

Die weitergehenden Grundsätze und Methoden des institutsbezogenen Sicherungssystems werden im Abschnitt „Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht“ dargestellt.

Abgrenzung der wesentlichen Segmente

Die Definition der im Geschäftsverlauf dargestellten Segmente Bank, Retail, Immobilien und Versicherung sind im Abschnitt „Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss“ ab Seite 67 zu finden.

*Institutional Protection Scheme.

EDITORIAL	
LAGEBERICHT 2016	
KONSOLIDierter JAHRESABSCHLUSS 2016	
ANLAGE	

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

9

Lagebericht 2016

Geschäftsverlauf

10

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft zeigte sich auch im Geschäftsjahr 2016 robust. Das dritte Jahr in Folge konnte die Statistik eine höhere Wachstumsrate als im Vorjahr ausweisen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs preisbereinigt um 1,9 Prozent gegenüber 2015 (Vorjahr: 1,7 Prozent). Damit hat sich die Dynamik des Aufschwungs weiter verstärkt.

Wesentliche Impulse kamen vor allem aus dem Inland. Der private Konsum stieg mit einer Rate von 2,1 Prozent etwas stärker als im Vorjahr (2,0 Prozent). Eine stabile Arbeitsmarktsituation sowie ein günstiges Finanzierungsumfeld durch die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unterstützten die Ausgaben der privaten Haushalte. Insbesondere die staatlichen Konsumausgaben wuchsen mit 4,0 Prozent deutlicher als im Vorjahr (2,7 Prozent). Der Anstieg stand dabei in engem Zusammenhang mit den staatlichen Leistungen zur Bewältigung der Flüchtlingsströme sowie Kosten für die Integration.

Hingegen blieb das Wachstum bei den Investitionen noch eher mäßig. Der wirtschaftliche Aufschwung zeichnet sich bis dato im Vergleich zu früheren Konjunkturbelebungen durch eine nur unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit aus. Zudem waren die Investitionen über die Wirtschaftssektoren hinweg ungleichmäßig verteilt. Zwar fielen die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Wachstum von 2,2 Prozent moderat aus, allerdings ging der Anstieg vor allem auf eine deutliche Belebung der Wohnungsbauinvestitionen zurück. Der Wirtschaftsbau sowie die Ausrüstungen zeigten 2016 trotz guter Auftragslage nur eine eher mäßige Investitionsneigung der Unternehmen an.

Weltwirtschaftliche Unsicherheiten führten zu einem nur geringen Wachstum der deutschen Exporte. Vor allem Schwellenländer wie China oder Brasilien durchlebten 2016 eine Schwächeperiode, die zum Ende des Jahres jedoch überwunden wurde, auch wenn die dahinterstehenden Probleme weiter nur oberflächlich gelöst sind (zum Beispiel der schuldengetriebene Bauboom in China oder die hohe Abhängigkeit Erdöl exportierender Länder von den Rohstoffeinnahmen). Zum anderen zeigte sich das Wachstum des Welthandels trotz des zuletzt eingeleiteten Aufschwungs weniger dynamisch als in frü-

heren Konjunkturzyklen. Da das Importwachstum der deutschen Wirtschaft jedoch ebenfalls zurückging, lag der Exportüberschuss 2016 unverändert hoch bei 7,6 Prozent des BIP.

Die deutsche Wirtschaft profitierte nicht zuletzt vom niedrigen Ölpreis, der Anfang 2016 sogar unter die Schwelle von 30 US-Dollar fiel. Im Laufe des Jahres stabilisierten sich die Preise knapp unter 50 US-Dollar je Barrel, nachdem die OPEC-Staaten sich auf verbindliche Fördermengen einigen konnten und sich weitestgehend an diese Abmachung hielten. Der Verfall der Preise beim Rohöl war 2016 verantwortlich für die geringe Teuerung in Deutschland, die im Jahresdurchschnitt bei 0,4 Prozent lag. Bemühungen der EZB, die Inflation im Euroraum anzutreiben, führten trotz Nullzinsen und umfangreicher Eingriffe in die Finanzmärkte nicht zu einem nachhaltigen Anstieg der Inflationsraten.

Das erklärte Ziel der EZB ist es, die Inflation im Euroraum auf ein Niveau nahe, aber unter 2 Prozent zu steuern, um mithilfe einer höheren Kreditvergabe der Kreditinstitute eine nachhaltige Stärkung des Wachstums im Euroraum zu erzielen. Hierzu traf die EZB Anfang März 2016 die Entscheidung, den Leitzins in Höhe von 0,05 Prozent nochmals um 5 Basispunkte auf 0,00 Prozent sowie die Einlagenfazilität für Banken von -0,2 Prozent auf -0,4 Prozent zu senken. Des Weiteren legte die EZB fest, dass die monatlichen Anleihekäufe beginnend mit dem Monat April 2016 bis Ende März 2017 von 60 Milliarden Euro auf 80 Milliarden Euro ausgeweitet werden sollen. Auf ihrer Sitzung am 8. Dezember 2016 beschloss die EZB, die monatlichen Anleihekäufe mit einem auf 60 Milliarden Euro reduzierten Volumen bis Ende 2017 fortzusetzen.

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt zum Ende des Jahres 2016 einen hohen Grad der Beschäftigung an. Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Erwerbstätigkeit so groß: 43,59 Millionen Menschen waren 2016 durchschnittlich beschäftigt oder als Selbstständige tätig (+530.000 gegenüber 2015). Die Arbeitslosenquote lag im Mittel bei 6,1 Prozent (Vorjahr: 6,4 Prozent) und somit nahe an der Grenze zur Vollbeschäftigung. Die steigende Zahl offener Stellen verweist dabei auf das zunehmend drängende Problem des Fachkräftemangels in Deutschland.

11

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Geschäftsentwicklung

In einem vor allem von dem ausgeprägten Niedrigzinsniveau beeinflussten schwierigen Marktumfeld konnte sich die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken im Geschäftsjahr 2016 erneut erfolgreich behaupten und an die guten Ergebnisse der Vorjahre anknüpfen. Mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8.308 Millionen Euro (Vorjahr: 9.787 Millionen Euro) präsentiert sich die genossenschaftliche FinanzGruppe erneut als eine der ertragsstärksten Bankengruppen in Europa und bestätigt ihre überzeugende Marktaufstellung.

Im Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden konnten die Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr 2016 unterstützt durch die robuste Konjunktur mit einer vor allem kräftigen Binnennachfrage einen neuen Höchstwert in ihrem Kreditbestand erreichen. Insgesamt legte das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden um 4,6 Prozent zu und lag damit lediglich geringfügig unter der Zuwachsrate des vergangenen Geschäftsjahres. Als Hauptwachstumstreiber zeigten sich im Kreditgeschäft mit Privatkunden erneut die Immobilienfinanzierungen. Der Marktanteil im Geschäft mit Privatkunden konnte im Vergleich zum vorangegangenen Geschäftsjahr erneut leicht gesteigert werden. Bei der Kreditvergabe an Firmenkunden legten die Primärbanken mit einem Zuwachs von 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich zu. Auch im Geschäft mit Firmenkunden konnte der Marktanteil erneut leicht erhöht werden. Insbesondere bei Krediten an Dienstleister, die über die Hälfte der Firmenkundenkredite im Primärbankengeschäft ausmachen, konnten überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt werden. Ebenso verzeichnete die Einlagenseite der genossenschaftlichen FinanzGruppe ein stabiles Wachstum, sodass das kräftige Kreditwachstum vollständig durch die deutliche Zunahme der Kundeneinlagen refinanziert werden konnte.

Das Eigenkapital erhöhte sich nochmals von 93,0 Milliarden Euro im Vorjahr auf 98,6 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2016. Der gegenüber dem Vorjahr bei anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen zu verzeichnende merkliche Eigenkapitalzuwachs in Höhe von 5,6 Milliarden Euro (Vorjahr: 6,5 Milliarden Euro) unterstreicht die Nachhaltigkeit des er-

folgreichen Wirtschaftens und stärkt die Zukunftsfähigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Die solide bilanzielle Kapitalausstattung verschafft ihr ausreichende Risikopuffer sowie zugleich Wachstumsspielräume im Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Auch im Hinblick auf die Erfüllung steigender aufsichtsrechtlicher Anforderungen wird die genossenschaftliche FinanzGruppe ihrem Anspruch gerecht.

Die Vitalität und finanzielle Stabilität des Geschäftsmodells der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit ihrer starken Marktposition im Privat- und Firmenkundengeschäft wird durch ein im Branchenvergleich erfreuliches Kapitalmarktrating von „AA-“ durch die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch Ratings gewürdigt.

Auch im Geschäftsjahr 2016 zeigt sich die hohe Marktakzeptanz der genossenschaftlichen FinanzGruppe in einem unverändert anhaltenden Mitgliederzuwachs. Seit 2006 wuchs die Zahl der Mitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken um mehr als 2,5 Millionen Mitglieder. Im Geschäftsjahr 2016 verzeichneten die deutschen Genossenschaftsbanken einen Zuwachs in Höhe von 152.000 Mitgliedern und zählten damit zum Jahresende 2016 insgesamt 18,4 Millionen Mitglieder. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder je Kreditgenossenschaft stieg auf knapp 19.000.

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** lag im Geschäftsjahr 2016 mit einem Wert in Höhe von 18.826 Millionen Euro leicht unter dem Niveau des Vorjahres (20.021 Millionen Euro). Er ist im Wesentlichen geprägt von der Niedrigzinspolitik der EZB mit daraus resultierenden Margenverschlechterungen. Der Zinsüberschuss der Kreditgenossenschaften, der die größte Ertragsquelle der genossenschaftlichen FinanzGruppe darstellt, verringerte sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr auf 16.052 Millionen Euro (Vorjahr: 16.569 Millionen Euro).

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** nahm von -74 Millionen Euro im Vorjahr auf -522 Millionen Euro im Geschäftsjahr zu. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein höherer Risikovorsorgebedarf

12

für Altengagements in der Schiffs- und Offshorefinanzierung vor dem Hintergrund einer angespannten Marktlage.

Der **Provisionsüberschuss** konnte im Geschäftsjahr erneut leicht um 2,8 Prozent von 5.798 Millionen Euro auf 5.963 Millionen Euro gesteigert werden. Der Ergebniszuwachs geht im Wesentlichen auf gestiegene Ergebnisbeiträge aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft zurück.

Das **Handelsergebnis** der genossenschaftlichen FinanzGruppe entfällt weitgehend auf das Geschäftssegment Bank. Es erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 um 492 Millionen Euro auf 1.099 Millionen Euro gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von 607 Millionen Euro. Die deutliche Verbesserung des Handelsergebnisses resultiert vornehmlich aus positiven Bewertungseffekten bei eigenen Emissionen sowie aus der Verbesserung des Handelsbeitrags aus dem operativen Geschäft.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verbesserte sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreswert auf 33 Millionen Euro (Vorjahr: –561 Millionen Euro). Die Zunahme erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass das Vorjahr durch negative Bewertungseffekte im Bereich der Wertpapiere belastet war.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** reduzierte sich von 363 Millionen Euro im Vorjahr auf –190 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Der Rückgang resultiert maßgeblich aus einer marktbedingten Ausweitung der Credit Spreads bei Anleihen aus den Peripheriestaaten des Euroraums. Demgegenüber waren im Vorjahr Einengungen dieser Credit Spreads zu verzeichnen.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** erhöhte sich im Geschäftsjahr um 12,7 Prozent auf 1.119 Millionen Euro (Vorjahr: 993 Millionen Euro). Diese Ergebnisveränderung resultiert insbesondere aus einem merklich verbesserten Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnis der Versicherungsunternehmen bei leicht gestiegenen Beitragseinnahmen, dem höhere Versicherungsleistungen gegenüberstanden.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen im Geschäftsjahr 2016 um 710 Millionen Euro von –17.234 Millionen Euro auf –17.944 Millionen Euro zu. Der Großteil der Verwaltungsaufwendungen entfällt mit einem Betrag von –10.318 Millionen Euro (Vorjahr: –10.160 Millionen Euro) auf Personalaufwendungen.

Die **Ertragsteuern** des Geschäftsjahres in Höhe von –2.410 Millionen Euro (Vorjahr: –2.820 Millionen Euro) entfallen mit –2.497 Millionen Euro im Wesentlichen auf tatsächliche Ertragsteuern. Dies unterstreicht erneut den besonderen Stellenwert der genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Regionen als einer der größten kommunalen Steuerzahler.

Der **Konsolidierte Jahresüberschuss** nach Berücksichtigung von Ertragsteuern belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 5.898 Millionen Euro nach 6.967 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der genossenschaftlichen FinanzGruppe beträgt im Geschäftsjahr 2016 67,0 Prozent (Vorjahr: 63,6 Prozent).

V e r m ö g e n s - u n d F i n a n z l a g e

Die konsolidierte **Bilanzsumme** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 um 53,3 Milliarden Euro auf 1.215,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 1.162,5 Milliarden Euro). Das **Geschäftsvolumen** erhöhte sich von 1.510,0 Milliarden Euro im Vorjahr auf 1.599,4 Milliarden Euro im Jahr 2016.

Die Bilanzsumme vor Konsolidierung entfiel in Höhe von 60,6 Prozent auf die Primärbanken (Vorjahr: 60,0 Prozent) sowie in Höhe von 36,4 Prozent auf den DZ BANK Konzern (Vorjahr: 30,2 Prozent). Im Vorjahr ging ein Anteil von 6,7 Prozent der Bilanzsumme der genossenschaftlichen FinanzGruppe auf die Bilanzsumme des WGZ-Konzerns zurück.

Auf der **Aktivseite** stiegen die Forderungen an Kunden um 4,6 Prozent auf 733,2 Milliarden Euro (Vorjahr: 700,6 Milliarden Euro). Auch im Geschäftsjahr 2016 ging dieses Wachstum erneut vorrangig auf die Primärbanken zurück, die mit einem Zuwachs

13

Ertragslage

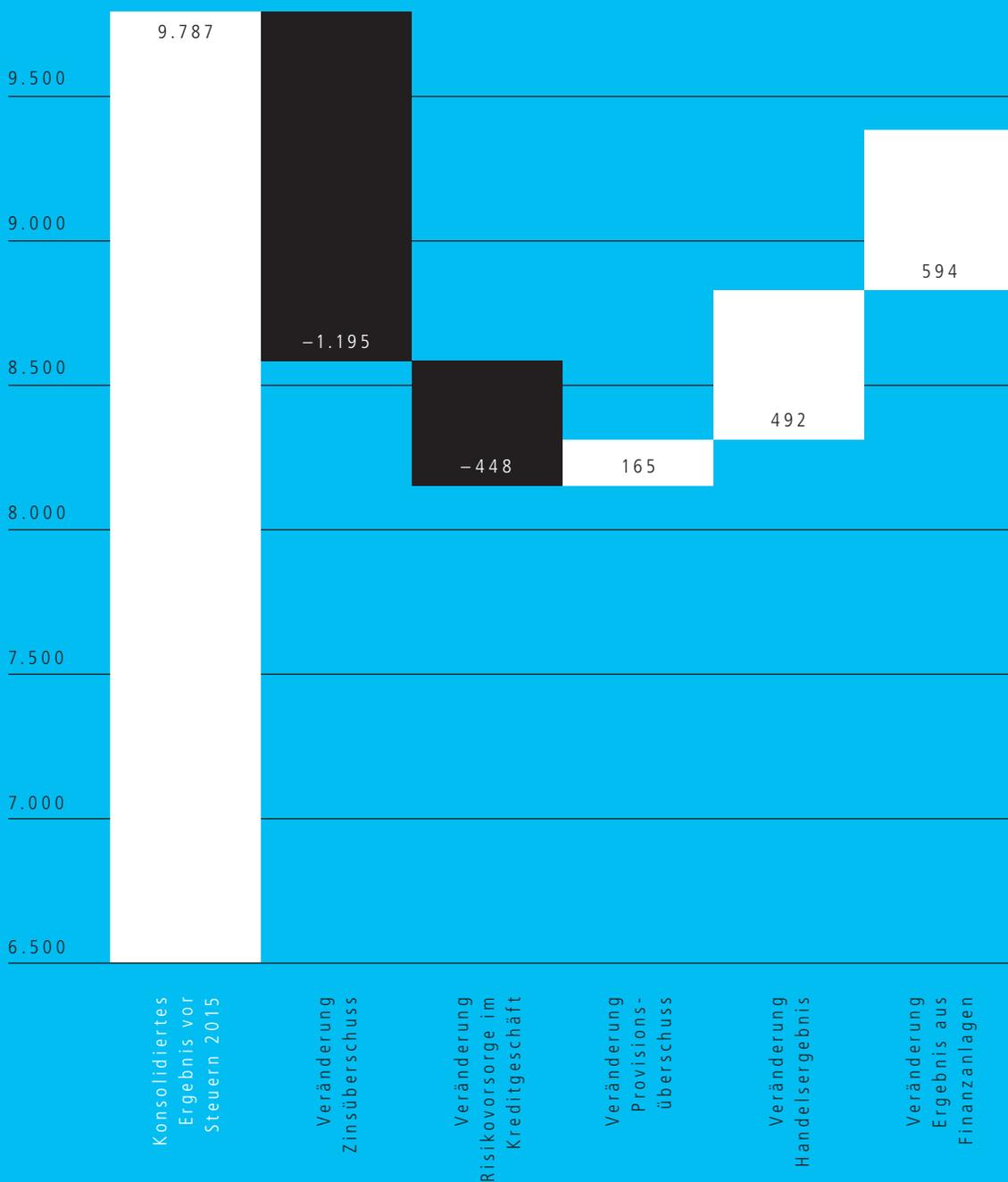
	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	18.826	20.021	-6,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-522	-74	>100,0
Provisionsüberschuss	5.963	5.798	2,8
Handelsergebnis	1.099	607	81,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	33	-561	>100,0
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	-190	363	>100,0
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	1.119	993	12,7
Verwaltungsaufwendungen	-17.944	-17.234	4,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-76	-126	-39,7
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.308	9.787	-15,1
Ertragsteuern	-2.410	-2.820	-14,5
Konsolidierter Jahresüberschuss	5.898	6.967	-15,3

14

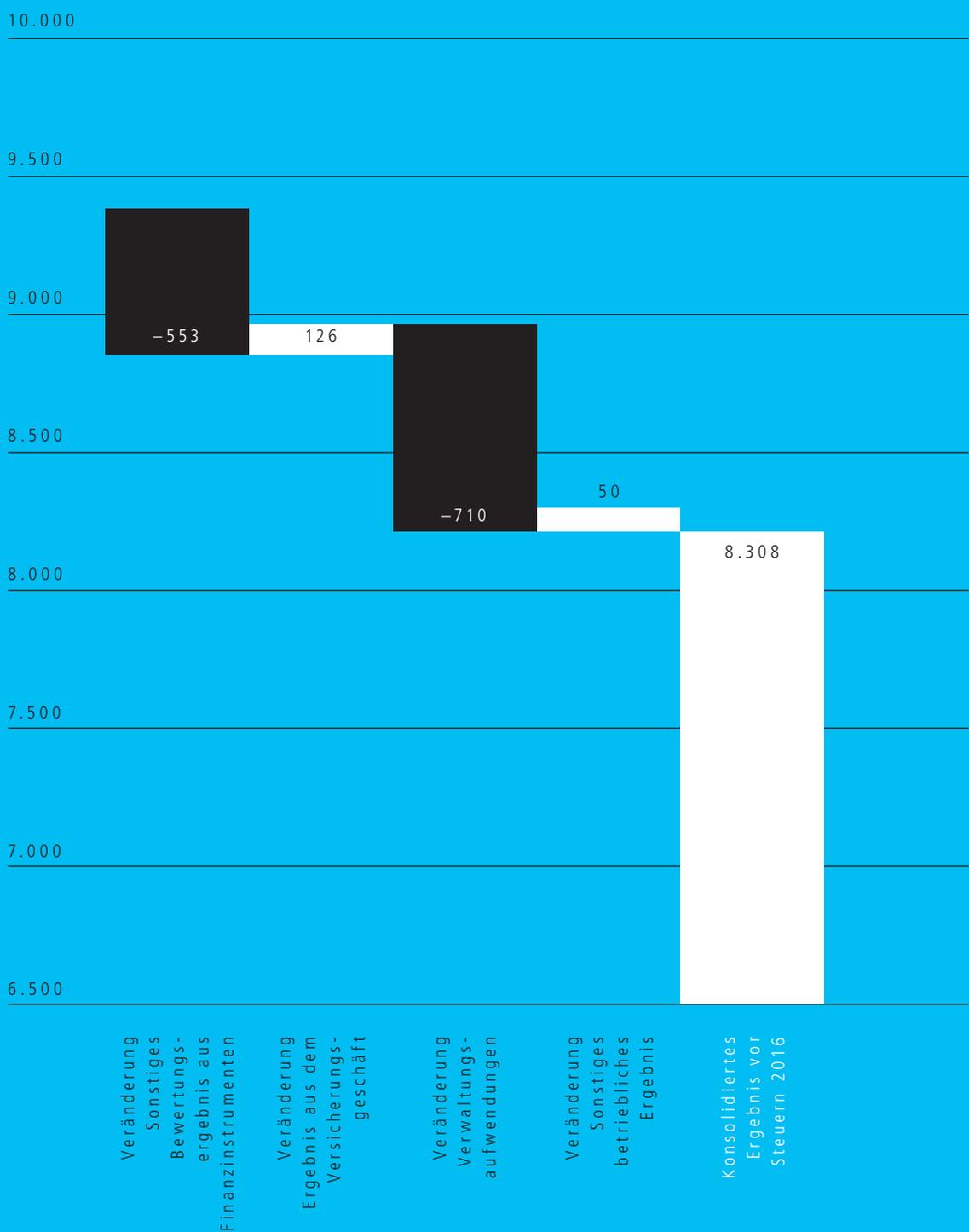
Entwicklung des Konsolidierten Ergebnisses vor Steuern nach Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. Euro

10.000



15



von 4,5 Prozent an die Wachstumsrate von 4,7 Prozent aus dem Vorjahr anknüpfen konnten. Wachstumstreiber im Privatkundenbereich waren im Wesentlichen erwartungsgemäß die langfristigen Baufinanzierungen. Im Kreditgeschäft mit Firmenkunden (Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und Selbstständige) legten die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Wesentlichen bei den Krediten an Dienstleister zu.

Die Handelsaktiva reduzierten sich im Berichtsjahr um 5,3 Milliarden Euro beziehungsweise 9,9 Prozent auf 48,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 53,6 Milliarden Euro). Ihre Verringerung resultierte im Wesentlichen aus einem Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 4,4 Prozent auf 23,6 Milliarden Euro sowie der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um 4,1 Milliarden Euro auf 9,3 Milliarden Euro.

Auf der **Passivseite** wuchsen trotz des intensiven Wettbewerbs auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nochmals von 739,2 Milliarden Euro im Vorjahr auf 774,3 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2016. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich ebenfalls leicht um 3,8 Prozent auf 103,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 99,5 Milliarden Euro).

Die Handelspassiva zeigten korrespondierend zu der Entwicklung der Handelsaktiva eine Reduzierung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro oder 2,8 Prozent auf 44,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 45,4 Milliarden Euro). Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 2,7 Milliarden Euro auf 25,1 Milliarden Euro.

Als robust präsentierte sich erneut das Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Es erhöhte sich im Geschäftsjahr 2016 um 6,0 Prozent auf 98,6 Milliarden Euro (Vorjahr: 93,0 Milliarden Euro), im Wesentlichen aufgrund der Stärkung der Rücklagen aus dem im Geschäftsjahr 2016 erzielten Ergebnis.

Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die Angaben beziehen sich jeweils auf das institutsbezogene Sicherungssystem (genossenschaftlicher Haftungsverbund) und den jeweiligen Meldestichtag. Die Angaben zu den Eigenmitteln beziehungsweise Eigenmittelanforderungen beruhen auf den Ergebnissen der Erweiterten Zusammenfassungsverrechnung (EZR) nach Artikel 49 Absatz 3 Capital Requirements Regulation (CRR) in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR.

Die im Rahmen der EZR vorgenommene Kapitalkonsolidierung zeigt, dass die konsolidierten Eigenmittel weit überwiegend aus Eigenmitteln der Primärinstitute bestehen. Eigenmittelzuwächse aus Sicht des institutsbezogenen Sicherungssystems ergeben sich insofern vor allem durch die von Primärinstituten und Verbundinstituten erzielten Gewinne. Kapitalmaßnahmen der Verbundinstitute werden weitestgehend verbundintern gezeichnet und innerhalb der FinanzGruppe (Konsolidierungskreis institutsbezogenes Sicherungssystem) konsolidiert.

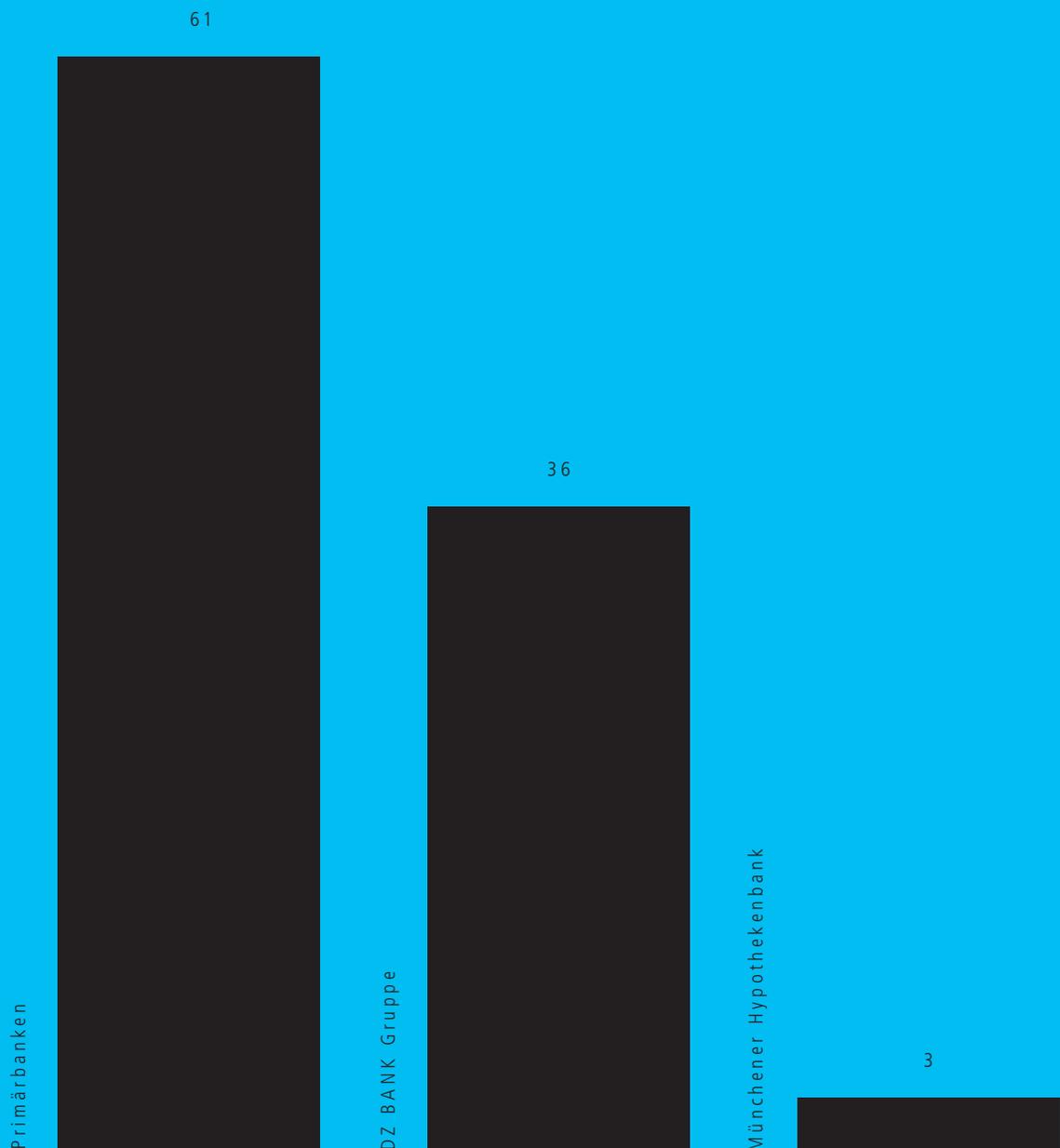
Aufgrund der Nullanrechnung verbundinterner Forderungen gemäß Artikel 113 Absatz 7 CRR erfolgen grundsätzlich keine Konsolidierungsmaßnahmen bei den risikogewichteten Positionsbeträgen. Die Konsolidierungsmaßnahmen umfassen im Wesentlichen direkt und indirekt gehaltene Beteiligungspositionen innerhalb des institutsbezogenen Sicherungssystems und betreffen demzufolge insbesondere die Beteiligungen und die nachrangigen Forderungen der Primärinstitute an die Verbundinstitute, insbesondere an die DZ BANK AG. Die Konsolidierungen erfolgen bei den entsprechenden Kapitalkategorien (Corresponding Approach).

Die Auswirkung der Konsolidierungsmaßnahmen auf die Höhe der risikogewichteten Positionsbeträge ist demzufolge von untergeordneter Bedeutung, während sich im Gegenzug die Eigenmittel reduzieren. Aufgrund der Systematik der durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen ist die Gesamtkapitalquote für das institutsbezogene Sicherungssystem kleiner als die entsprechende Quote für die Gesamtheit der Primärinstitute.

17

Zusammensetzung der Bilanzsumme der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken zum 31. Dezember 2016

in Prozent



18

Die Eigenmittel der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe betragen zum 31. Dezember 2016 demnach 92,1 Milliarden Euro. Die Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven beträgt 15,4 Prozent. Aufgrund der hohen Qualität des Kapitals liegt die korrespondierende Fully-loaded-Quote mit 15,2 Prozent nur wenig darunter. Von den unterlegungs-pflichtigen Risikobeträgen (siehe Tabelle auf Seite 19) in Höhe von insgesamt 572,5 Milliarden Euro entfällt der Großteil mit 89,1 Prozent auf Adressausfallrisiken.

Aufteilung des Gesamtrisikobetrags

Zum 31. Dezember 2016 erfolgt für das institutsbezogene Sicherungssystem des genossenschaftlichen Bundes der nachrichtliche Ausweis der Leverage Ratio in analoger Anwendung der Anforderungen des Artikels 429 CRR. Als Kapitalmessgröße wurde das Kernkapital gemäß EZR nach Artikel 49 Absatz 3 CRR zugrunde gelegt, das um sämtliche haftungsverbundinternen Kernkapitalpositionen der Mitglieder des institutsbezogenen Sicherungssystems bereinigt wurde. Die Risikopositionswerte wurden durch Aggregation der Einzelmeldungen zur Leverage Ratio sämtlicher Mitgliedsinstitute ermittelt und um wesentliche haftungsverbundinterne Positionen bereinigt.

Die Leverage Ratio beträgt unter Verwendung der Kapitalbasis „Kernkapital inklusive §-340f-HGB-Reserven fully loaded“ 7,3 Prozent. Diese Quote unterstreicht die gute Kapitalisierung der Finanz-Gruppe.

19

Aufteilung des Gesamtrisikobetrags

in Mio. Euro

	2016	2015
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	510.093	488.513
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	2.655	0
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	10.193	15.521
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken (OpR)	49.707	49.244
Zusätzlicher Risikopositionsbetrag aufgrund fixer Gemeinkosten		0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung (CVA)	2.463	2.674
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch	0	0
Sonstige Forderungsbeträge	0	0
Summe Gesamtrisikobetrag nach Anpassung	572.458	555.952

Geschäftssegmente der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Geschäftssegment Bank

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Bank reduzierte sich im Geschäftsjahr 2016 um 394 Millionen Euro auf 1.623 Millionen Euro (Vorjahr: 2.017 Millionen Euro).

Im Firmenkundengeschäft konnte der Konditionsbeitrag bei nochmaliger Margenverbesserung gesteigert werden. Für die Mittelstandsfinanzierung zeigte sich, dass die Unternehmen insgesamt krisenfest aufgestellt sind und eine hohe Investitionsbereitschaft aufweisen. Belastend auf das Geschäft mit Firmenkunden wirkten sich im Geschäftsjahr 2016 allerdings die allgemein unsicheren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Euroraum sowie die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in einigen großen Schwellenländern aus.

Im Bereich Investitionsförderung konnte der Konditionsbeitrag im Förderkreditgeschäft trotz weiter gesunkener Margen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Förderschwerpunkte der klassischen Investitionsfinanzierung, zu denen vor allem Existenzgründungen und Finanzierungen von Innovationsvorhaben zählen, haben sich in einem intensiven Wettbewerbsumfeld stabil behauptet. Demgegenüber konnten die Förderkreditportfolios des privaten Wohnungsbaus sowie der gewerblichen Umweltfinanzierung ausgeweitet werden.

Der Konditionsbeitrag im Produktfeld Konsortialgeschäft/Erneuerbare Energien konnte im Geschäftsjahr 2016 im Bereich Finanzierung von erneuerbaren Energien trotz stärkeren Wettbewerbs nochmals leicht gesteigert werden. In der Akquisitionsfinanzierung nutzten erneut viele Kunden die hohe Liquidität an den Anleihemärkten zur Rückführung ihrer Kredite. Dies und die selektive Ausreichung von Neukrediten führten zu einer Reduzierung des Konditionsbeitrags gegenüber dem Vorjahr. In der internationalen Handels- und Exportfinanzierung sowie im Projektfinanzierungsgeschäft legte der entsprechende Konditionsbeitrag im Vergleich zum Vorjahreszeitraum jeweils zu.

In der Transportfinanzierung konnte der operative Zinsüberschuss (ohne Beteiligungsergebnis) insbesondere auch aufgrund niedrigerer Sonderabschreibungen auf Leasinggegenstände im Geschäftsjahr 2016 verbessert werden. Daneben war das Zinsergebnis unverändert durch einen spürbaren Druck auf die Zinsmargen infolge des weltweit steigenden Finanzierungswettbewerbs an den Transportmärkten belastet. Der weltweite Güter- und Passagierverkehr war geprägt von einem verhaltenen Konjunkturanstieg in der Eurozone, einem moderaten Wachstum der US-Wirtschaft und einer schwächeren Konjunktorentwicklung in den Schwellenländern, vor allem in China. Gleichzeitig war der Welthandel unverändert wenig dynamisch. Darüber hinaus verzeichneten einzelne Teilmärkte der internationalen Seeschifffahrt ein Überangebot an Transportkapazitäten. Der andauernd niedrige Rohölpreis beeinflusste die Offshoremärkte negativ.

Das Leasinggeschäft verzeichnete im Geschäftsjahr 2016 einen Rückgang im operativen Zinsüberschuss (ohne Beteiligungsergebnis). Diese Veränderung gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf einer Verminderung des operativen Zinsüberschusses in den Bereichen Immobilienleasing sowie Autohändler- und Autoflottengeschäft, die ebenso wie das Auslandsgeschäft zum definierten Nichtkerngeschäft zählen und zurückgeführt werden. Bei anhaltend niedrigem Zinsniveau sowie bei weiterhin leicht rückläufigem Vertragsvolumen der Finance-Lease-Verträge führte ferner ein sukzessiver Austausch von höher verzinsten Altverträgen durch niedriger verzinsten Neuverträge zu geringeren Zinserträgen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** erhöhte sich im Segment Bank von –94 Millionen Euro im Vorjahr auf –523 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2016. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein höherer Risikovorsorgebedarf für Altengagements in der Schiffs- und Offshorefinanzierung vor dem Hintergrund einer angespannten Marktlage.

Der **Provisionsüberschuss** konnte mit einem Wert von 603 Millionen Euro das Niveau des Vorjahres erneut leicht übertreffen (Vorjahr: 586 Millionen

21

Euro). Der Dienstleistungsbeitrag hat im Firmenkundengeschäft leicht zugenommen. Im Produktfeld Konsortialgeschäft/Erneuerbare Energien sowie im Produktfeld Projektfinanzierung konnte der Dienstleistungsbeitrag jeweils gesteigert werden. Im Produktfeld Akquisitionsfinanzierung und im Produktfeld Asset Securitization hat sich der Dienstleistungsbeitrag jeweils reduziert, wohingegen der Dienstleistungsbeitrag im Produktfeld Internationale Handels- und Exportfinanzierung gegenüber dem Vorjahr gesteigert wurde. Des Weiteren lag der im Geschäftsfeld Operations Services erzielte Dienstleistungsbeitrag aufgrund der gestiegenen Erträge aus dem Wertpapierverwahrungsgeschäft über dem im Vorjahr ausgewiesenen Wert. Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft der Transport Finance nahm im Geschäftsjahr 2016 insbesondere aufgrund des Anstiegs der im Neugeschäft des Transport Finance erzielten Provisionseinnahmen zu.

Das **Handelsergebnis** im Geschäftssegment Bank erreichte einen Wert von 851 Millionen Euro und lag damit um 393 Millionen Euro über dem Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von 458 Millionen Euro. Die maßgeblichen Einflussfaktoren für die Entwicklung des Kapitalmarkts waren die im Frühjahr 2016 von der EZB beschlossenen ausgeweiteten geldpolitischen Maßnahmen bei gleichzeitiger Absenkung des Leitzinses sowie des negativen Zinssatzes für Zentralbankeinlagen, wobei die EZB Anfang Dezember 2016 ihr Anleihekaufprogramm bei Absenkung des monatlichen Ankaufvolumens bis Ende des Jahres 2017 verlängerte.

Der Handelsbeitrag hat sich im Berichtszeitraum deutlich verbessert. Ferner ergab sich für die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten ein positiver Ergebnisbeitrag. Des Weiteren berücksichtigt das Handelsergebnis im Geschäftssegment Bank einen positiven Ergebnissaldo aus realisierten und unrealisierten Ergebnissen betreffend Asset-Backed Securities (ABS).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verringerte sich von 110 Millionen Euro im Vorjahr auf 77 Millionen Euro im Berichtsjahr. Der positive Ergebnisbeitrag

2016 resultiert insbesondere aus dem Ertrag aus der Beteiligungsveräußerung an der VISA Europe Ltd., London. Auch im Bereich der Asset-Backed Securities ergab sich im Geschäftssegment Bank ein positiver Ergebnisbeitrag, im Wesentlichen aus dem Verkauf von in früheren Perioden wertberechtigten ABS-Transaktionen.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** verringerte sich marktbedingt um 113 Millionen Euro auf –106 Millionen Euro (Vorjahr: 7 Millionen Euro).

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich im Berichtszeitraum um 229 Millionen Euro auf –2.059 Millionen Euro (Vorjahr: –1.830 Millionen Euro). Im Bereich der Sonstigen Verwaltungsaufwendungen führten insbesondere eine Rückstellungszuführung sowie gestiegene Unternehmensberatungskosten im Projektumfeld zu einem Kostenanstieg. Die Erhöhung der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus einer höheren Mitarbeiterzahl sowie aus vorgenommenen Gehaltsanpassungen.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** des Geschäftssegments Bank reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 732 Millionen Euro auf 424 Millionen Euro (Vorjahr: 1.156 Millionen Euro). Die Aufwand-Ertrags-Relation erhöhte sich von 59,4 Prozent im Vorjahr auf 68,5 Prozent im Berichtszeitraum.

G e s c h ä f t s s e g m e n t R e t a i l

Der **Zinsüberschuss** des Geschäftssegments Retail hat sich im Geschäftsjahr 2016 mit einem Wert von 16.618 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr mit einem Betrag von 17.260 Millionen Euro leicht vermindert. Die anhaltenden negativen Effekte der Niedrigzinspolitik der EZB konnten im Geschäftssegment Retail durch Volumenausweitungen nahezu vollständig kompensiert werden. Auch der Zinsüberschuss im Ratenkreditgeschäft konnte sich aufgrund der ganzjährig regen privaten Konsumnachfrage positiv entwickeln. Insgesamt ist dieser Markt jedoch geprägt von einem starken Preis- und Verdrängungs-

22

wettbewerb. Auch in diesem Bereich stellt das historisch niedrige Zinsniveau die genossenschaftliche FinanzGruppe vor besondere Herausforderungen. Auch die höheren Marktanforderungen, die sich aus der voranschreitenden Digitalisierung ergeben, erschweren das Geschäft mit Konsumfinanzierungen. Die Verminderung des Zinsüberschusses resultiert außerdem aus verminderten Ergebnisbeiträgen aus dem Währungskreditgeschäft LuxCredit.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** erhöhte sich von –7 Millionen Euro im Vorjahr auf –51 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Die Risikoentwicklung erwies sich im Geschäftssegment Retail weiterhin vor dem Hintergrund niedriger Mahnquoten und geringer Kündigungsvolumina als stabil.

Der **Provisionsüberschuss** des Geschäftssegments Retail erhöhte sich erneut, und zwar von 5.911 Millionen Euro im Vorjahr auf 6.034 Millionen Euro im Berichtsjahr. Er ist im Geschäftsjahr 2016 wesentlich von den erzielten Erträgen aus dem Zahlungsverkehr sowie der hohen Kundennachfrage im Wertpapier- und Fondsgeschäft beeinflusst. Ein wesentlicher Treiber war der mit den durchschnittlichen Assets unter Management erzielte volumenabhängige Ergebnisbeitrag. Dieser lag im Geschäftsjahr 2016 leicht über dem Niveau des Vorjahres. Auch der Ergebnisbeitrag aus dem Fonds-Dienstleistungsgeschäft konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

Das **Handelsergebnis** legte gegenüber dem Wert des Vorjahres erneut leicht um 22 Millionen Euro auf 211 Millionen Euro (Vorjahr: 189 Millionen Euro) zu. Die Veränderung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass das Devisenergebnis aufgrund eines höheren kundeninduzierten Transaktionsvolumens im Anschluss an die Freigabe des Schweizer-Franken-Wechselkurses durch die Schweizerische Nationalbank positiv beeinflusst war.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verbesserte sich im Berichtsjahr deutlich um 517 Millionen Euro auf –94 Millionen Euro (Vorjahr: –611 Millionen Euro). Im Vorjahr ergab sich ein höherer Abschreibungsbedarf bei Anleihen.

Auf der Kostenseite wurden weitere Anstrengungen unternommen, um effizienter zu werden. Insgesamt sind die **Verwaltungsaufwendungen** im Berichtsjahr dennoch erneut um 1,0 Prozent auf –15.276 Millionen Euro (Vorjahr: –15.119 Millionen Euro) gestiegen, vor allem bedingt durch durchschnittliche Gehaltsanpassungen sowie die Besetzung neuer und offener Stellen. Des Weiteren sorgten neben gestiegenen regulatorisch bedingten Anforderungen und Abgaben insbesondere höhere Kosten für Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, IT und Beratung für einen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen im Geschäftssegment Retail.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** des Geschäftssegments Retail verringerte sich aufgrund der zuvor dargestellten Einflussfaktoren von 7.549 Millionen Euro im Vorjahr auf 7.197 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2016. Die Aufwand-Ertrags-Relation belief sich im Berichtsjahr auf 67,8 Prozent (Vorjahr: 66,7 Prozent).

G e s c h ä f t s s e g m e n t I m m o b i l i e n

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Immobilien belief sich auf einen Betrag von 1.322 Millionen Euro (Vorjahr: 1.593 Millionen Euro) und war im Geschäftsjahr 2016 erneut durch die Niedrigzinsphase belastet. Ein deutlicher Anstieg der Kredite der Vor- und Zwischenfinanzierung führte im außerkollektiven Baufinanzierungsgeschäft zu einem Anstieg der Zinserträge und kompensierte dabei die gesunkene Durchschnittsverzinsung. Des Weiteren verringerte sich der Zinsertrag im Bauspardarlehensgeschäft insbesondere infolge eines niedrigeren Bestands sowie rückläufiger durchschnittlicher Zinsen. Die höhere Kundennachfrage im Bereich Bausparen verdeutlicht die Bevorzugung einer Geldanlage in Sachwerten auf einem stabilen Finanzierungsfundament.

Im Hypothekenbankgeschäft konnte der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2016 nicht ganz an den Wert des Vorjahres anknüpfen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben zu einem starken In-

23

teresse in- und ausländischer Investoren an einem Investment in gewerblich genutzte Immobilien in einem gleichzeitig fordernden Wettbewerbsumfeld geführt. Dieser Nachfrage steht allerdings ein zunehmend eingeschränktes Angebot gegenüber. Das Transaktionsvolumen gewerblich genutzter Immobilien (ohne Wohnimmobilien) belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 52,9 Milliarden Euro (Vorjahr: 55,1 Milliarden Euro).

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** des Geschäftssegments Immobilien legte mit einem jeweils positiven Saldo von 27 Millionen Euro im Vorjahr auf 45 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2016 zu.

Das im Geschäftssegment Immobilien traditionell negative **Provisionsergebnis** verbesserte sich im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen aufgrund reduzierter Provisionsaufwendungen als Folge eines geringeren Neugeschäftsvolumen um 41 Millionen Euro auf –152 Millionen Euro (Vorjahr: –193 Millionen Euro).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verbesserte sich von einem negativen Ergebnis im Vorjahr um 89 Millionen Euro auf 36 Millionen Euro (Vorjahr: –53 Millionen Euro). Es berücksichtigt im Geschäftsjahr 2016 eine Wertaufholung von einem im Vorjahr wertberichtigten Bond. Im Vorjahresausweis waren im Wesentlichen Ergebniseffekte für Mortgage-Backed Securities einschließlich der Vorsorge für latente Risiken und ein Realisierungseffekt aus dem Verkauf einer der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordneten Anleihe enthalten.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** im Segment Immobilien lag im Geschäftsjahr 2016 mit einem Saldo von –46 Millionen Euro unter dem Wert des vergleichbaren Vorjahreszeitraum (Vorjahr: 364 Millionen Euro). Sein Rückgang resultierte im Wesentlichen aus einer Ausweitung der Credit Spreads bei Anleihen aus den Peripheriestaaten des Euroraums im Hypothekenbankgeschäft, die im Vorjahr durch eine deutliche Einengung dieser Credit Spreads gekennzeichnet waren.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr 2016 auf –754 Millionen Euro (Vorjahr: –700 Millionen Euro). Ursächlich für ihren Anstieg waren vor allem höhere Personalaufwendungen aufgrund von Zuführungen zu den Personalarückstellungen sowie Mehraufwendungen für regulatorische Anforderungen und strategische Projekte.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** im Geschäftssegment Immobilien reduzierte sich im Geschäftsjahr 2016 um 558 Millionen Euro auf 492 Millionen Euro (Vorjahr: 1.050 Millionen Euro). Die Aufwand-Ertrags-Relation erhöhte sich im Geschäftssegment Immobilien auf 62,8 Prozent (Vorjahr: 40,6 Prozent).

G e s c h ä f t s s e g m e n t V e r s i c h e r u n g

Die **Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft** stiegen auf der Grundlage der festen Verankerung der R+V in der genossenschaftlichen FinanzGruppe um 240 Millionen Euro auf 14.658 Millionen Euro (Vorjahr: 14.418 Millionen Euro). Damit wurde das anspruchsvolle Beitragsniveau des Vorjahres um 1,7 Prozent überschritten. Auch die gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres übertrafen mit einem Anstieg von 1,6 Prozent auf 14.767 Millionen Euro (Vorjahr: 14.536 Millionen Euro) das anspruchsvolle Niveau des Vorjahres.

Im Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft der R+V verminderten sich die Beitragseinnahmen insgesamt um 3,5 Prozent. Im Lebensversicherungsgeschäft waren um 4,2 Prozent niedrigere Beitragseinnahmen zu verzeichnen. Dem Beitragsrückgang in den Geschäftsfeldern bAV und pV Fonds stand ein Beitragsanstieg im Geschäftsfeld pV klassisch gegenüber. Die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung konnten dagegen um 8,4 Prozent gesteigert werden, resultierend aus der erfreulichen Entwicklung bei den laufenden sowie den Einmalbeiträgen. Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft stiegen die Beitragseinnahmen um 5,3 Prozent. Wachstumsträger waren hier insbesondere die Sparten Kraftfahrtversicherung und

24

Firmenkunden. In der übernommenen Rückversicherung zeigte sich ebenfalls ein Anstieg der Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr, und zwar um 16,1 Prozent. Ursächlich für diese Veränderung war vor allem die positive Entwicklung in den Geschäftssparten KFZ- und Feuer-/Sachversicherungen.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen** nahm um 24,0 Prozent auf 3.885 Millionen Euro (Vorjahr: 3.132 Millionen Euro) zu. Das langfristige Zinsniveau ist im Berichtsjahr seit Jahresbeginn deutlich gesunken, während es im Vorjahr noch gestiegen war. Die für die R+V relevanten Aktienmärkte haben sich im Verlauf des Berichtszeitraums schwächer entwickelt als im Vorjahr. Die Währungskurse verzeichneten in der Berichtsperiode für die R+V einen im Vergleich mit dem Jahr 2015 ungünstigeren Verlauf. Insgesamt resultiert aus dieser Entwicklung ein gegenüber dem Vorjahr höheres Kapitalanlageergebnis mit höheren realisierten sowie nicht realisierten Ergebnissen bei einem gleichzeitig niedrigeren Währungsergebnis. Die Veränderung des Kapitalanlageergebnisses wirkte sich infolge gegenläufiger Effekte aufgrund der Berücksichtigung von Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen insbesondere im Geschäftsbereich Leben/Kranken sowie der Ansprüche der Versicherungsnehmer im fondsgebundenen Lebensversicherungsgeschäft in dem nachfolgend dargestellten Posten „Versicherungsleistungen“ jedoch nur zum Teil auf das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft vor Steuern des Geschäftsjahres 2016 aus.

Die **Versicherungsleistungen** wiesen eine Veränderung um 5,0 Prozent auf –15.400 Millionen Euro (Vorjahr: –14.664 Millionen Euro) auf. Bei den Personenversicherungsunternehmen waren insbesondere korrespondierend mit der Entwicklung der Beitragseinnahmen sowie des Ergebnisses aus Kapitalanlagen höhere versicherungstechnische Rückstellungen zu dotieren. Des Weiteren wurde der Zinszusatzrückstellung ein Betrag in Höhe von 626 Millionen Euro (Vorjahr: 559 Millionen Euro) zugeführt. Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft sowie in der übernommenen Rückversicherung lagen die Schadenbelastungen im Rahmen der Erwartungen für den Berichtszeitraum.

Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** haben sich mit einem Anstieg um insgesamt 7,3 Prozent auf –2.454 Millionen Euro (Vorjahr: –2.287 Millionen Euro) in allen drei Geschäftsbereichen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erhöht. Das Sonstige betriebliche Ergebnis in Höhe von –8 Millionen Euro (Vorjahr: 26 Millionen Euro) beinhaltet im Vorjahr einen Abgangsgewinn in Höhe von 39 Millionen Euro von Anteilen an einem assoziierten Unternehmen, das zur Veräußerung gehalten wurde.

Das **Ergebnis vor Steuern** legte im Geschäftsjahr 2016 vor dem Hintergrund der oben genannten Einflussfaktoren um 56 Millionen Euro auf 681 Millionen Euro (Vorjahr: 625 Millionen Euro) zu.

EDITORIAL	
LAGEBERICHT 2016	
KONSOLIDierter JAHRESABSCHLUSS 2016	
ANLAGE	

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

25

Lagebericht 2016

Personalbericht und Nachhaltigkeit

26

Personalbericht

Die anhaltende Niedrigzinsphase sowie die stetig fortschreitende Digitalisierung der Bankbranche haben unmittelbare Auswirkungen auf die Personalarbeit der Genossenschaftsbanken. Auch wenn sich die zukünftigen qualitativen sowie quantitativen Anpassungen an die neuen Aufgaben im Mitarbeiterbereich erst abzeichnen, ist im Jahr 2016 der Einstieg in den Personalumbau an vielen Stellen bereits erfolgt. So sank die Mitarbeiterzahl 2016 bei konsequenter Nutzung der Altersfluktuation etwa um 2,7 Prozent auf 159.200 bei den Primärbanken und der Zentralbank. Insgesamt betrug die Summe der Beschäftigten in den Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe zum 31. Dezember 2016 181.740 Mitarbeiter.

Führungskräfte und Mitarbeiter müssen sich auf die neuen Kompetenzanforderungen in der Omnikanalbank vorbereiten. Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Weiterbildungsangebote zu entwickeln, die sich an den Veränderungen im Aufgaben- und Tätigkeitsfeld der Mitarbeiter orientieren. Neue Prozesse und Technologien erfordern noch stärker als bisher ein Konzept des „lebenslangen, selbstverantwortlichen Lernens“ in der Genossenschaftsbank. Damit wird die Identifizierung der Mitarbeiter mit dem weiterentwickelten Geschäftsmodell „ihrer“ Genossenschaftsbank in einem digitalen Umfeld ein zentrales Anliegen der Personalarbeit. Für den digitalen Wandel in den Volksbanken und Raiffeisenbanken spielt auch die Gewinnung der „next generation“, der digitalaffinen Schulabgänger für die Ausbildung eine zentrale Rolle. Mit 7,4 Prozent liegt die Ausbildungsquote der Primärbanken und der Zentralbank im Jahr 2016 (siehe Schaubild „Ausbildungsquote“ auf Seite 30) weiterhin auf einem im Branchenvergleich hohen Niveau. Die Übernahmequote nach Beendigung der Ausbildung von 80,9 Prozent unterstreicht ebenfalls die Leistung der genossenschaftlichen Banken als Arbeitgeber in der Region.

Darüber hinaus wurde im vergangenen Jahr die Auszubildendeninitiative „next – werde mehr als Banker“ ins Leben gerufen. Sie schafft ein Netzwerk für die rund 10.750 Auszubildenden bei den Primärbanken und der Zentralbank und dient gleichzeitig der Rekrutierung neuer Auszubildender. Das Qualitätssiegel „Top 100 Arbeitgeber Deutschland“ be-

stätigt seit vielen Jahren, dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken bei Schülern zu den gefragtesten Ausbildungsunternehmen in Deutschland gehören. Die deutschlandweit durchgeführte und repräsentative Umfrage des Berliner trendence Instituts „Schülerbarometer 2016/17“ ist mit rund 17.000 Befragten die größte und umfassendste Studie zu den Karrierezielen und Wunscharbeitgebern von Schülern.

Auch für Hochschulabsolventen bieten Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie die genossenschaftliche Zentralbank attraktive Aufgaben und Karrieremöglichkeiten. Dies belegt der zurückliegende Anstieg der Akademikerquote, die 2016 bei 8,2 Prozent lag (siehe Schaubild „Akademikerquote“ auf Seite 31). Für viele junge Menschen ist die Option, nach beziehungsweise parallel zur Ausbildung einen akademischen Abschluss erwerben zu können, ein wichtiges Entscheidungskriterium für einen Arbeitgeber. So sind insbesondere die Studienangebote für Bachelorabschlüsse, die über die Bildungsanbieter der genossenschaftlichen FinanzGruppe bereitgestellt werden, für interessierte junge Mitarbeiter eine attraktive Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren.

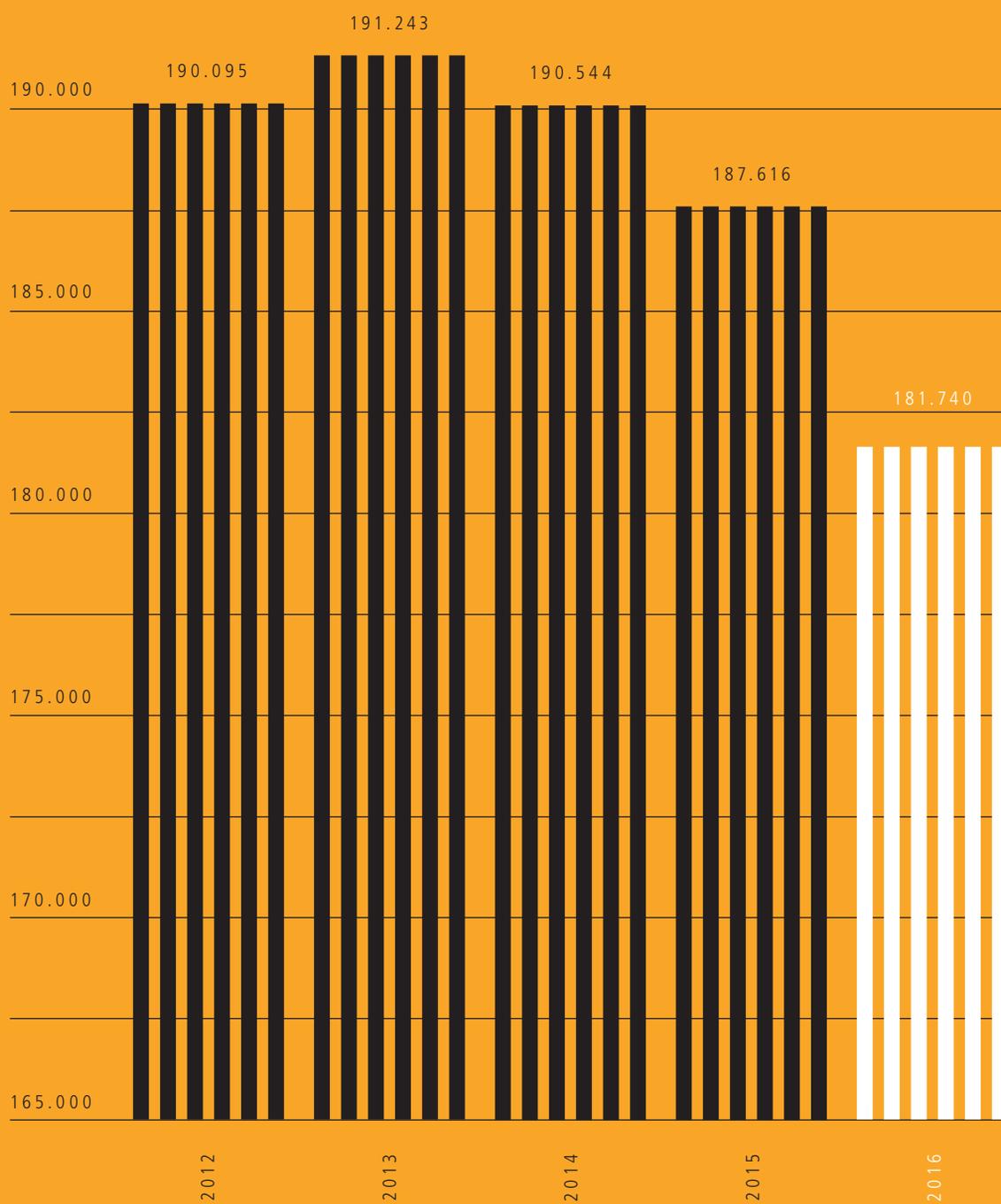
Genossenschaftsbanken sind sich bewusst, wie wichtig – auch mit Blick auf die Umsetzung der Ergebnisse der laufenden Zukunftsprojekte – die zielgerichtete Qualifizierung der Mitarbeiter für den zukünftigen unternehmerischen Erfolg ist. Der systematische Personalumbau spielt in der Personalarbeit eine zentrale Rolle. Denn nur so kann jede Genossenschaftsbank sowohl die neuen Aufgaben und Funktionen in der Omnikanalbank und die notwendige Optimierung des Filialnetzes angehen und gleichzeitig ihr Selbstverständnis als regionaler Arbeitgeber bewahren.

27

Dies schafft die Voraussetzung, um die sich aus dem Wandel ergebenden Chancen zu nutzen. Unterstützung erfahren die Volksbanken und Raiffeisenbanken durch die vielfältigen Angebote der regionalen Verbände und Akademien zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter. Auch in Zukunft wird es das Ziel sein, die Attraktivität der Volksbanken und Raiffeisenbanken als moderner, zukunftsorientierter Arbeitgeber vor Ort zu stärken, um die für den digitalen Wandel erforderlichen engagierten, leistungsbewussten und leistungsbereiten Mitarbeiter für die Arbeit in genossenschaftlichen Banken begeistern zu können.



Zahl der Mitarbeiter*



*Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

29

Dauer der Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter

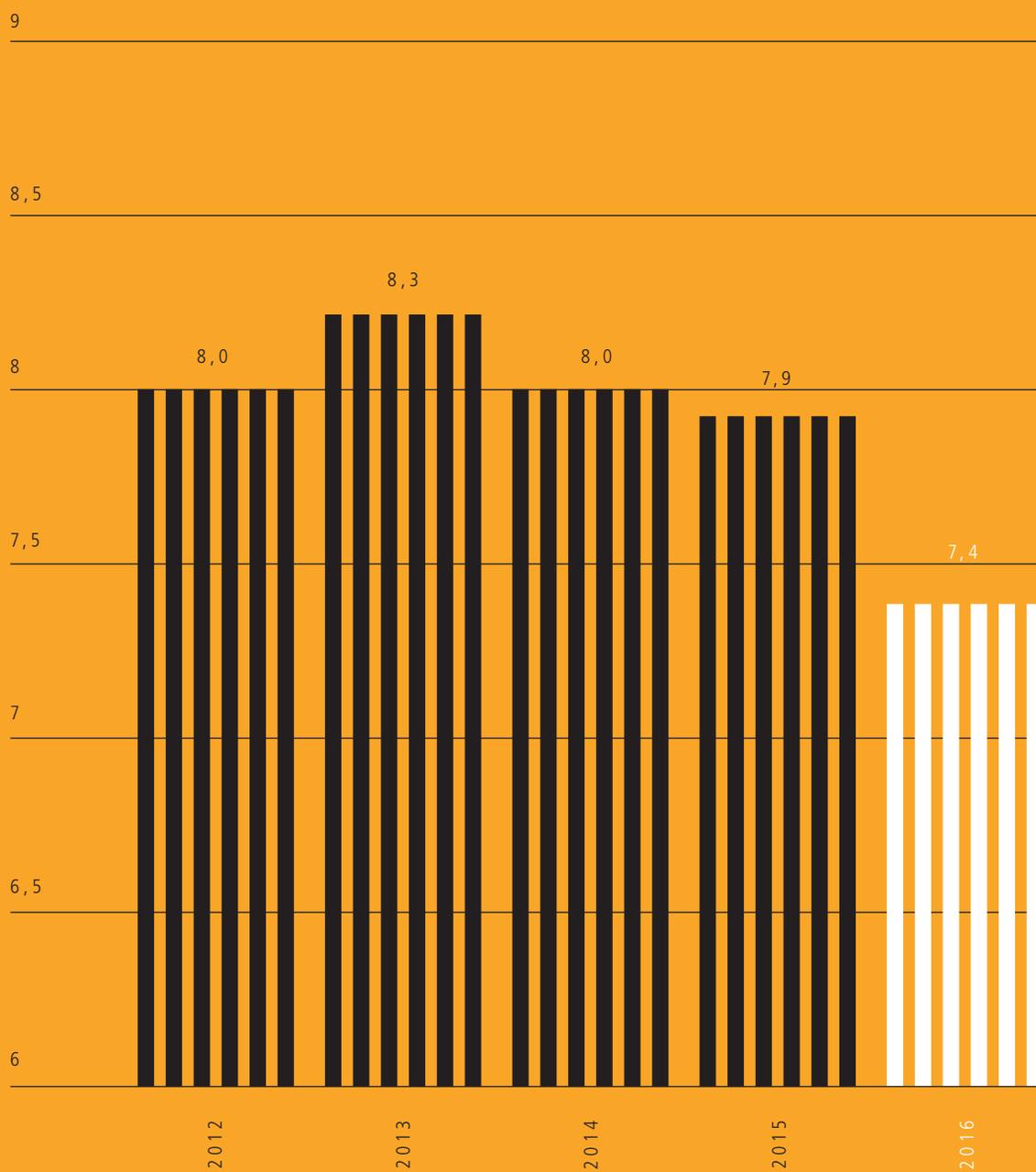
in Prozent



30

Ausbildungsquote *

in Prozent

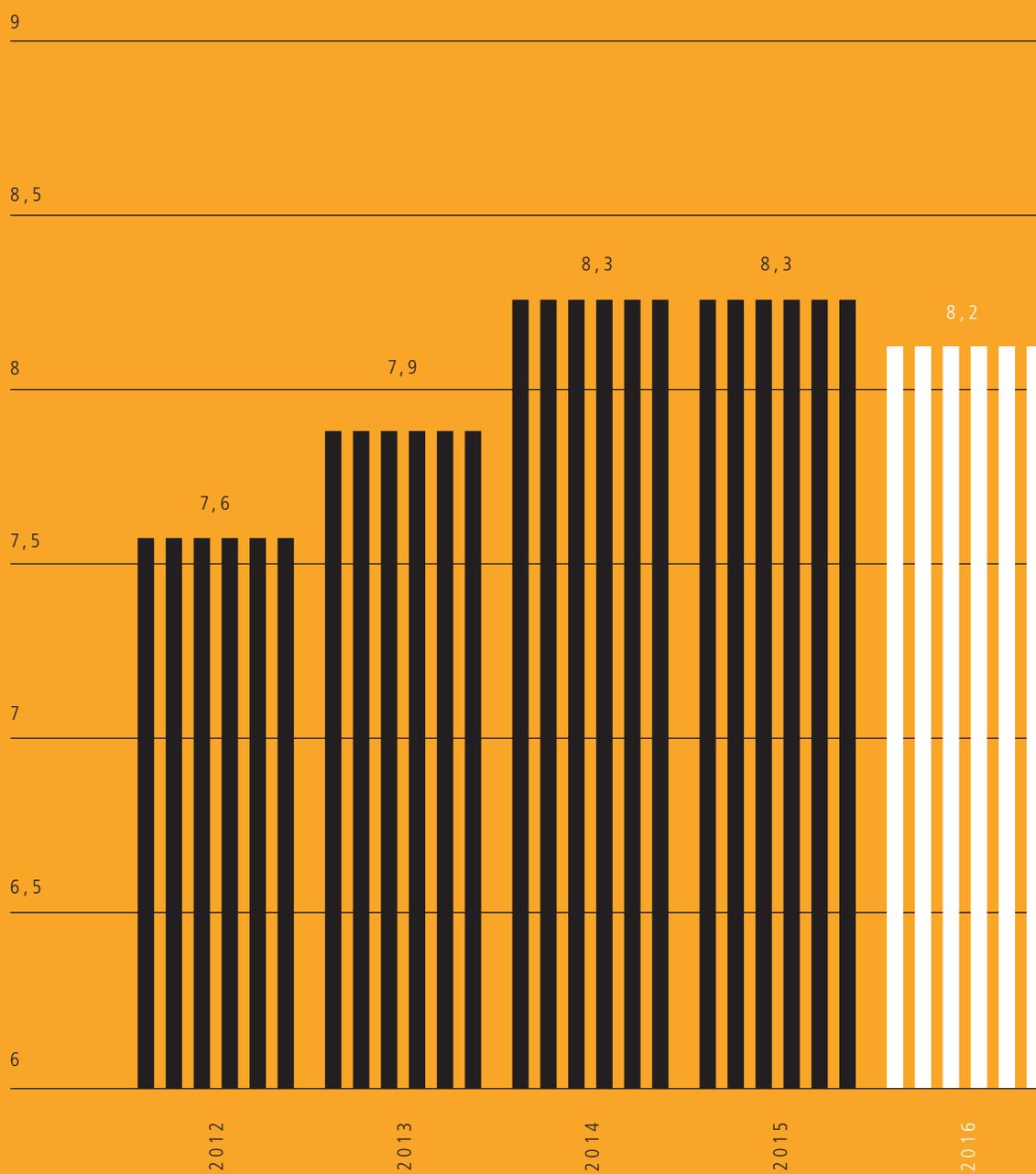


* Volksbanken, Raiffeisenbanken, Zentralbank, Sparda, PSD.

31

Akademikerquote *

in Prozent



* Volksbanken, Raiffeisenbanken, Zentralbank, Sparda, PSD.

Nachhaltigkeitsbericht

Genossenschaftsidee und Selbstverständnis

Als erster deutscher Beitrag überhaupt wurde im Dezember 2016 die Genossenschaftsidee vom Internationalen Komitee der UNESCO mit in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen. Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur würdigt damit eine überaus starke, vitale Idee, die sich weit über Deutschland hinaus durchgesetzt hat. Sie würdigt zugleich die bewährte Form der gemeinschaftlichen Selbstorganisation, basierend auf den genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Vor rund 170 Jahren gingen aus diesen von Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelten Ideen die Genossenschaftsbanken hervor. Als vielseitige Förderer ihrer Region führen die Genossenschaftsbanken die Ideen ihrer Gründerväter auch heute noch mit großer Überzeugung und in enger Verbindung zu den Menschen in der Region fort. In Erinnerung an ihren sehr prominenten Gründervater Friedrich Wilhelm Raiffeisen und um die von ihm so geprägten Wertvorstellungen zu würdigen, feiern alle Genossenschaftsbanken im kommenden Jahr den 200. Geburtstag ihres Gründervaters. Das Jahr 2018 ist Raiffeisen-Jahr. Schließlich sind die Ideen von Raiffeisen heute lebendiger und aktueller denn je.

Die Übernahme ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung ist für viele Kunden mittlerweile ein wichtiges Entscheidungsmerkmal bei der Auswahl von Dienstleistern geworden. Verantwortungsvolles Handeln, die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in transparente, effiziente Geschäftsprozesse und IT-Systeme sowie die optimale Verwendung begrenzt vorhandener Ressourcen sind Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Genossenschaftsbanken.

Bei der regelmäßigen Überprüfung der Nachhaltigkeitskriterien werden die Anforderungen an die Produkte kontrolliert und ergänzt. Effiziente Geschäftsprozesse werden durch die Umsetzung von Potenzialen aus der Digitalisierung, die zunehmend das Verhalten der Mitglieder bestimmt, gefördert. Die im Zusammenhang mit der Digitalisierung be-

vorstehenden Veränderungsprozesse in den Banken erfordern eine entsprechende Vorbereitung und Einbindung der Mitarbeiter. Sie müssen für die Notwendigkeit von Veränderungen sensibilisiert werden. Zugleich gilt es, ihnen die erforderlichen neuen Kompetenzen zu vermitteln. Angemessene Fort- und Weiterbildungsprogramme flankieren dabei die Einführung neuer hochwertiger, nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen.

Soziale Integration

Seit Jahren erleben Genossenschaftsbanken ein stetiges Mitgliederwachstum. Sie verzeichnen heute etwa 18,4 Millionen Mitglieder. Über 2 Millionen neue Mitglieder kamen in den vergangenen zehn Jahren hinzu. Immer mehr Menschen und Unternehmen wollen nicht nur Kunde, sondern auch Teilhaber ihrer Bank sein. So betreiben die Genossenschaftsbanken in Deutschland ihr Geschäft von einer sehr breiten Mitgliederbasis aus. Dabei wirken sie gut vernetzt tief in ihre Regionen hinein.

Nach wie vor basiert das genossenschaftliche Geschäftsmodell dabei maßgeblich auf der Präsenz vor Ort und der Nähe zu den Kunden und Mitgliedern – natürlich in Verbindung mit einem leistungsfähigen vollumfänglichen Onlineangebot. Für diese Verfügbarkeit steht auch das flächendeckende, in nahezu jeden Winkel des Landes reichende Filialnetz. 11.787 Bankstellen werden bundesweit von den 972 Primärbanken betrieben. Hinzu kommen 3.467 SB-Zweigstellen. Die Primärbanken sind vor Ort erreichbar, wenn der Kunde sie braucht. Sie stehen ihm direkt und persönlich zur Seite. Das gilt längst nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Soziale Verantwortung

Die hohe Zahl an Genossenschaftsmitgliedern in Deutschland verdeutlicht: Das Modell der kooperativen Selbsthilfe und Selbstverantwortung vereint die Menschen, fördert individuelles Engagement und ermöglicht soziale, kulturelle und ökonomische Partizipation und Mitgestaltung. Der genossenschaftliche Grundgedanke ist es, Werte für Mitglieder zu schaffen, Vereine und Stiftungen

33

umfassend zu unterstützen sowie mittelständische, regionale Unternehmen zu finanzieren. Über die Förderung der Mitglieder und der regionalen Wirtschaft hinaus setzen sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland in besonderem Maße für die Anliegen ihrer jeweiligen Region ein. Rund 140 Millionen Euro lassen die Genossenschaftsbanken Jahr für Jahr an finanziellen Zuwendungen, zum Beispiel durch Spenden oder Sponsoring, den Menschen vor Ort zukommen. Der Großteil davon kommt Kindern und Jugendlichen sowie den Vereinen vor Ort zugute. Das gesamte aufgebrachte Stiftungsengagement der genossenschaftlichen Kreditinstitute beläuft sich auf rund 300 Millionen Euro. Rund 30 Millionen Euro davon bringen sie für Gemeinschafts- und Bürgerstiftungen auf. Mit der Gründung und Unterstützung von Stiftungen schaffen die Kreditgenossenschaften verlässliche und nachhaltige Förderstrukturen. Dieses Engagement passt zweifellos zu ihrem Selbstverständnis. Knapp die Hälfte aller Volksbanken und Raiffeisenbanken fördern Engagementprojekte ihrer Mitarbeiter während der Arbeitszeit. Weit über ein Drittel der Mitarbeiter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv.

Bei Krediten an die Land- und Forstwirtschaft ist die genossenschaftliche FinanzGruppe mit großem Abstand Marktführer. Ein wesentlicher Treiber der Kreditnachfrage waren die erneuerbaren Energien. Genossenschaftsbanken leisten so einen Beitrag zur lokalen Beschäftigung und sozialen Integration und setzen sich für die besonderen Anliegen ihrer jeweiligen Region ein. Sie sind Arbeitgeber in der Region für die Region und bieten somit auch in ländlichen Gebieten vielen Menschen eine berufliche Perspektive.

EDITORIAL
LAGEBERICHT 2016
KONSOLIDierter JAHRESABSCHLUSS 2016
ANLAGE

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

35

Lagebericht 2016

Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht

36

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken war im Jahr 2016 wirtschaftlich erneut insgesamt erfolgreich und nahm damit unverändert ihre sowohl stabile als auch stabilisierende Rolle in der deutschen Finanzwirtschaft wahr. Diese positive Wirkung erreicht sie dank ihres nachhaltig tragfähigen Geschäftsmodells. Die Stabilität der gesamten genossenschaftlichen FinanzGruppe und das Vertrauen in die Bonität all ihrer Mitglieder werden durch die Sicherungseinrichtung des BVR (BVR-SE) und die im Jahr 2015 gegründete BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) garantiert. Beide gemeinsam, jede in ihrem Funktions- und Aufgabenbereich, gewährleisten den Institutsschutz und bilden das Rückgrat des genossenschaftlichen Risikomanagements.

Die Ratings der genossenschaftlichen FinanzGruppe waren 2016 unverändert stabil. Die Agenturen Standard & Poor's und Fitch beurteilen die genossenschaftliche FinanzGruppe jeweils mit AA-. Die Solidität dieser Ratingeinschätzungen zeigt sich in der Ratingherleitung der Agenturen. Die Ratings basieren jeweils allein auf der wirtschaftlichen Stärke der genossenschaftlichen FinanzGruppe: Die Kapitalmarktratings entsprechen den Individualratings. Die Ratingagenturen begründen ihre positive Einschätzung mit dem nachhaltig erfolgreichen, auf das Retailgeschäft ausgerichteten Geschäftsmodell. Das Funding ist aus dem Geschäftsmodell heraus durch die Retaileinlagen strukturell gesichert. Die Liquidität ist durch einen umfangreichen und diversifizierten Bestand an marktgängigen Wertpapieren in Verbindung mit dem Liquiditätsausgleich in der genossenschaftlichen FinanzGruppe gewährleistet. Die Kapitalausstattung wird als überdurchschnittlich stark gewertet. Die Agenturen heben die Fähigkeit und Neigung der genossenschaftlichen FinanzGruppe hervor, Kapital aus eigener Kraft durch Gewinnthesaurierung zu bilden. Die granulare Kreditstruktur und der Anteil an Hypothekarkrediten aus dem Retailgeschäft prägen die insgesamt hohe Qualität des Kundenkreditgeschäfts. Die Sicherungseinrichtung des BVR wird von den Agenturen als Bindeglied und wesentlicher Teil des Risikomanagements innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe betrachtet.

37

Grundlagen

Die dargestellte Beschreibung zum Risikomanagement orientiert sich an der Struktur und Funktionsweise des institutsbezogenen Sicherungssystems der genossenschaftlichen FinanzGruppe als primäre Ebene und bezieht als sekundäres Element das Risikomanagement auf Ebene der einbezogenen Institute und Institutgruppen mit ein.

Die Risikoberichterstattung umfasst grundsätzlich alle Gesellschaften aus dem Konsolidierungskreis. Der Konsolidierungskreis des Konsolidierten Jahresabschlusses ist insoweit umfassender im Vergleich zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis und ist nicht auf die rechtlichen Mitglieder des Haftungsverbands begrenzt.

Das Risikomanagement auf Ebene des institutsichernden Systems hinsichtlich der Steuerung im engeren Sinne bezieht sich dabei primär auf die Prävention von Schieflagen einzelner Institute.

Chancen und Chancenmanagement

Die Mitgliedschaft ist ein typisches Merkmal des Geschäftsmodells der Genossenschaftsbanken, das sich gut für die Kommunikation genossenschaftlicher Werte und Besonderheiten eignet. Sie bietet den Genossenschaftsbanken die Chance, sich von den Wettbewerbern anderer Bankengruppen abzugrenzen. Eine gelungene Differenzierung von den Wettbewerbern drückt sich in der Regel in einer hohen Kundengewinnung aus. Die Kundenbindung wird durch einen Index gemessen, der Aussagen zur Kundenzufriedenheit, Weiterempfehlungsbereitschaft sowie Fortführung der Kundenbeziehung enthält. Eine intensive Kundenbindung führt zu betriebswirtschaftlich messbaren Vorteilen wie Ertragssteigerungen der Genossenschaftsbanken und Sicherung der Marktanteile. Die Differenzierung von Wettbewerbern erfordert, ein angemessenes Qualitätsmanagement zu implementieren, das Standards zu Bearbeitungszeiten definiert und Mitarbeiterfeedback fördert.

Das Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken stellt auch in der digitalen Welt den Menschen mit seinen Zielen und Wünschen in den Mittelpunkt. Mit der Umsetzung der Initiativen aus dem Projekt „KundenFokus 2020“ wird dem veränderten Kundenverhalten Rechnung getragen und das Geschäftsmodell in diesem Sinne angepasst und gestärkt. Der persönliche Kontakt bleibt dabei nach wie vor zentraler Bestandteil der Kundenbeziehung. Hinzu kommen Aspekte wie qualitativ hochwertige Beratung und die Entscheidungsmöglichkeit für Kunden, wie sie mit ihrer Bank kommunizieren möchten. Die genossenschaftliche FinanzGruppe schafft hierfür effiziente Zugangswege und ermöglicht es ihren Mitgliedern, alle Informationen und Services auf allen relevanten Kanälen zu nutzen – seien sie nun stationär oder digital.

Mithilfe der Digitalisierung, die zunehmend das Verhalten der Mitglieder bestimmt, kann zusätzlich die Kostensituation der Banken verbessert werden. Mithilfe einer stärkeren Vermarktung neuer digitaler Bezahlmöglichkeiten wie paydirekt, den Ausbau der paydirekt-Händlerbasis und der Implementierung eines Onlineanfrageprozesses für Finanzierungs-, Leasing- und Geldanlagevorhaben werden Kundenbedürfnisse berücksichtigt und Neukunden gewonnen. Hierzu werden technikaffine, junge Mitglieder aktiv auf die digitalen Angebote angesprochen.

Die Genossenschaftsbanken sind sich der Auswirkungen des demografischen Wandels bewusst. Etwa die Hälfte der Genossenschaftsbanken setzt sich aktiv mit regelmäßigen Überprüfungen der demografischen Entwicklung, Barrierefreiheit an den Kundenkontaktpunkten und Angeboten, die die steigende Lebenserwartung von Kunden und Mitgliedern berücksichtigen, auseinander.

Für die Konsumausgaben wird weiterhin eine starke Unterstützung durch die weiter positive Beschäftigungs- und Lohnentwicklung erwartet. Es scheint realistisch, dass sich dadurch auch eine höhere Nachfrage nach Bankprodukten und -dienstleistungen entwickeln wird. Auch vor dem Hintergrund des aktuellen Niedrigzinsniveaus können sich durch einen nachhaltigen Anstieg der Zinsen weitere wesentliche Chancen ergeben.

Risikomanagement in einer dezentralen Organisation

Institutsbezogenes Sicherungssystem der genossenschaftlichen FinanzGruppe

Die Sicherungseinrichtung des BVR

Gemäß § 4 seiner Satzung besteht beim BVR eine Sicherungseinrichtung. Diese wurde im Gesetz zur Umsetzung der EU-Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsrichtlinie in § 12 bis zum Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) am 3. Juli 2015 ausdrücklich als institutssicherndes System genannt. Damit unterlag die Sicherungseinrichtung seit dem 1. August 1998 der Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin; § 12 Absatz 1 in Verbindung mit § 7 Absatz 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes); die Mitgliedsinstitute mussten bis zum Stichtag 2. Juli 2015 daher keiner gesetzlichen Entschädigungseinrichtung angehören. Seit dem Inkrafttreten des EinSiG wird die Sicherungseinrichtung als zusätzliches freiwilliges institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß §§ 2 Absatz 2, 61 EinSiG fortgeführt.

Zentrale und unveränderte Aufgabe der Sicherungseinrichtung ist die Sicherstellung der Bonität der Mitgliedsinstitute durch die Abwendung drohender oder die Behebung bestehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei den angeschlossenen Instituten sowie die Verhütung von Beeinträchtigungen des Vertrauens in die genossenschaftlichen Institute. Zur Bewältigung von in diesem Zusammenhang notwendigen Stützungsmaßnahmen stehen der Garantiefonds und der Garantieverbund zur Verfügung. Die Grundstrukturen der Aufgaben der Sicherungseinrichtung bestehen auch nach dem Inkrafttreten des EinSiG fort.

Die Sicherungseinrichtung hat 2016 ihre satzungsgemäßen Aufgaben als institutssichernde Einrichtung uneingeschränkt erfüllt. Am 31. Dezember 2016 gehörten der Sicherungseinrichtung des BVR insgesamt 983 (Vorjahr: 1.033) Institute der genossenschaftlichen FinanzGruppe an; der Mitglieder rückgang ist ausschließlich auf Verschmelzungen zurückzuführen.

Die BVR Institutssicherung GmbH

Die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) betreibt seit dem 1. Juli 2015 ein institutsbezogenes Sicherungssystem im Sinne von Artikel 113 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 für CRR-Kreditinstitute, das mit Bescheid der BaFin vom 30. Juni 2015 als Einlagensicherungssystem nach § 43 EinSiG anerkannt wurde. Durch den Betrieb des institutsbezogenen Sicherungssystems erfüllt die BVR-ISG die ihr satzungsgemäß obliegende Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen Kreditinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 abzuwenden oder zu beheben (Institutsschutz). Zu diesem Zweck ergreift die BVR-ISG gegebenenfalls Präventiv- und Sanierungsmaßnahmen. Sofern die BaFin gemäß § 10 EinSiG den Entschädigungsfall eines dem BVR-ISG-Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts feststellt, entschädigt die BVR-ISG dessen Kunden nach Maßgabe der §§ 5 bis 16 EinSiG. Insofern erfüllt die BVR-ISG den gesetzlichen Einlagenschutz.

Zusammen mit der Sicherungseinrichtung des BVR bildet die BVR-ISG das zu einem dualen System weiterentwickelte Sicherungssystem der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dem BVR-ISG-Sicherungssystem gehören diejenigen CRR-Kreditinstitute an, die dem BVR angehören, der Sicherungseinrichtung angeschlossen und dem System durch eine Beitritts- und Verpflichtungserklärung beigetreten sind. Zum 31. Dezember 2016 waren dies 981 (Vorjahr: 1.031) CRR-Kreditinstitute und damit alle in Deutschland von der BaFin zugelassenen Genossenschaftsbanken.

Die BVR-ISG unterliegt gemäß § 50 Absatz 1 EinSiG der Aufsicht der BaFin, der gemäß § 50 Absatz 3 EinSiG die Auskunfts- und Prüfungsrechte nach § 44 Absatz 1, 4 und 5 des Kreditwesengesetzes (KWG) zustehen sowie der Überwachung durch den Bundesrechnungshof hinsichtlich der Aufgaben bei der Einlegerentschädigung nach den §§ 5 bis 16 EinSiG und hinsichtlich der Finanzierung und Zielausstattung nach den §§ 17 bis 19 EinSiG.

Die Organisation und die Entscheidungsstrukturen der BVR-ISG entsprechen, soweit im Rahmen des EinSiG möglich, der bewährten Organisation und

40

den Entscheidungsstrukturen der Sicherungseinrichtung. Bis auf Weiteres greift die BVR-ISG zur Erfüllung der ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben auf das Personal des BVR zurück, das die entsprechenden Aufgaben auch für die Sicherungseinrichtung wahrnimmt. Angesichts des langjährig erfolgreichen Betriebs der Sicherungseinrichtung gewährleistet dies, dass die BVR-ISG ihre Aufgaben als institutsbezogenes Sicherungssystem (einschließlich Klassifizierung, Beitragserhebung etc.) ordnungsgemäß erfüllen kann. Zur Abwicklung von potenziellen, noch nie eingetretenen und auch derzeit nicht erkennbaren Entschädigungsverfahren hat die BVR-ISG zudem einen externen Dienstleister beauftragt.

Schwerpunkt der Aktivitäten der BVR-ISG 2016 waren die Erfüllung der satzungsgemäßen, gesetzlichen und regulatorischen Aufgaben. Die risikoorientierte Beitragserhebung, die den Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) entspricht, und die Mittelverwaltung standen dabei im Mittelpunkt. Im Verlaufe des gesamten Geschäftsjahres hat die BVR-ISG keine Maßnahmen für Einleger oder Banken ergreifen müssen und blickt insofern auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2016 zurück.

Risikoidentifikation und -analyse

Grundstrukturen

Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist eine dezentrale Organisation von rechtlich selbstständigen Instituten, die geschäfts- und über die Sicherungseinrichtung haftungsmäßig miteinander verbunden sind. Im Unterschied zu Bankengruppen mit einer hierarchisch an der Spitze stehenden Obergesellschaft weist die genossenschaftliche FinanzGruppe eine dezentrale Struktur auf. Die Entscheidungskompetenzen befinden sich in der Verantwortung der einzelnen Institute. Der Fokus des Risikomanagements in diesem System liegt insofern primär nicht auf der isolierten Analyse von Risikoarten, sondern sehr wesentlich auf der Analyse der Risikoträger, also der Institute. Dieses methodische Grundverständnis stellt sicher, dass bei Feststellung einer geordneten Vermögens- und Risikolage und angemessener Ertragsverhältnisse eines jeden einzelnen Instituts somit auch das Gesamtsystem – also die gesamte genossenschaftliche

FinanzGruppe – als Einheit wirtschaftlich geordnet ist. Die Sicherungseinrichtung des BVR verfügt über verlässliche Systeme zur Risikoidentifikation und -einstufung sowie zur Risikoüberwachung all ihrer Mitglieder und des institutsbezogenen Sicherungssystems insgesamt. Basis der Risikoeinstufung bildet das seit 2003 praktizierte Klassifizierungssystem der Sicherungseinrichtung des BVR. Es handelt sich dabei um ein jahresabschlussbasiertes Ratingverfahren mit dem Ziel, einen vollständigen und transparenten Überblick zur Vermögens-, Ertrags- und Risikolage aller Mitglieder und somit der Sicherungseinrichtung des BVR zu erlangen. Die Einstufung der Bank nach dem Klassifizierungsverfahren bildet zum einen die Grundlage für die Erhebung risikoadjustierter Garantiefondsbeiträge der Sicherungseinrichtung und ist zum anderen Ausgangspunkt für das Präventionsmanagement.

Die aus der Klassifizierung gewonnenen Erkenntnisse werden um weitere Analysen ergänzt, insbesondere aus der Auswertung der Daten des sogenannten jährlichen Betriebsvergleichs. Dabei handelt es sich um einen Datenpool, den der BVR selbst bei seinen Mitgliedsinstituten erhebt. Er wird vor allem aus Zahlen des Rechnungs- und Meldewesens der Institute gespeist. Die Daten des jährlichen Betriebsvergleichs bilden die Grundlage für Analysen zur Feststellung und Untersuchung besonderer Auffälligkeiten anhand von Risikokennzahlen. Darüber hinaus entwickelt der BVR themenbezogene Sonderanalysen (zum Beispiel Untersuchungen über die Auswirkungen der Niedrigzinsphase).

Nach Maßgabe ihrer risikoorientierten Vorgehensweise führt die Sicherungseinrichtung Einzelbankanalysen durch, die sich auf Institute erstrecken, die für das Sicherungssystem insgesamt von wirtschaftlich wesentlicher Bedeutung sind. Hierin werden auch die nicht klassifizierten Mitgliedsbanken einbezogen. Die Sicherungseinrichtung setzt dabei das Konzept der Analyse großer Banken um. Damit trägt sie den Risiken aus der Größenklassenstruktur der angeschlossenen Institute Rechnung.

Für die Risikotragfähigkeit der Sicherungseinrichtung werden auf Basis verschiedener Stressszenarien mögliche Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt und durch Monte-Carlo-Simulationen das mögliche Sa-

41

nierungsvolumen berechnet. Hierfür werden szenariobezogene Klassifizierungen unter verschiedenen Annahmen (zum Beispiel Zinsentwicklungen, Verschlechterung der Bonitäten im Kundenkreditgeschäft) durchgeführt.

Neben der Beurteilung jedes einzelnen Mitgliedsinstituts begleitet die Sicherungseinrichtung des BVR die Konzeption einheitlicher Instrumente, Methoden und Leitlinien, sodass auf diesem Weg jedem Mitgliedsinstitut des gesamten Sicherungssystems eine gleichartige innere Struktur der Steuerung von Risiken zur Verfügung gestellt wird (unter anderem VR-Control, VR-Ratingverfahren). Diese einheitliche Konzeption nutzen die Institute zur Bewältigung ihrer strategischen und operativen Herausforderungen.

Die Prüfungsverbände überwachen die einheitliche Umsetzung unter Anwendung des Beurteilungsmaßstabs der Risikoproportionalität im Rahmen der Jahresabschlussprüfung.

Klassifizierungsverfahren und Beiträge zur Sicherungseinrichtung

Mit dem Klassifizierungssystem werden die Banken anhand von acht Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Risikolage einer von neun Bonitätsklassen, A++ bis D, zugeordnet. Dabei stützt sich das Klassifizierungssystem auf quantitative Kennzahlen, für die im Wesentlichen geprüfte Jahresabschlussdaten der Banken und Daten aus ihren Prüfberichten herangezogen werden. Mit diesen Daten wird die Sicherungseinrichtung durch die – für die jeweiligen Banken zuständigen – regionalen Prüfungsverbände IT-technisch versorgt.

In das Klassifizierungsverfahren werden grundsätzlich alle der Sicherungseinrichtung angeschlossenen Banken einbezogen. Hiervon ausgenommen sind Verbundinstitute, die von einer externen Ratinggesellschaft bewertet werden. Hierunter fallen 2016 insbesondere die Zentralbank, die Hypothekenbanken sowie die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG.

Grundlage des Klassifizierungsverfahrens 2016 war die Analyse der Jahresabschlussdaten 2015. Die moderat unter dem Vorjahresniveau liegende Klassenverteilung auf Basis der Jahresabschlüsse 2015

spiegelt die leicht schwächere Ergebnisrechnung der Banken wider. Die Primärbanken konnten trotz des anhaltenden Margendrucks ihr Zinsergebnis durch Volumenausweitungen nahezu konstant halten. Das Provisionsergebnis konnte leicht gesteigert werden. Das Bewertungsergebnis aus Wertpapieren hingegen ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Bei weiterhin außergewöhnlich niedrigen Belastungen aus dem Kreditgeschäft wurden erneut ausreichende Jahresergebnisse erzielt, um durch Gewinnthesaurierungen die Vermögenslage weiter zu stärken.

Aufgrund eines ab dem Jahr 2016 zusätzlich zu entrichtenden Beitrags zum Garantiefonds der BVR-ISG wurde der Beitragssatz zum Garantiefonds der Sicherungseinrichtung für diejenigen Institute, die gleichzeitig Mitglied der BVR-ISG sind, auf den Grundbeitragssatz in Höhe von 0,4 Promille der Bemessungsgrundlage (Vorjahr: 1,2 Promille) gesenkt. Für die übrigen Mitgliedsinstitute wurde der Beitragssatz auf 0,88 Promille der Bemessungsgrundlage beziehungsweise das 2,2-Fache des Grundbeitragssatzes festgesetzt, jeweils unter Berücksichtigung der individuellen Abschläge beziehungsweise Zuschläge aus der Klassifizierung.

Risikosteuerung und -überwachung

Präventionsmanagement

Die Ergebnisse aus dem Klassifizierungsverfahren des BVR bilden auch eine Basis für das systematische Präventionsmanagement der Sicherungseinrichtung. In das Präventionsmanagement werden nach wie vor alle Banken spätestens dann aufgenommen, wenn auf der Basis ihres Jahresabschlusses ein Klassifizierungsergebnis von B– oder schlechter ausgewiesen wird. Jedoch sind in den vergangenen Jahren immer stärker andere Kennzahlen und Daten hinzugezogen worden, um bei den Instituten Auffälligkeiten in der Früherkennung zu identifizieren; hierzu zählen im Berichtsjahr 2016 insbesondere die auch der Sicherungseinrichtung vollumfänglich vorliegenden Informationen über die Banken aus der sogenannten Niedrigzinsumfrage der Deutschen Bundesbank sowie dem erweiterten gesetzlichen Meldewesen der Banken, auf das auch die Sicherungseinrichtung zugreift.

42

Die der Prävention vorgeschaltete Phase des Monitorings auffälliger Institute leistet einen kontinuierlich wichtiger werdenden Beitrag zur frühzeitigen Analyse von Instituten. Hierbei wurden im Berichtsjahr 2016 erneut auch solche Institute gemonitort, die keine Risikoindizien zeigten, sondern aufgrund der schieren Bilanzsumme ein potenziell größeres Risiko darstellen können. Somit verstärkt sich die nachhaltige Tendenz zur Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte der Sicherungseinrichtung weg von der Sanierung hin zum – um das Monitoring erweiterten – systematisch ganzheitlichen Präventionsmanagement. Es befinden sich signifikant mehr Institute in der Präventions- als in der Stützungsphase der Sanierung.

Ziel des Präventionsmanagements ist es, wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken, um somit zur präventiven Abwendung von Stützungsmaßnahmen beizutragen. Dafür werden mit allen infrage kommenden Banken die vorhandenen Daten und weitere Informationen analysiert und auf der Basis ergänzender Gespräche mit dem Management der Banken adäquate Maßnahmen vereinbart, die zu einer Stabilisierung und Verbesserung der geschäftlichen Entwicklung dieser Banken führen sollen.

Zur Ergänzung der Phase der statutarisch verankerten Prävention hat die Sicherungseinrichtung inzwischen seit einigen Jahren das Monitoringverfahren vorgelagert. Unabhängig von den Ergebnissen der Klassifizierung werden hier auch weitere, der Sicherungseinrichtung zugängliche Informationsquellen genutzt, anhand derer die Institute auf Auffälligkeiten analysiert werden, die in einem frühen Stadium auf ungewöhnliche Entwicklungen hindeuten.

Sanierungsmanagement

Die Tätigkeit der Sicherungseinrichtung bei Sanierungen von Mitgliedsinstituten hat zunächst die Aufstellung eines testierfähigen Jahresabschlusses durch Gewährung von Sanierungsmaßnahmen zum Ziel. Im Anschluss wird über die vertragliche Vereinbarung adäquater Maßnahmen die Wiedererlangung der Wettbewerbs- beziehungsweise Zukunftsfähigkeit der einzelnen Bank – unter Wahrung der Interessen aller Mitglieder der Solidargemeinschaft – sichergestellt.

Grundlage für die Gewährung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen ist das „Handbuch für die Neuausrichtung und Restrukturierung von Genossenschaftsbanken“. Die in diesem Handbuch dokumentierten Grundsätze bilden für die betroffenen Banken eine Leitlinie bei der Sanierung und zeigen auf, wie die Wiederherstellung ihrer Grundrentabilität konzeptionell erreicht werden kann. Ziel ist es, diese Sanierungsphase spätestens nach fünf Jahren zu erreichen. Daneben wendet sich das Handbuch der Sicherungseinrichtung explizit auch an Präventionsbanken sowie grundsätzlich ebenfalls an Institute mit (partiellem oder ganzheitlichem) selbst identifiziertem Neuausrichtungsbedarf. Ab der zweiten Jahreshälfte 2016 hat die BVR-SE eine Überarbeitung dieses Handbuches gestartet und bis zur Jahresmitte 2017 zum Abschluss gebracht.

Die positive Entwicklung der Sicherungseinrichtung im Sanierungsbereich hat sich auch im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Im Geschäftsjahr 2016 sind erneut keine erstmaligen Stützungsmaßnahmen erforderlich gewesen. Die Belastungen entfielen ausschließlich auf Altfälle, bei denen bereits abgeschirmte Risiken akut geworden sind oder insoweit Risikovorsorge im Jahresabschluss der Sicherungseinrichtung gebildet wurde. Die abzuschirmenden Sanierungsvolumina lagen in Summe nicht nur signifikant unter der erwarteten Höhe, sondern netto erneut auch unterhalb der Rückführungen aus Besorgungsschein- und sonstigen Freistellungsverpflichtungen. Dies führte insgesamt wiederholt dazu, dass die Substanz des genossenschaftlichen Institutssicherungssystems mit der Sicherungseinrichtung und der BVR-ISG im Jahr 2016 weiter gestärkt und der Bestand an Garantiefonds- und gesetzlichen Mitteln weiter ausgebaut werden konnte.

Ausblick für die Sicherungseinrichtung des BVR

Wirtschaftlich erwartet die Sicherungseinrichtung für das Jahr 2017 eine weiterhin positive Entwicklung. Materiell bedrohliche, aus dem statutarisch definierten Auftrag resultierende Szenarien für die Stabilität der Sicherungseinrichtung sind derzeit nicht erkennbar. Für 2017 ist – auch vor dem Hintergrund einer robusten Lage der Binnenwirtschaft –

43

kein Anstieg der Stützungsleistungen zu erwarten. Auch daher plant die Sicherungseinrichtung für das Jahr 2017 keine wesentlichen Veränderungen des Garantiefondskapitals bei der Sicherungseinrichtung des BVR, zumal der Mittelaufbau im dualen genossenschaftlichen Sicherungssystem bis auf Weiteres primär im BVR-ISG-Sicherungssystem zur Erreichung der erforderlichen Zielausstattung gemäß § 17 Absatz 2 EinSiG erfolgen soll.

Bereits in der Sitzung am 24. November 2016 hat der Verbandsrat des BVR für 2017 zur Vermeidung einer Doppelbelastung für diejenigen Institute, die gleichzeitig dem BVR-ISG-Sicherungssystem angehören, einen Beitragssatz zum Garantiefonds der Sicherungseinrichtung von 0,36 Promille der Bemessungsgrundlage beschlossen. Für die übrigen Mitgliedsinstitute wurde der Beitrag auf 0,828 Promille der Bemessungsgrundlage beziehungsweise das 2,07-Fache des Grundbeitragssatzes (0,4 Promille) festgesetzt.

Nach erfolgreichem ersten vollen Geschäftsjahr der Umsetzung des EinSiG im dualen System stehen für die Sicherungseinrichtung 2017 neue Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung von Anforderungen zur Erstellung von Sanierungsplänen im Sinne der §§ 12 bis 20 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) an. Zudem sind im Rahmen der indirekten und sektoralen Aufsicht der EZB neue Herausforderungen zu erwarten (insbesondere verstärkte Reporting-Anforderungen). Hier erwartet die Sicherungseinrichtung noch weitere Themenfelder im Zusammenspiel mit nationalen und internationalen Institutionen wie Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), Europäische Abwicklungsbehörde (SRB), Europäische Bankenaufsicht (EBA) oder EU-Kommission, die sowohl die Sicherungseinrichtung als auch die BVR-ISG betreffen können.

I n s t r u m e n t e u n d M e t h o d e n z u r I d e n t i f i k a t i o n u n d B e w e r t u n g v o n R i s i k e n

Mit dem Rahmenkonzept zur Ergebnis- und Risiko-steuerung in Verbindung mit den Fachkonzepten für VR-Control verfügen die genossenschaftlichen Primärinstitute über ein Verfahren zur einheitlichen

Messung der Marktpreis- und Kreditrisiken über alle Geschäfte eines Instituts. Im Einklang mit der individuellen Geschäfts- und Risikostrategie und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie unter anderem den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) entscheiden die Kreditgenossenschaften eigenverantwortlich über den Einsatz der verfügbaren Methoden.

Die Marktpreisrisiken werden mithilfe historischer Simulationen berechnet. Für die Ermittlung der Ausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft kommt mit einer Variante des Credit-Suisse-Modells (Credit-Risk+) ein Modell zum Einsatz, das als Risikotreiber die Branchen in den Vordergrund stellt. Das Modell stellt dabei auf den Value at Risk (VaR) als zentrale Größe ab. Für die angeführten Risiken besteht neben der VaR-Berechnung für die Banken auch die Möglichkeit zur Entwicklung von Stressszenarien.

Für die Kreditrisiken des Eigengeschäfts steht den Instituten ein integrierter Messansatz zur Verfügung. Die Risikotreiber der Wertpapiere werden über die Simulation von Spread-, Migrations- und Ausfallrisiken im Wertpapierportfolio umfassend berücksichtigt. Die Risiken aus Wertpapieren der Verbundemittenten werden dabei über vereinfachte Spreadshifts ermittelt. Im Ergebnis erhält die Bank neben einem erwarteten Portfoliowert auch einen entsprechenden Risikowert in Form eines unerwarteten Verlusts. Darüber hinaus kann für die periodische Steuerungsperspektive ein erwartetes sowie ein unerwartetes Bewertungsergebnis errechnet werden. Ebenso ist die Kalkulation von Stressszenarien möglich. Das Portfoliomodell und seine Parameter unterliegen einer regelmäßigen Weiterentwicklung sowie Validierung durch den zuständigen Bereich in der parclIT GmbH, einer Tochtergesellschaft der Rechenzentrale Fiducia & GAD IT AG.

Die Bankenaufsicht hat ein verstärktes Interesse an der bankinternen Ermittlung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit. Mit den MaRisk geht sie dabei dezidiert auf die Ermittlung des Risikodeckungspotenzials und der Risikoprofile in den unterschiedlichen Ansätzen der Banken ein. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung führen die genossenschaftlichen Institute zahlreiche Stresstests durch.

44

R i s i k o k a p i t a l m a n a g e m e n t

Die genossenschaftlichen Institute sind als rechtlich selbstständige Unternehmen für ihr Kapitalmanagement verantwortlich. Die Risikotragfähigkeit wird daher in den genossenschaftlichen Instituten im Einklang mit ihrer Geschäftsstrategie und nach den Erfordernissen der MaRisk gesteuert.

Aus der Sicherungseinrichtung heraus wird der einheitliche Einsatz von Instrumenten zur Messung und Steuerung des Risikokapitals unterstützt. Grundlage für das Risikokapitalmanagement bildet die Risikotragfähigkeitsrechnung der Institute. Nach den Erhebungen der Sicherungseinrichtung herrscht der Fortführungsansatz (Going Concern) vor. Wesentliche Risiken stellen das Zinsänderungsrisiko und das Kreditrisiko dar. Ersteres wird in der Regel durch die Simulation von Zinsszenarien auf den geplanten Zinsüberschuss einer Bank berechnet, während im Kreditrisiko Portfoliomodelle zum Einsatz kommen. Laut Analyse für das Jahr 2015 ist die Risikotragfähigkeit der sogenannten Säule 2 in ihrer Auslastung – selbst bei den konservativen Ansätzen der Banken – gegeben. Die Sicherungseinrichtung analysiert einmal jährlich die Risikotragfähigkeit und stellt die wesentlichen Ergebnisse zusammen. Diese werden dann den Banken als Information zur Verfügung gestellt.

Erstmals wurden 2016 durch die nationale Aufsicht für die sogenannte Säule 1 – gemäß den EBA-Leitlinien zum Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) – bankindividuelle Zuschläge für das Zinsänderungsrisiko und für die sogenannten sonstigen, wesentlichen Risiken sowie ein Zuschlag für den Stressfall laut Umfrage zur Lage deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld (NZU-Umfrage) berechnet. Diese Zuschläge sollen die Eigenkapitalunterlegung des Säule-1-Kapitals der einzelnen Bank vervollständigen.

Mit der Erstellung des Konsolidierten Jahresabschlusses liefert die genossenschaftliche FinanzGruppe einen umfassenden Überblick über ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Hierbei werden unter anderem das Eigenkapital sowie die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote auf Gruppenebene dargestellt.

K a p i t a l a u s s t a t t u n g

Die konsolidierten Kapitalquoten für das Geschäftsjahr 2016 wurden nach dem Verfahren der EZR gemäß Artikel 49 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR ermittelt.

Mit Erlaubnis der BaFin vom 2. Januar 2014 können die Institute der genossenschaftlichen FinanzGruppe, die der Sicherungseinrichtung des BVR angeschlossen sind, den Nichtabzug ihrer Verbundbeteiligungen gemäß Artikel 49 Absatz 3 CRR bei der Ermittlung ihrer Kapitalquoten nutzen. Diese Ausnahme vom Beteiligungsabzug ist unter anderem davon abhängig, dass eine Mehrfachbelegung der Eigenmittel unter den Mitgliedern des institutsbezogenen Sicherungssystems ausgeschlossen ist.

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote der genossenschaftlichen FinanzGruppe beträgt per 31. Dezember 2016 16,1 Prozent (per 31. Dezember 2015: 15,8 Prozent). Insgesamt haben sich die regulatorischen Eigenmittel um 4,5 Milliarden Euro auf 92,1 Milliarden Euro erhöht. Die Erhöhung ist im Wesentlichen in der Thesaurierung von erwirtschafteten Gewinnen zu sehen.

Die Kernkapitalquote zeigt sich mit 13,1 Prozent (per 31. Dezember 2015: 12,4 Prozent) deutlich verbessert. Nachrichtlich beträgt die Kernkapitalquote materiell, das heißt bei Einstufung der §-340f-HGB-Reserven als Kernkapital, 15,4 Prozent (per 31. Dezember 2015: 14,8 Prozent). Das Kapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe wird im Wesentlichen durch die Primärinstitute gehalten.

Die Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten beziehen sich auf den Meldestichtag 31. Dezember 2016 und beinhalten nicht die Gewinnthesaurierung aus dem Jahresabschluss 2016. Aus der Gewinnthesaurierung wird eine weitere Stärkung der Kapitalbasis erwartet.

Der Gesamtrisikobetrag per 31. Dezember 2016 beträgt 572,5 Milliarden Euro (per 31. Dezember 2015: 556,0 Milliarden Euro). Der Anstieg um 3 Prozent ist durch das Wachstum des Kundenkreditgeschäfts geprägt.

45

Auf Einzelinstitutsebene analysiert die Sicherungseinrichtung die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelquoten der Mitgliedsbanken. Die folgende Grafik zeigt die Verteilung der Gesamtkapitalquote in der genossenschaftlichen FinanzGruppe zum Meldestichtag 31. Dezember 2016 sowie zum 31. Dezember 2015. Sie verdeutlicht die weiterhin solide Eigenmittelausstattung der einzelnen Banken.

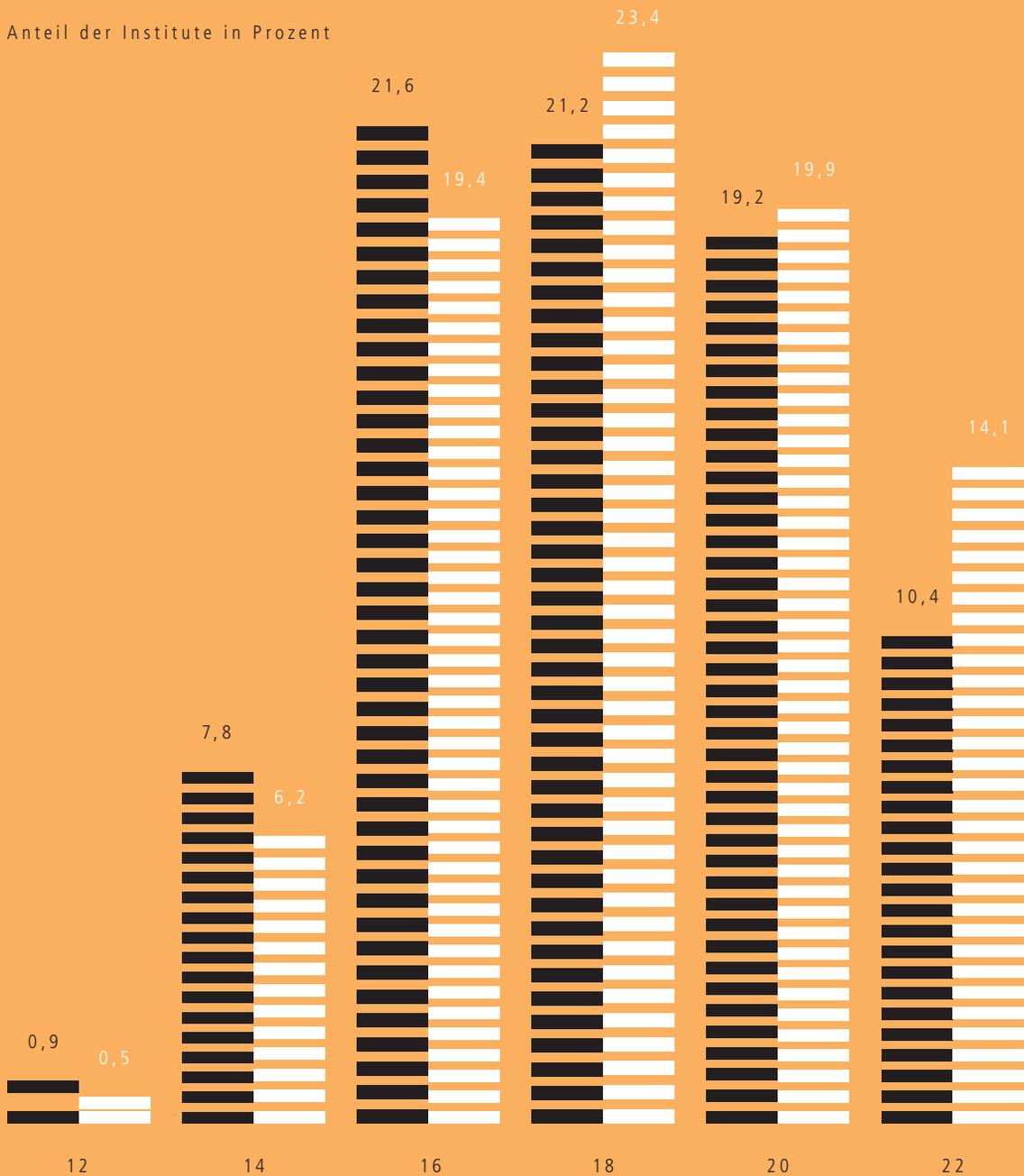
Mit einem bilanziellen Eigenkapital in Höhe von 98,6 Milliarden Euro (per 31. Dezember 2015: 93,0 Milliarden Euro) verfügt die genossenschaftliche FinanzGruppe über eine solide Kapitalausstattung. In den letzten Jahren konnte die Kapitalausstattung kontinuierlich aus eigener Kraft durch Gewinthesaurierung weiter ausgebaut werden. Diese Entwicklung belegt das tragfähige Geschäftsmodell der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit breiter Risiko- und Ertragsdiversifizierung.

Auch die auf Ebene des institutsbezogenen Sicherungssystems per 31. Dezember 2016 ermittelte risikounabhängige Verschuldungsquote (Leverage Ratio) dokumentiert mit einem Wert von 6,3 Prozent (per 31. Dezember 2015: 6,0 Prozent) die überdurchschnittliche Kapitalausstattung der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Bei materieller Betrachtung, das heißt unter Berücksichtigung der §-340f-HGB-Reserven als Kernkapital und vollständiger Einführung der einschlägigen CRR-Bestimmungen beträgt die Leverage Ratio 7,3 Prozent (per 31. Dezember 2015: 6,9 Prozent).

46

Verteilung der Gesamtkapitalquote in der genossenschaftlichen FinanzGruppe *

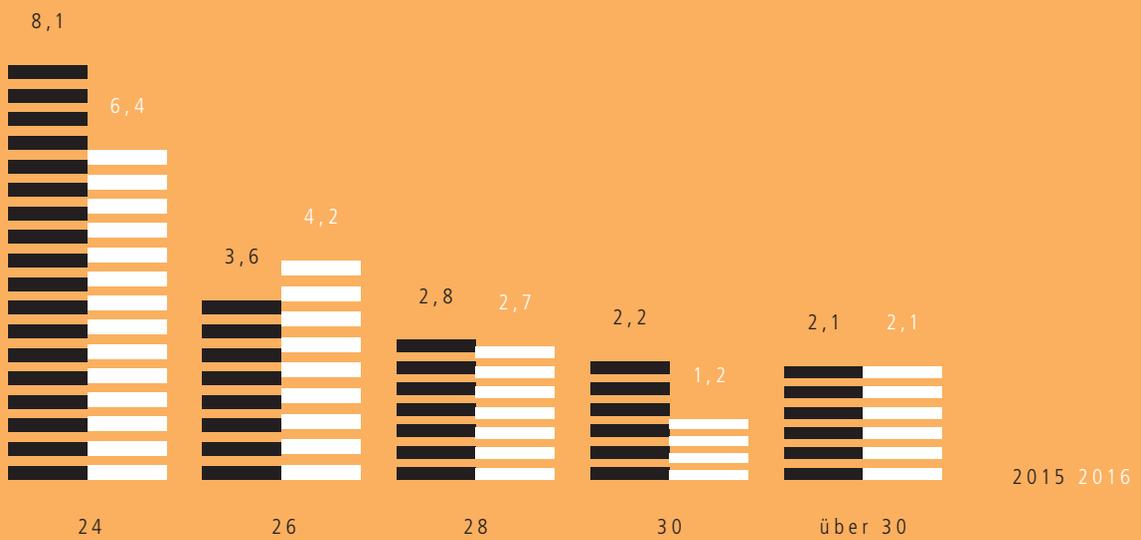
Anteil der Institute in Prozent



Gesamtkapitalquote bis ... Prozent

* Stand 31.12.2016.

47



Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken

Kreditrisiko

Aufgrund des hohen Volumens der Genossenschaftsbanken im Kundenkreditgeschäft ist das Kreditrisiko die wichtigste Risikokategorie. Mittels umfangreicher, qualitativ hochwertiger Verfahren zur Risikomessung steuern die Genossenschaftsbanken ihre Kreditrisiken effizient und nachhaltig. Zur Bonitätseinschätzung der einzelnen Kreditnehmer stehen den Genossenschaftsbanken bedarfsorientierte Ratingverfahren zur Verfügung, die die aufsichtsrechtlichen Normen erfüllen. Die Ratingverfahren wurden vom BVR in Zusammenarbeit mit Verbundpartnern entwickelt. Die Bewertung der Kreditausfallrisiken auf Portfolioebene erfolgt auf Basis von VaR-Ansätzen und mithilfe von Strukturanalysen zu Bonitäten, Größenklassen, Blankoanteilen und Branchenkonzentrationen.

Im Mittelpunkt der strategischen Ausrichtung der genossenschaftlichen FinanzGruppe stehen das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des Eigenkapitals sowie eine vorsichtige Kreditpolitik. Die Kreditvergabe der Genossenschaftsbanken bewegt sich in konservativem Rahmen. Dabei spielen die Kundenkenntnis und die Tragbarkeit der Verpflichtungen für die Kreditnehmer eine zentrale Rolle. Das Kundenkreditgeschäft der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist insgesamt durch eine granulare Kreditstruktur und einen hohen Anteil an Hypothekenkrediten gekennzeichnet. Die Granularität und die weitgehende regionale Diversifizierung der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe begrenzen Risikokonzentrationen.

Im Geschäftsjahr 2016 konnte die genossenschaftliche FinanzGruppe erneut einen deutlichen Zuwachs im Kreditgeschäft verzeichnen. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber 2015 deutlich um 4,6 Prozent. Ein wesentlicher Wachstumstreiber waren erneut die langfristigen Baufinanzierungen. Die Kreditvergabe der Genossenschaftsbanken in der Wohnungsbaufinanzierung profitierte von dem günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Das Niedrigzinsniveau, die gute Beschäftigungssituation

und steigende Einkommen der privaten Haushalte führten insgesamt zu einer hohen Nachfrage nach Immobilienkrediten. Allerdings setzte sich 2016 der Anstieg der Wohnimmobilienpreise in Deutschland weiterhin fort. Im Durchschnitt über alle 402 Stadt- und Landkreise verzeichneten die Preise für Wohnimmobilien einen Anstieg von 4,8 Prozent (Vorjahr: 3,1 Prozent). Auf Bundesebene war dieser Anstieg der sechste in Folge. Besonders hoch waren die Zuwächse in den Ballungszentren, Übertreibungen in der Breite oder gar eine Immobilienpreisblase auf Bundesebene sind jedoch derzeit nicht zu erkennen.

Um die Mitgliedsinstitute bei der Überwachung der regionalen Märkte zu unterstützen, hat der BVR gemeinsam mit der vdpResearch GmbH ein Marktschwankungskonzept auf Postleitzahlebene entwickelt: das BVR-Immobilienmarkt-Monitoring. Die Messungen von Marktschwankungen anhand des BVR-Immobilienmarkt-Monitorings ergänzen das Marktschwankungskonzept der Deutschen Kreditwirtschaft auf regionaler Ebene. Somit können die Genossenschaftsbanken ihre relevanten Märkte räumlich zutreffend bestimmen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen besser erfüllen.

Das Wachstum im Firmenkundengeschäft wurde überwiegend durch die Kreditvergabe an das Dienstleistungsgewerbe, die Land- und Forstwirtschaft sowie Unternehmen aus dem Bereich Energie und Bergbau getragen. Aufgrund ihrer regionalen Verankerung nehmen die Kreditgenossenschaften eine starke Marktposition im Wirtschaftsbereich Erneuerbare Energien ein und begleiten finanziell Unternehmensvorhaben sowohl zur Erhöhung der Energieeffizienz als auch zur regenerativen Energieerzeugung.

Der Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft stieg im Geschäftsjahr auf –522 Millionen Euro (Vorjahr: –74 Millionen Euro). Ursächlich hierfür war im Wesentlichen eine höhere Risikovorsorgebildung für Engagements im Altbestand der Schiffs- und Offshorefinanzierung vor dem Hintergrund des in vielen Segmenten der Schifffahrt anhaltenden Abschwungs und der Ölpreisbedingt schwierigen Rah-

49

menbedingungen an den Offshoremärkten. Trotz der belastenden Effekte blieb der Risikovorsorgeaufwand mit einer Quote von 0,07 Prozent des Volumens an Kunden- und Bankforderungen (von insgesamt 774.588 Millionen Euro) weiterhin auf einem niedrigen Niveau. In der Zusammenfassung betreiben die Genossenschaftsbanken ihr Kreditgeschäft in geordneten Verhältnissen.

Marktpreisrisiko

Zinsänderungsrisiken haben einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Banken. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus im Jahr 2016 fiel das positive Zinsergebnis der genossenschaftlichen FinanzGruppe um 6,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gemäß Analyse wird wie in den Vorjahren der größte Teil des Zinsergebnisses durch Konditionsbeiträge im Kundengeschäft erzielt. Aufgrund anhaltender Niedrigzinsen und steigenden Wettbewerbs um Einlagen rechnen die Kreditinstitute künftig mit niedrigeren Zinsmargen. Zudem bestehen Risiken bei einer Zinswende auf den Finanzmärkten, da sich die Refinanzierungskosten der in der jetzigen Niedrigzinsphase vergebenen Kredite im Falle eines Zinsanstiegs erhöhen werden.

Das Zinsänderungsrisiko spielt neben den Kreditrisiken eine wichtige Rolle in den meisten Genossenschaftsbanken. Sowohl eine weiter anhaltende Niedrigzinsphase als auch ein rascher und deutlicher Zinsanstieg könnte die Banken vor große Herausforderungen stellen. Diesem Sachverhalt trägt die Aufsicht durch entsprechende Regulierungsaktivitäten Rechnung. So hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 2016 die neuen Standards „Interest rate risk in the banking book“ veröffentlicht, die ab 2018 in Kraft treten. Die neuen EBA-Leitlinien zur „Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch“ liegen bereits seit 2015 vor und gelten seit Anfang 2016. Beiden Papieren ist gemein, dass sie die Abbildung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch zwar weiterhin in Säule 2 sehen, jedoch ein verstärktes Augenmerk auf die Qualität und Konsistenz der Zinsänderungsrisikosteuerung in den Instituten legen. Für den Fall, dass die interne Steue-

rung den Anforderungen der Aufsicht nicht genügt, beschreiben die neuen Basler Standards ein Standardmodell, dessen Anwendung der Aufseher fordern kann.

Die Sicherungseinrichtung überwacht die Angemessenheit der Zinsänderungsrisiken der Mitgliedsinstitute, insbesondere durch Simulationsrechnungen des Zinsergebnisses.

Mit der Umsetzung der neuen Basler Standards „Interest rate risk in the banking book“ wird auch das aufsichtsrechtliche „Prüfkriterium“ auf Basis von sechs statt bisher zwei Zinsszenarien ermittelt. Es wird eine zentrale Rolle bei der Ermittlung des SREP-Zuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch spielen.

Liquiditätsrisiko

Die genossenschaftliche FinanzGruppe zeichnet sich seit Jahren durch eine als verlässlich und krisenresistent anzusehende Liquiditätsstruktur aus. Die Loan-to-Deposit Ratio der genossenschaftlichen FinanzGruppe liegt bei 95 Prozent. Grundlage hierfür ist die stabile und eher kleinteilige Geschäftsstruktur der Banken, die sich diversifizierend und im Ergebnis risikomindernd auswirkt, sowie vor allem die traditionell geprägte Finanzierung der Institute über Kundeneinlagen. Die Kundschaft honoriert damit die Wirksamkeit der Institutssicherung, die die Sicherungseinrichtung des BVR insbesondere zum Zweck des Einlagenschutzes betreibt und die über den gesetzlich geforderten Einlagenschutz hinausgeht.

Die genossenschaftliche Zentralbank bündelt die Liquiditätsüberschüsse der Einzelinstitute und sorgt innerhalb des Netzwerkes der Primärbanken und Verbundunternehmen für einen Liquiditätsausgleich. Die Regeln der Liquidity Coverage Ratio (LCR) wurden gemäß Analyse von allen Mitgliedsinstituten der Sicherungseinrichtung eingehalten. Zum Stichtag 31. Dezember 2016 liegt der Wert für die LCR im Median aller genossenschaftlichen Institute bei 156 Prozent.

50

O p e r a t i o n e l l e s R i s i k o

Die eingerichteten Systeme und internen Verfahren der Genossenschaftsbanken dienen der Reduktion von operationellen Risiken, die zu Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse führen können.

Den operativen Risiken wird mit unterschiedlichen Maßnahmen begegnet. Dazu zählen Arbeitsanweisungen, Funktionstrennungen, die Verwendung von einheitlichen und rechtlich geprüften Vertragsvordrucken sowie der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten. Für den Ausfall technischer Einrichtungen und unvorhergesehene Personalausfälle besteht eine Notfallplanung.

Interne Kontrollverfahren gewährleisten, dass wesentliche operationelle Risiken regelmäßig identifiziert, analysiert und beurteilt werden. Anhand von Leitfäden können die Institute ein systematisches Risk Assessment nach Marktstandards durchführen. Schadenfälle werden in einer Datenbank erfasst. Auf Basis der Ergebnisse der Schadensfallanalysen werden gegebenenfalls interne Abläufe angepasst beziehungsweise präventive Schutzmaßnahmen implementiert.

Die Messung operationeller Risiken erfolgt vor dem Hintergrund des jeweiligen Geschäftsmodells des Instituts. Dominierend sind die Quantifizierung in Form eines plausiblen Pauschalbetrags oder auf Basis historischer Schadensdaten teilweise erweitert durch VaR-Ansätze. Laut Analyse werden die im Rahmen ihrer individuellen Risikosteuerung von den Instituten vergebenen Limite regelmäßig eingehalten.

EDITORIAL
LAGEBERICHT 2016
KONSOLIDIRTER JAHRESABSCHLUSS 2016
ANLAGE

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

51

Lagebericht 2016

Prognosebericht

52

Gesamt- und Kreditwirtschaft

Die Konjunktorentwicklung entfaltete zu Beginn des Jahres 2017 eine anziehende Dynamik. Nach den Schätzungen des Statistischen Bundesamts betrug das preis-, saison- und kalenderbereinigte Wachstum zu Jahresbeginn 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorquartal, nach 0,4 Prozent im vierten Quartal 2016 und 0,2 Prozent im dritten. Die Konjunkturindikatoren deuten auch für den weiteren Verlauf des Jahres auf ein robustes Wachstum hin, auch wenn mit leicht geringeren Wachstumsraten in den folgenden Quartalen zu rechnen sein wird.

Basierend auf den Daten des ersten Quartals 2017 geht der BVR in seiner Schätzung von einem realen Wachstum des BIP in Deutschland von 1,7 Prozent aus. Damit liegt das Wachstum leicht unter der Zuwachsrate aus 2016 von 1,9 Prozent. Maßgeblich hierfür ist jedoch die 2017 geringere Anzahl an Werktagen.

Grund für die gute Wirtschaftslage ist zum einen eine weiter lebhaftere Binnenkonjunktur, die von den steigenden Einkommen der Haushalte und einem robusten Arbeitsmarkt sowie dem Niedrigzinsumfeld profitiert. Es ist davon auszugehen, dass der Konsum 2017 weiter steigt, jedoch etwas weniger stark als zuletzt, unter anderem bedingt durch die anziehende Teuerung, die die Kaufkraft der Haushalte einschränkt. Zudem ist durch einen geringeren Zustrom an Flüchtlingen von nur moderaten Ausgabesteigerungen des Staats auszugehen.

Darüber hinaus ist von einer weiteren Belebung der privaten Wohnungsbauinvestitionen auszugehen. Im Zuge einer hohen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dürften aber auch Unternehmen Anreize haben, ihre Produktionskapazitäten auszuweiten. Trotz der zu erwartenden Belebung bleibt im Vergleich zu vorherigen Konjunkturzyklen die Investitionsausweitung aber eher moderat.

Zum anderen ist 2017 auch wieder mit einer anziehenden außenwirtschaftlichen Belebung zu rechnen, die von einem soliden Wirtschaftswachstum in Schwellenländern, aber auch im Euroraum, profitiert. Die außenwirtschaftliche Belebung wird zudem derzeit von einem schwachen Eurokurs ge-

stützt. Da die Importe ähnlich stark zulegen dürften wie die Ausfuhren, ist jedoch insgesamt von keinem Wachstumsimpuls der Außenwirtschaft auszugehen.

Der Arbeitsmarkt wird sich auch 2017 weiter robust zeigen. In den ersten Monaten des Jahres sank die Arbeitslosigkeit weiter und erreichte im Mai eine Quote von 5,6 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der offenen Stellen. Bislang weist nichts darauf hin, dass die Arbeitslosigkeit durch die zunehmend auf den Arbeitsmarkt drängenden Flüchtlinge steigt, auch wenn ihre Integration erfahrungsgemäß einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Der Beschäftigungsaufbau wird auch in diesem Jahr anhalten und könnte die Grenze von 44 Millionen Beschäftigten überschreiten.

Die Geldpolitik dürfte ihren extrem expansiven Charakter beibehalten, nachdem die EZB ihr Anleihekaufprogramm bis zum Dezember 2017, wenn auch mit reduziertem Umfang, verlängert hat. Auch bei den Renditen von Staatsanleihen sind keine signifikanten Änderungen im Jahresverlauf vorauszusehen. Auch wenn die Inflation zu Jahresbeginn deutlich stieg, dürfte im Jahresverlauf die Teuerung aufgrund leicht rückläufiger Raten in der zweiten Jahreshälfte noch deutlich unter 2 Prozent liegen, da die Anstiege zu Jahresbeginn in engem Zusammenhang mit dem Basiseffekt beim Ölpreis standen.

Mittlerweile ist erkennbar, dass sich die Prognosen der letzten Jahre für die Kreditwirtschaft in ihren Kernaussagen kaum verändern. Auch mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr werden die belastenden Rahmenbedingungen im anhaltenden Niedrigzinsumfeld bei steigendem regulatorischem Aufwand erhalten bleiben. Somit bleibt auch der Ausblick für das Geschäftsjahr 2017 verhalten positiv. Insbesondere die kleineren und mittleren Kreditinstitute stehen hierdurch weiterhin vor großen Herausforderungen, da sich hier die Regulatorik überproportional auswirkt. Auch die Fähigkeit zur Eigenkapitalbildung durch Gewinnthesaurierungen wird weiter gemindert, sodass hier teilweise Anreize für eine übermäßige Risikoübernahme zur Ertragsgenerierung und Gewinnstabilisierung entstehen können.

53

Dem weiter wachsenden Ertragsdruck und den hohen Regulierungsanforderungen begegnen die Kreditinstitute auch im laufenden Geschäftsjahr mit intensiven Arbeiten zur Kosteneffizienzsteigerung und zur Überprüfung der Wertschöpfungsketten, wozu sowohl die Prozess- als auch die Produktoptimierung gehört. Auch die Anzahl betriebswirtschaftlich sinnvoller Fusionen wird hoch bleiben. Vermutlich sinkt auch die Anzahl der Beschäftigten tendenziell weiter. Andererseits werden die Institute unverändert versuchen, durch eine weitere gezielte Ausrichtung auf die Kundenwünsche, beispielsweise durch den Ausbau digitaler Angebote im Rahmen des Omnikanalbankings, im Wettbewerb zu bestehen. Die Wettbewerbssituation wird sich durch den Versuch von sogenannten Fintechs, Marktanteile aufzubauen, weiter verschärfen.

Auch wenn die lange Niedrigzinsphase die Kreditwirtschaft erheblich belastet, so stellt insbesondere ein sehr rascher Zinsanstieg in dieser Situation ein ernst zu nehmendes Bedrohungsszenario dar. Das gilt auch trotz der in den letzten Jahren verbesserten Eigenkapitalausstattung der Banken. Darüber hinaus können unverändert die andauernde europäische Staatsschuldenkrise, die Folgen der Brexit-Entscheidung sowie etwaige außenpolitische und außenwirtschaftliche Unwägbarkeiten negative Auswirkungen mit sich bringen.

54

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Seit der Finanzmarktkrise steht der Finanzsektor unter erheblichem Anpassungs- und Kostendruck, um die aufsichtsrechtliche Reformagenda mit ihren höheren Eigenkapitalanforderungen und veränderten Regulierungsverfahren umzusetzen. Des Weiteren zeigt der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung der genossenschaftlichen FinanzGruppe, dass das Geschäftsjahr 2017 weiterhin durch das anhaltend niedrige absolute Zinsniveau geprägt sein wird. Aus diesen Einflussfaktoren resultiert eine voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2017 fortdauernde Belastung der Ertragslage der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Risiken für die weitere Ergebnisentwicklung der genossenschaftlichen FinanzGruppe können sich auch aus dem gesamtwirtschaftlichen und politischen Umfeld vor allem im Euroraum, in den Vereinigten Staaten und in Deutschland ergeben. Nicht abschätzbar sind aus heutiger Sicht die Risiken, die die Austrittsverhandlungen zwischen der EU und Großbritannien, die wirtschaftliche Entwicklung einiger, insbesondere italienischer Banken sowie die weitere politische Entwicklung in einzelnen Ländern des Euroraums betreffen. Insgesamt wird erwartet, dass sich das Ergebnis der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Geschäftsjahr 2017 auf einem zufriedenstellenden Niveau bewegt, was eine weitere Stärkung der Rücklagen erlauben dürfte.

Der Zinsüberschuss wird sich auch weiterhin vor allem aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus unter anderem im Segment Retail verringern. Speziell die zinsniveauabhängigen Geschäftsmodelle in der genossenschaftlichen FinanzGruppe können im Geschäftsjahr 2017 Ertragsvolatilitäten aufweisen. Auch das verhaltene Wirtschaftswachstum im Euroraum könnte sich negativ auf den Zinsüberschuss auswirken.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird im Geschäftsjahr 2017 nach belastenden Einmaleffekten im Geschäftsjahr 2016 wieder zum Normalniveau zurückfinden und sich im Einklang mit dem Kreditbestand, dem angestrebten Neugeschäftsvolumen sowie den langjährigen Standardrisikokosten entwickeln. Mögliche Implikationen unsicherer politischer

Entwicklungen auf die Kapitalmärkte könnten sich belastend auf die Risikovorsorge auswirken.

Für den Provisionsüberschuss erwartet die genossenschaftliche FinanzGruppe für das Jahr 2017 ein ähnlich gutes Ergebnis wie im Geschäftsjahr 2016. Eine dauerhafte Verunsicherung an den Kapital- und Finanzmärkten könnte das Vertrauen von privaten und institutionellen Anlegern jedoch negativ beeinflussen und damit das Provisionsergebnis belasten.

Das Handelsergebnis wird im Geschäftsjahr 2017 rückläufig erwartet, da es im Geschäftsjahr 2016 insbesondere im Segment Bank von positiven Sondereffekten in Bezug auf die Bewertung von Finanzinstrumenten beeinflusst wurde. Positive Impulse dürften im Geschäftsjahr 2017 aus dem kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft kommen. Insbesondere die weiterhin konsequente Umsetzung der strategischen Maßnahmen vor allem bei institutionellen Kunden, aber auch im Privatkundenbereich spiegelt sich in der positiven Ertragseinschätzung wider. Die Voraussetzung für ein stetiges Handelsergebnis wird primär ein stabiles Kapitalmarktumfeld sein.

Aufgrund geplanter Veräußerungstransaktionen von Beteiligungen im Geschäftsjahr 2017 wird sich das Ergebnis aus Finanzanlagen auf einem voraussichtlich ähnlichen Niveau wie im Geschäftsjahr 2016 bewegen.

Das Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten wird sich voraussichtlich aufgrund vorhandener Wertaufholungspotenziale der Portfolios staatlicher Emittenten im Segment Immobilien positiv entwickeln. Kapitalmarktvolatilitäten sowie Ausweitungen von Credit Spreads bei Wertpapieren staatlicher Emittenten könnten die erwartete positive Ergebnisentwicklung negativ beeinflussen.

Das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft dürfte sich im Geschäftsjahr 2017 reduzieren. Unter der Annahme wachsender Nettobeiträge in den verschiedenen Geschäftsbereichen wird die Ergeb-

55

nisreduktion dem voraussichtlich niedrigeren Kapitalanlageergebnis im aktuellen Niedrigzinsumfeld geschuldet werden. Außerordentliche Ereignisse auf den Finanz- und Kapitalmärkten sowie Änderungen in der Versicherungstechnik beziehungsweise mögliche Anpassungen im aufsichtsrechtlichen Umfeld der Versicherer (Solvency II) können die Ergebniserwartungen aus dem Versicherungsgeschäft negativ beeinflussen.

Die Verwaltungsaufwendungen werden voraussichtlich auch im Geschäftsjahr 2017 merklich steigen. Strategiekonforme Investitionen in das Innovationsmanagement und die Digitalisierung sind auch für das Geschäftsjahr 2017 berücksichtigt.

Infolge der höheren Aufwendungen bei zugleich niedrigeren Ertragserwartungen wird die Aufwand-Ertrags-Relation der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich steigen.

Die genossenschaftliche FinanzGruppe zeichnet ein überzeugendes Geschäftsmodell und eine intakte Risikotragfähigkeit aus. Ein hoher Mitglieder- und Kundenzuspruch und nicht zuletzt eine starke Eigenkapitalquote ermöglichen es dieser FinanzGruppe, die sich ihr bietenden Wachstumschancen konsequent zu nutzen und damit ihre hervorragende Marktposition in einem anspruchsvollen regulatorischen Umfeld auch weiterhin erfolgreich unter Beweis zu stellen.

EDITORIAL
LAGEBERICHT 2016
KONSOLIDierter JAHRABSCHLUSS 2016
ANLAGE

5	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	58
7	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	59
57	BILANZ	60
111	VERÄNDERUNGEN DES EIGENKAPITALS	62
	KAPITALFLUSSRECHNUNG	64
	ANGABEN ZUM KONSOLIDIERTEN JAHRABSCHLUSS	67

57

Konsolidierter Jahresabschluss 2016

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

58

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

Angabe		2016	2015	Veränderung in Prozent
		in Mio. Euro	in Mio. Euro	
Zinsüberschuss	2.	18.826	20.021	-6,0
<i>Zinserträge und laufendes Ergebnis</i>		<i>26.926</i>	<i>28.792</i>	<i>-6,5</i>
<i>Zinsaufwendungen</i>		<i>-8.100</i>	<i>-8.771</i>	<i>-7,7</i>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.	-522	-74	>100,0
Provisionsüberschuss	4.	5.963	5.798	2,8
<i>Provisionserträge</i>		<i>7.313</i>	<i>7.292</i>	<i>0,3</i>
<i>Provisionsaufwendungen</i>		<i>-1.350</i>	<i>-1.494</i>	<i>-9,6</i>
Handelsergebnis	5.	1.099	607	81,1
Ergebnis aus Finanzanlagen	6.	33	-561	>100,0
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	7.	-190	363	>100,0
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	8.	14.658	14.418	1,7
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	9.	3.783	3.013	25,6
Versicherungsleistungen	10.	-15.400	-14.664	5,0
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	11.	-1.922	-1.774	8,3
Verwaltungsaufwendungen	12.	-17.944	-17.234	4,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	13.	-76	-126	-39,7
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern		8.308	9.787	-15,1
Ertragsteuern	14.	-2.410	-2.820	-14,5
Konsolidierter Jahresüberschuss		5.898	6.967	-15,3
davon entfallen auf:				
Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe		5.748	6.761	-15,0
Nicht beherrschende Anteile		150	206	-27,2

59

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Konsolidierter Jahresüberschuss	5.898	6.967	-15,3
Erfolgsneutrales Ergebnis	296	854	-65,3
Bestandteile, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden können	313	219	42,9
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	336	103	>100,0
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	-5	14	>100,0
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	17	44	-61,4
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-1	-24	-95,8
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-14	17	>100,0
Erfolgsneutrale Ertragsteuern	-20	65	>100,0
Bestandteile, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden können	-17	635	>100,0
Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	-30	905	>100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-	-1	100,0
Erfolgsneutrale Ertragsteuern	13	-269	>100,0
Gesamtergebnis	6.194	7.821	-20,8
davon entfallen auf:			
Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe	6.027	7.589	-20,6
Nicht beherrschende Anteile	167	232	-28,0

60

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva	Angabe	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Barreserve	15.	25.421	20.536	23,8
Forderungen an Kreditinstitute	16.	41.433	32.988	25,6
Forderungen an Kunden	16.	733.155	700.608	4,6
Risikovorsorge	17.	-7.520	-7.631	-1,5
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	18.	1.549	1.050	47,5
Handelsaktiva	19.	48.270	53.570	-9,9
Finanzanlagen	20.	251.965	249.960	0,8
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	21.	89.435	82.766	8,1
Sachanlagen und Investment Property	22.	11.385	11.168	1,9
Ertragsteueransprüche	23.	3.480	3.772	-7,7
Sonstige Aktiva	24.	17.207	13.732	25,3
Summe der Aktiva		1.215.780	1.162.519	4,6

61

	Angabe	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.	103.282	99.505	3,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25.	774.302	739.218	4,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	26.	71.122	70.248	1,2
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	18.	12.956	9.453	37,1
Handelspassiva	27.	44.139	45.397	-2,8
Rückstellungen	28.	13.109	12.563	4,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	29.	84.125	78.929	6,6
Ertragsteuerverpflichtungen	23.	1.056	1.263	-16,4
Sonstige Passiva	30.	8.140	7.569	7,5
Nachrangkapital	31.	4.980	5.367	-7,2
Eigenkapital		98.569	93.007	6,0
Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe		95.886	90.088	6,4
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		11.443	10.922	4,8
<i>Kapitalrücklage</i>		696	784	-11,2
<i>Gewinnrücklagen</i>		76.215	70.122	8,7
<i>Neubewertungsrücklage</i>		1.720	1.444	19,1
<i>Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen</i>		-10	-7	42,9
<i>Rücklage aus der Währungsumrechnung</i>		74	62	19,4
<i>Konsolidierter Gewinn</i>		5.748	6.761	-15,0
Nicht beherrschende Anteile		2.683	2.919	-8,1
Summe der Passiva		1.215.780	1.162.519	4,6

62

Veränderungen des Eigenkapitals

in Mio. Euro

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Neubewertungsrücklage	Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital insgesamt
Eigenkapital zum 01.01.2015	10.762	754	70.362	1.258	-15	32	83.153	3.348	86.501
Konsolidierter Jahresüberschuss	-	-	6.761	-	-	-	6.761	206	6.967
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	-	627	163	8	30	828	26	854
Gesamtergebnis	-	-	7.388	163	8	30	7.589	232	7.821
Ausgabe und Rückzahlung von Eigenkapital	160	30	-	-	-	-	190	-248	-58
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	4	-	-	-	4	1	5
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	-304	23	-	-	-281	-351	-632
Gezahlte Dividenden	-	-	-567	-	-	-	-567	-63	-630
Eigenkapital zum 31.12.2015	10.922	784	76.883	1.444	-7	62	90.088	2.919	93.007
Konsolidierter Jahresüberschuss	-	-	5.748	-	-	-	5.748	150	5.898
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	-	-10	279	-3	13	279	17	296
Gesamtergebnis	-	-	5.738	279	-3	13	6.027	167	6.194
Ausgabe und Rückzahlung von Eigenkapital	521	-88	-	-	-	-	433	226	659
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-2	1	-	-	-1	-2	-3
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	-127	-4	-	-1	-132	-579	-711
Gezahlte Dividenden	-	-	-529	-	-	-	-529	-48	-577
Eigenkapital zum 31.12.2016	11.443	696	81.963	1.720	-10	74	95.886	2.683	98.569

63

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Geschäftsguthaben	11.220	10.673	5,1
Grundkapital	138	144	-4,2
Anteile stiller Gesellschafter	85	105	-19,0
Insgesamt	11.443	10.922	4,8

64

Kapitalflussrechnung

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro
Konsolidierter Jahresüberschuss	5.898	6.967
Im konsolidierten Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Wertaufholungen von Vermögenswerten sowie sonstige zahlungsunwirksame Veränderungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	-1.747	451
Zahlungsunwirksame Veränderungen der Rückstellungen	546	-1.102
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	8.493	7.262
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	66	366
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten und Schulden	-78	476
Saldo sonstige Anpassungen	-16.614	-18.213
Zwischensumme	-3.436	-3.793
Zahlungswirksame Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	-41.478	-26.402
Andere Aktiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-863	350
Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	441	-835
Handelsaktiva und -passiva	5.159	-748
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	39.260	21.475
Verbriefte Verbindlichkeiten	753	3.132
Andere Passiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-2.611	-3.145
Erhaltene Zinsen, Dividenden und Einzahlungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen	27.825	31.997
Gezahlte Zinsen	-8.500	-7.153
Ertragsteuerzahlungen	-1.642	-1.897
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	14.908	12.981
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	34.670	6.742
Einzahlungen aus Abgängen von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	20.330	18.764
Auszahlungen für Zugänge von Finanzanlagen	-37.296	-8.625
Auszahlungen für Zugänge von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-25.613	-23.673

65

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro
Nettoauszahlungen für Zugänge von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	-1.222	-1.433
Nettoauszahlungen für Zugänge des immateriellen Anlagevermögens	-73	-15
Veränderungen des Konsolidierungskreises	21	-13
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-9.183	-8.253
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Anteilseignern der genossenschaftlichen FinanzGruppe	433	190
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von nicht beherrschenden Anteilen	226	-
Dividendenzahlungen an Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe	-529	-567
Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteile	-48	-63
Sonstige Auszahlungen an nicht beherrschende Anteile	-	-248
Saldo Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (inklusive Nachrangkapital)	-922	840
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-840	152
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	20.536	15.656
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	14.908	12.981
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-9.183	-8.253
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-840	152
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	25.421	20.536

Die Kapitalflussrechnung stellt die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands während des Geschäftsjahres dar. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand, den Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie den Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen zusammensetzt. Die Barreserve enthält keine Finanzinvestitionen, deren Restlaufzeiten zum Erwerbszeitpunkt mehr als drei Monate betragen. Veränderungen des Zahlungsmittelbestands werden der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Dem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit werden Zahlungsströme zugerechnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten der genossenschaftlichen FinanzGruppe stehen oder aus sonstigen Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können. Zahlungsströme im Zusammenhang mit Zugängen und Abgängen von langfristigen Vermögenswerten werden der Investitionstätigkeit zugerechnet. Zum Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zählen Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern sowie aus sonstigen Kapitalaufnahmen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit.

EDITORIAL
LAGEBERICHT 2016
KONSOLIDierter JAHRESABSCHLUSS 2016
ANLAGE

5	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	58
7	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	59
57	BILANZ	60
111	VERÄNDERUNGEN DES EIGENKAPITALS	62
	KAPITALFLUSSRECHNUNG	62
	ANGABEN ZUM KONSOLIDIERTEN JAHRESABSCHLUSS	67

67

Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss

A Allgemeine Angaben

Erläuternde Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss

Mit dem Konsolidierten Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken veröffentlicht der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) einen auf Basis der in der Anlage erläuterten maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze erstellten Abschluss. Die Geschäftsguthaben und das Grundkapital der Kreditgenossenschaften werden von deren Mitgliedern gehalten. Die Kreditgenossenschaften halten die Aktien an der Zentralbank entweder direkt oder über Zwischenholdings. Ein Konzernatbestand besteht für die genossenschaftliche FinanzGruppe weder im Sinne der International Financial Reporting Standards (IFRS), des Handelsgesetzbuchs (HGB) noch des Aktiengesetzes (AktG).

Der Konsolidierte Jahresabschluss dient Informationszwecken und der Darstellung der geschäftlichen Entwicklung der unter Risiko- und Strategiegesichtspunkten als wirtschaftliche Einheit betrachteten genossenschaftlichen FinanzGruppe. Darüber hinaus wurde der Abschluss zur Einhaltung der Vorschriften des Artikel 113 Absatz 7 Buchstabe e) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und Rats vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (Capital Requirements Regulation – CRR) aufgestellt. Der Konsolidierte Jahresabschluss ersetzt nicht die Analyse der Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen.

Die Datengrundlage für den Konsolidierten Jahresabschluss bilden die Jahres- und Konzernabschlüsse der Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie Daten aus Zusatzerhebungen bei den Kreditgenossenschaften. Der in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogene Konzernabschluss der DZ BANK wird auf Grundlage der IFRS aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die konsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss grundsätzlich auf den Stichtag 31. Dezember 2016 aufgestellt. Die Einbeziehung von einem Tochterunternehmen (Vorjahr: 1) in den Konsolidierten

Jahresabschluss erfolgt mit abweichendem Abschlussstichtag. Die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen werden mit 42 Ausnahmen (Vorjahr: 25) auf den Abschlussstichtag des Konsolidierten Jahresabschlusses aufgestellt.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden bestimmte Posten in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und durch zusätzliche Angaben ergänzt.

Informationen zu den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen befinden sich in der Anlage zum Konsolidierten Jahresabschluss.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierte Jahresabschluss umfasst als konsolidierte Einheiten neben sämtlichen 972 Primärbanken (Vorjahr: 1.018) den DZ BANK Konzern, die Münchener Hypothekenbank eG (MHB) sowie die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH. Zu den einbezogenen Primärbanken zählen auch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, die Sparda-Banken, die PSD Banken und Sonderinstitute wie die BAG Bankaktiengesellschaft. Im Vorjahr sowie bis zum Zeitpunkt der Fusion war außerdem der WGZ BANK-Konzern im Konsolidierten Jahresabschluss enthalten, der aufgrund des Unternehmenszusammenschlusses der DZ BANK AG mit der WGZ BANK AG in den DZ BANK Konzern eingegangen ist. Dieser Unternehmenszusammenschluss hatte keine Auswirkung auf die Zusammensetzung des Konsolidierungskreises im Konsolidierten Jahresabschluss.

Die Primärbanken sowie die MHB stellen die rechtlich selbstständigen, gleich geordneten Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe dar, während die übrigen Unternehmen und der DZ BANK Konzern als Tochterunternehmen einbezogen sind. Im DZ BANK Konzern sind neben der genossenschaftlichen Zentralbank insgesamt 476 Tochterunternehmen (Vorjahr: zusammen mit dem WGZ BANK-Konzern 570) konsolidiert. Weitere Informationen über den Anteilsbesitz befinden sich in der Anteilsbesitzliste des Geschäftsberichts des DZ BANK Konzerns.

69

Im Konsolidierten Jahresabschluss werden 22 unter gemeinschaftlicher Führung eines konsolidierten Unternehmens mit mindestens einem weiteren verbundexternen Unternehmen stehende Gemein-

schaftsunternehmen (Vorjahr: 24) und 37 assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 31), auf die ein konsolidiertes Unternehmen maßgeblichen Einfluss ausübt, nach der Equity-Methode bilanziert.

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Kreditgenossenschaften
 (Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe)

Primärbanken Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda- und PSD Banken, Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG sowie Sonderinstitute	Münchener Hypothekenbank eG
---	-----------------------------

DZ BANK Konzern

Zentralbank DZ BANK AG	Verbundunternehmen Tochterunternehmen der DZ BANK AG	Sicherungseinrichtung des BVR und BVR Instituts-sicherung GmbH
----------------------------------	--	--

B Ausgewählte Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen

Anteile an Tochterunternehmen

Anteil, den nicht beherrschende Anteile an den Tätigkeiten der genossenschaftlichen Finanz- Gruppe ausmachen

Die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK) ist mit ihren Tochterunternehmen als Teilkonzern in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogen. Im Vorjahr war außerdem die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank AG (WGZ BANK) mit ihren Tochterunternehmen separat als Teilkonzern ebenfalls in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogen, im Geschäftsjahr fusionierte die WGZ BANK mit der DZ BANK. Die DZ BANK ist als Zentralbank, Geschäftsbank und Holding mit ihren Kernfunktionen auf ihre Kunden und Eigentümer, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, ausgerichtet. Ziel dieser Ausrichtung ist es, die Position der genossenschaftlichen FinanzGruppe als eine der führenden Allfinanzgruppen in Deutschland nachhaltig auszubauen.

Die Anteile an der DZ BANK mit Hauptniederlassung in Frankfurt am Main werden von den Primärbanken und der MHB zu 94,6 Prozent (Vorjahr: 86,2 Prozent) gehalten. Im Vorjahr hielt die WGZ BANK weitere Anteile in Höhe von 6,7 Prozent. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 5,4 Prozent (Vorjahr: 7,1 Prozent) entfallen auf nicht der genossenschaftlichen FinanzGruppe zugehörige Anteilseigner. Der anteilige Jahresüberschuss nicht beherrschender Anteile beträgt 150 Millionen Euro (Vorjahr: 191 Millionen Euro). Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile beläuft sich auf 2.683 Millionen Euro (Vorjahr: 2.836 Millionen Euro). Die Dividendenausschüttung an die nicht beherrschenden Anteile beläuft sich im Geschäftsjahr auf 48 Millionen Euro (Vorjahr: 62 Millionen Euro).

Die Anteile an der WGZ BANK mit Hauptniederlassung in Düsseldorf wurden im Vorjahr von den Primärbanken zu 98,1 Prozent gehalten. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 1,9 Prozent entfielen auf nicht der genossenschaftlichen FinanzGruppe zugehörige Anteilseigner. Der anteilige Jahresüberschuss nicht

beherrschender Anteile betrug 15 Millionen Euro. Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile belief sich auf 83 Millionen Euro. Die Dividendenausschüttung an die nicht beherrschenden Anteile belief sich im Vorjahr auf 1 Million Euro.

Wesensart und Umfang maßgeblicher Beschränkungen

Nationale regulatorische Anforderungen sowie vertragliche und gesellschaftsrechtliche Bestimmungen schränken die Fähigkeit der im Konsolidierten Jahresabschluss einbezogenen Unternehmen des DZ BANK Konzerns ein, Vermögenswerte innerhalb des DZ BANK Konzerns zu transferieren. Sofern Beschränkungen konkret einzelnen Bilanzposten zuzuordnen sind, können die Buchwerte der am Abschlussstichtag Beschränkungen unterliegenden Vermögenswerte und Schulden folgender Tabelle entnommen werden:

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Vermögenswerte	78.322	74.732	4,8
Forderungen an Kunden	3.345	4.174	-19,9
Finanzanlagen	308	-	-
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	74.665	70.552	5,8
Sonstige Aktiva	4	6	-33,3
Schulden	126.234	119.148	5,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.903	1.690	12,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	53.771	50.926	5,6
Rückstellungen	915	653	40,1
Versicherungstechnische Rückstellungen	69.645	65.879	5,7

Wesensart der Risiken, die mit Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen

Risiken aus Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen ergeben sich im Wesentlichen aus im DZ BANK Konzern vergebenen Krediten an vollkonsolidierte Fonds, die teilweise in Form von Nachrangdarlehen (Junior Loans) vergeben werden.

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 540 Millionen Euro (Vorjahr: 564 Millionen Euro).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	109	110	-0,9
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	-14	24	>100,0
Anteiliges Gesamtergebnis	95	134	-29,1

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an assoziierten Unternehmen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 349 Millionen Euro (Vorjahr: 410 Millionen Euro).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	18	17	5,9
Anteiliges Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	1	-100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	-	22	-100,0
Anteiliges Gesamtergebnis	18	40	-55,0

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Strukturierte Unternehmen sind Unternehmen, die derart gestaltet sind, dass Stimmrechte oder diesen vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Frage der Beherrschung über das Unternehmen sind. In der genossenschaftlichen Finanzgruppe werden ausgehend von ihrer Ausgestaltung sowie den damit verbundenen Risiken im Wesentlichen die folgenden Arten von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen unterschieden, die vorwiegend Unternehmen des DZ BANK Konzerns betreffen:

- Anteile an von der genossenschaftlichen Finanzgruppe aufgelegten Investmentvermögen
- Anteile an von der genossenschaftlichen Finanzgruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen
- Anteile an Verbriefungsvehikeln
- Anteile an Leasingobjektgesellschaften

72

Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe aufgelegten Investmentvermögen umfassen im Wesentlichen Investmentvermögen, die von Unternehmen der Union Investment Gruppe nach dem Vertragsform-Modell ohne Stimmrechte und in geringerem Umfang in Gesellschaftsstrukturen mit eigener Rechtspersönlichkeit aufgelegt wurden. Überdies stellt der DVB Bank Konzern zur Finanzierung von Transportmitteln vollkonsolidierten Fonds Nachrangdarlehen zur Verfügung, die wiederum Nachrangdarlehen oder direkte Eigenkapitalbeteiligungen nicht konsolidierten Unternehmen zur Verfügung stellen.

Die Höchstexponierung der von der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegten und verwalteten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten und beträgt zum Stichtag 10.628 Millionen Euro (Vorjahr: 10.331 Millionen Euro). Aus diesen Investmentvermögen sind im Geschäftsjahr Verluste in Höhe von 22 Millionen Euro (Vorjahr: –15 Millionen Euro) sowie Erträge in Höhe von 1.670 Millionen Euro (Vorjahr: 1.636 Millionen Euro) entstanden.

Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen umfassen insbesondere von Unternehmen der Union Investment Gruppe im Rahmen eigener Entscheidungskompetenz verwaltete Investmentvermögen und von Unternehmen außerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegte Investmentvermögen beziehungsweise Teile von Investmentvermögen mit einem Volumen von 32.059 Millionen Euro (Vorjahr: 27.269 Millionen Euro). Darüber hinaus werden Darlehen an Investmentvermögen vergeben, um Zinserträge zu generieren. Zusätzlich bestehen Investmentvermögen im Zusammenhang mit fondsgebundenen Lebensversicherungen des R+V Konzerns (R+V) in Höhe von 7.031 Millionen Euro (Vorjahr: 7.351 Millionen Euro), die von Unternehmen außerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegt wurden. Aus

den fondsgebundenen Lebensversicherungen resultiert keine Höchstexponierung.

Die Höchstexponierung der von der genossenschaftlichen FinanzGruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten und beträgt zum Stichtag 2.511 Millionen Euro (Vorjahr: 2.095 Millionen Euro). Aus diesen Investmentvermögen wurden im Geschäftsjahr 2016 Erträge in Höhe von 111 Millionen Euro erzielt (Vorjahr: 108 Millionen Euro).

Anteile an Verbriefungsvehikeln

Bei den Anteilen an Verbriefungsvehikeln handelt es sich um Anteile an Vehikeln, an denen die genossenschaftliche FinanzGruppe über die Investorenposition hinausgehend beteiligt ist.

Die wesentlichen Anteile an Verbriefungsvehikeln erstrecken sich auf die beiden Multiseller-Asset-Backed-Commercial-Paper-Programme CORAL und AUTOBAHN. Die DZ BANK tritt bei beiden Programmen als Sponsor und Programm-Agent auf. Bei AUTOBAHN übt sie zusätzlich auch die Funktion des Programm-Administrators aus.

Die Höchstexponierung der Anteile an Verbriefungsvehikeln in der genossenschaftlichen FinanzGruppe wird als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten ermittelt und beträgt zum Stichtag 4.380 Millionen Euro (Vorjahr: 3.459 Millionen Euro). Aus diesen Anteilen wurden im Geschäftsjahr 2016 Erträge in Höhe von 64 Millionen Euro (Vorjahr: 84 Millionen Euro) erzielt.

Anteile an Leasingobjektgesellschaften

Die Anteile an Leasingobjektgesellschaften umfassen Kommanditanteile sowie von diesen abweichende Stimmanteile an von der VR Leasing Gruppe für Zwecke des Immobilienleasings gegründeten Personengesellschaften (Leasingobjektgesellschaften), in denen das Objekt sowie die vereinzelt vom DZ BANK Konzern gestellte Finanzierung platziert werden.

Die tatsächliche Höchstexponierung der Anteile an Leasingobjektgesellschaften in der genossenschaft-

EDITORIAL	5	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	58
LAGEBERICHT 2016	7	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	59
KONSOLIDIERTER JAHRESABSCHLUSS 2016	57	BILANZ	60
ANLAGE	111	VERÄNDERUNGEN DES EIGENKAPITALS	62
		KAPITALFLUSSRECHNUNG	62
		ANGABEN ZUM KONSOLIDIERTEN JAHRESABSCHLUSS	67

73

lichen FinanzGruppe wird hierbei als Bruttowert ohne Anrechnung etwaig vorhandener Sicherheiten ermittelt und beträgt zum Stichtag –12 Millionen Euro (Vorjahr: 1 Million Euro). Aus diesen Anteilen wurden im Geschäftsjahr Zinserträge und laufendes Ergebnis in Höhe von 4 Millionen Euro (Vorjahr: 5 Millionen Euro) erzielt.

74

C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Angaben zu Geschäftssegmenten

Geschäftsjahr 2016 in Mio. Euro	in Mio. Euro					Insgesamt
	Bank	Retail	Immobilien	Versicherung	Sonstige/ Konsolidierung	
Zinsüberschuss	1.623	16.618	1.322	–	–737	18.826
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–523	–51	45	–	7	–522
Provisionsüberschuss	603	6.034	–152	–	–522	5.963
Handelsergebnis	851	211	–	–	37	1.099
Ergebnis aus Finanzanlagen	77	–94	36	–	14	33
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	–106	–10	–46	–	–28	–190
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	–	–	–	14.658	–	14.658
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	–	3.885	–102	3.783
Versicherungsleistungen	–	–	–	–15.400	–	–15.400
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–	–	–	–2.454	532	–1.922
Verwaltungsaufwendungen	–2.059	–15.276	–754	–	145	–17.944
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–42	–235	41	–8	168	–76
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	424	7.197	492	681	–486	8.308
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	68,5	67,8	62,8	–	–	67,0

75

Geschäftsjahr 2015 in Mio. Euro	Bank	Retail	Immobilien	Versicherung	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
Zinsüberschuss	2.017	17.260	1.593	–	–849	20.021
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–94	–7	27	–	–	–74
Provisionsüberschuss	586	5.911	–193	–	–506	5.798
Handelsergebnis	458	189	–19	–	–21	607
Ergebnis aus Finanzanlagen	110	–611	–53	–	–7	–561
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	7	–6	364	–	–2	363
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	–	–	–	14.418	–	14.418
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	–	3.132	–119	3.013
Versicherungsleistungen	–	–	–	–14.664	–	–14.664
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–	–	–	–2.287	513	–1.774
Verwaltungsaufwendungen	–1.830	–15.119	–700	–	415	–17.234
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–98	–68	31	26	–17	–126
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	1.156	7.549	1.050	625	–593	9.787
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	59,4	66,7	40,6	–	–	63,6

Abgrenzung der Geschäftssegmente

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken basiert auf subsidiären Grundsätzen. Ihre Basis sind die örtlichen Primärbanken, die in ihrer Geschäftstätigkeit einerseits durch die Zentralbank DZ BANK und andererseits durch Verbundunternehmen unterstützt werden. Diese sind in die Zentralbank integriert. Der Nutzen für die Primärbanken aus der Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen und der Zentralbank besteht im Wesentlichen im Angebot des vollständigen Spektrums an Allfinanzprodukten und -dienstleistungen.

Im Geschäftssegment Bank sind die Aktivitäten der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Firmenkundengeschäft, im Geschäft mit Institutionen und im Kapitalmarktgeschäft zusammengefasst. Das Geschäftssegment ist grundsätzlich auf die Kundengruppe Firmenkunden ausgerichtet. In diesem Geschäftsfeld sind im Wesentlichen neben der DZ BANK die VR Leasing Gruppe und der DVB Bank Konzern enthalten.

Das Geschäftssegment Retail umfasst das Private Banking sowie Aktivitäten mit Schwerpunkt in der Vermögensverwaltung und ist auf die Kundengruppe Privatkunden ausgerichtet. Hierzu zählen vor allem die Primärbanken sowie die DZ PRIVATBANK, die TeamBank AG Nürnberg (TeamBank) und die Union Investment Gruppe.

Im Geschäftssegment Immobilien ist das Bauspar-, Hypothekenbank- und Immobiliengeschäft dargestellt. Zu den zugeordneten Unternehmen zählen der Konzern Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (BSH), die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank sowie die MHB.

Das Versicherungsgeschäft wird im Geschäftssegment Versicherung abgebildet. In diesem Geschäftssegment ist ausschließlich die R+V enthalten.

Unter Sonstige/Konsolidierung wird die Sicherungseinrichtung des BVR (BVR-SE) sowie die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) erfasst, deren Auftrag es ist, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten der Mitgliedsbanken durch Präventions- oder Sanierungsmaßnahmen ab-

zuwenden. Des Weiteren sind die Konsolidierungen zwischen den Geschäftssegmenten enthalten.

Darstellung der Angaben zu Geschäftssegmenten

Die von den Geschäftssegmenten erwirtschafteten Zinserträge und die damit in Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen werden in den Angaben zu Geschäftssegmenten saldiert als Zinsüberschuss ausgewiesen.

Geschäftssegmentübergreifende Konsolidierungen

Die auf den Zinsüberschuss entfallenden Anpassungen resultieren im Wesentlichen aus der Konsolidierung von Dividendenzahlungen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Die Konsolidierungen im Provisionsüberschuss betreffen insbesondere das Provisionsgeschäft zwischen den Primärbanken, der TeamBank, der BSH und der R+V.

Die Konsolidierungen im Verwaltungsaufwand beinhalten die in der genossenschaftlichen FinanzGruppe entrichteten Beiträge an die BVR-SE sowie die BVR-ISG.

Die übrigen Anpassungen sind im Wesentlichen auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung zurückzuführen.

77

2. Zinsüberschuss

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinserträge und laufendes Ergebnis	26.926	28.792	-6,5
Zinserträge aus	25.752	27.396	-6,0
Kredit- und Geldmarktgeschäften	23.253	24.307	-4,3
davon: Bauspargeschäft	1.036	1.031	0,5
Finanzierungs-Leasinggeschäft	150	184	-18,5
festverzinslichen Wertpapieren	3.139	3.646	-13,9
Sonstigen Aktiva	-566	-538	5,2
finanziellen Vermögenswerten mit negativer Effektivverzinsung	-74	-19	>100,0
Laufende Erträge aus	1.061	1.267	-16,3
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	947	1.023	-7,4
Anteilen an Tochterunternehmen und Beteiligungen	135	264	-48,9
Operating-Leasing-Verhältnissen	-21	-20	5,0
Ergebnis aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode von	31	48	-35,4
Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	17	41	-58,5
Anteilen an assoziierten Unternehmen	14	7	100,0
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	82	81	1,2
Zinsaufwendungen	-8.100	-8.771	-7,7
Zinsaufwendungen für	-7.811	-8.506	-8,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-6.258	-6.424	-2,6
davon: Bauspargeschäft	-959	-820	17,0
verbriefte Verbindlichkeiten	-1.384	-1.887	-26,7
Nachrangkapital	-254	-241	5,4
Sonstige Passiva	12	19	-36,8
finanzielle Verbindlichkeiten mit positiver Effektivverzinsung	73	27	>100,0
Sonstige Zinsaufwendungen	-289	-265	9,1
Insgesamt	18.826	20.021	-6,0

Die Zinserträge aus Sonstigen Aktiva beziehungsweise Zinsaufwendungen für Sonstige Passiva entstehen durch Ergebnisse aus der Amortisation von Wertbeiträgen aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus an den Geld- und Kapitalmärkten kann es zu einer negativen Effektivverzinsung von finanziellen Vermögenswerten und einer positiven Effektivverzinsung von finanziellen Verbindlichkeiten kommen.

78

3. Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zuführungen	-2.337	-2.143	9,1
Auflösungen	1.747	1.906	-8,3
Direkte Wertberichtigungen	-148	-167	-11,4
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	277	318	-12,9
Veränderungen der Rückstellungen im Kreditgeschäft sowie der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	-54	12	>100,0
Wertberichtigungen von zur Veräußerung verfügbaren Forderungen	-7	-	-
Insgesamt	-522	-74	>100,0

4. Provisionsüberschuss

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Provisionserträge	7.313	7.292	0,3
Wertpapiergeschäft	3.203	3.278	-2,3
Vermögensverwaltung	332	346	-4,0
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	2.481	2.398	3,5
Kredit- und Treuhandgeschäft	246	262	-6,1
Finanzgarantien und Kreditzusagen	182	181	0,6
Auslandsgeschäft	125	134	-6,7
Bauspargeschäft	11	5	>100,0
Sonstiges	733	688	6,5
Provisionsaufwendungen	-1.350	-1.494	-9,6
Wertpapiergeschäft	-499	-491	-8,6
Vermögensverwaltung	-104	-116	-10,3
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	-285	-284	0,4
Kredit- und Treuhandgeschäft	-80	-165	-51,5
Finanzgarantien und Kreditzusagen	-13	51	>100,0
Auslandsgeschäft	-25	-28	-10,7
Bauspargeschäft	-81	-103	-21,4
Sonstiges	-313	-358	-12,6
Insgesamt	5.963	5.798	2,8

79

5. Handelsergebnis

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus dem Handel mit Finanzinstrumenten	528	287	84,0
Ergebnis aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	385	135	>100,0
Ergebnis aus dem Warenhandel	186	185	0,5
Insgesamt	1.099	607	81,1

6. Ergebnis aus Finanzanlagen

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus Wertpapieren	-61	-636	-90,4
Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und Beteiligungen	94	75	25,3
Insgesamt	33	-561	>100,0

7. Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	-42	31	>100,0
<i>Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts</i>	-42	31	>100,0
Ergebnis aus Sicherungsinstrumenten	-2.856	1.895	>100,0
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	2.814	-1.864	>100,0
Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten	18	-86	>100,0
Ergebnis aus zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft Finanzinstrumenten	-166	418	>100,0
Insgesamt	-190	363	>100,0

80

8. Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Gebuchte Nettobeiträge	14.668	14.442	1,6
Gebuchte Bruttobeiträge	14.767	14.536	1,6
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-99	-94	5,3
Veränderung der Beitragsüberträge	-10	-24	-58,3
Bruttobeträge	-8	-26	-69,2
Anteil der Rückversicherer	-2	2	>100,0
Insgesamt	14.658	14.418	1,7

9. Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinserträge und laufende Erträge	2.534	2.575	-1,6
Aufwendungen für Verwaltung	-132	-115	14,8
Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung	1.244	478	>100,0
Sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	137	75	82,7
Insgesamt	3.783	3.013	25,6

10. Versicherungsleistungen

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-10.601	-9.850	7,6
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	-10.670	-9.890	7,9
Anteil der Rückversicherer	69	40	72,5
Veränderungen der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen	-4.799	-4.814	-0,3
Veränderungen der Brutorückstellungen	-4.796	-4.808	-0,2
Anteil der Rückversicherer	-3	-6	-50,0
Insgesamt	-15.400	-14.664	5,0

81

Schadenentwicklung für das selbst abgeschlossene Schaden- / Unfallversicherungsgeschäft inklusive Schadenregulierungskosten

Bruttoschadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
am Ende des Jahres	4.173	3.856	3.634	3.901	3.345	3.341	3.324	2.953	2.704	2.672	2.509
1 Jahr später	-	3.767	3.523	3.847	3.336	3.359	3.135	2.901	2.623	2.601	2.414
2 Jahre später	-	-	3.457	3.769	3.247	3.279	3.160	2.763	2.527	2.531	2.306
3 Jahre später	-	-	-	3.731	3.220	3.254	3.139	2.756	2.533	2.472	2.268
4 Jahre später	-	-	-	-	3.189	3.241	3.122	2.756	2.505	2.487	2.230
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.250	3.139	2.768	2.513	2.478	2.245
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	3.080	2.710	2.469	2.434	2.214
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	2.685	2.466	2.422	2.210
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	2.449	2.426	2.205
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.419	2.207
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.207
Abwicklungsergebnis	-	89	177	170	156	91	244	268	255	253	302

Nettoschadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
am Ende des Jahres	4.110	3.827	3.574	3.669	3.313	3.298	3.254
1 Jahr später	-	3.736	3.460	3.613	3.300	3.317	3.056
2 Jahre später	-	-	3.393	3.533	3.211	3.236	3.077
3 Jahre später	-	-	-	3.490	3.180	3.208	3.057
4 Jahre später	-	-	-	-	3.139	3.194	2.939
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.191	3.049
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	2.957
Abwicklungsergebnis	-	91	181	179	174	107	297

82

Schadenentwicklung für das übernommene Rückversicherungsgeschäft

Bruttoschadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
Bruttoschadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596	524
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre											
1 Jahr später	-	622	464	481	385	463	437	282	232	127	138
2 Jahre später	-	-	783	685	630	640	632	399	347	203	175
3 Jahre später	-	-	-	897	764	345	739	468	410	250	212
4 Jahre später	-	-	-	-	930	891	856	516	447	282	240
5 Jahre später	-	-	-	-	-	1.029	922	588	475	307	252
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.043	626	528	324	266
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	652	555	366	283
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	574	384	307
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	396	321
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	330
Bruttoschadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung											
am Ende des Jahres	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596	524
1 Jahr später	-	2.434	2.157	1.840	1.593	1.536	1.401	1.026	779	583	541
2 Jahre später	-	-	2.004	1.859	1.569	1.472	1.343	872	765	529	480
3 Jahre später	-	-	-	1.779	1.628	1.014	1.338	826	696	518	432
4 Jahre später	-	-	-	-	1.580	1.528	1.360	837	680	479	423
5 Jahre später	-	-	-	-	-	1.501	1.396	858	691	470	396
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.379	870	709	480	391
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	876	719	498	399
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	725	504	403
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	505	407
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	407
Abwicklungsergebnis	-	-1	-28	-69	-74	-92	-189	16	-13	91	117

83

Nettoschadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Nettoschadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre							
1 Jahr später	–	622	464	473	383	461	432
2 Jahre später	–	–	782	677	620	636	625
3 Jahre später	–	–	–	888	754	333	729
4 Jahre später	–	–	–	–	919	878	839
5 Jahre später	–	–	–	–	–	1.016	904
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.025
Nettoschadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung							
am Ende des Jahres	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
1 Jahr später	–	2.429	2.152	1.827	1.576	1.519	1.377
2 Jahre später	–	–	1.999	1.845	1.554	1.454	1.321
3 Jahre später	–	–	–	1.766	1.612	997	1.314
4 Jahre später	–	–	–	–	1.566	1.510	1.337
5 Jahre später	–	–	–	–	–	1.484	1.372
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.357
Abwicklungsergebnis	–	–1	–29	–71	–75	–95	–193

84

11. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen (brutto)	-1.944	-1.794	8,4
Anteil der Rückversicherer	22	20	10,0
Insgesamt	-1.922	-1.774	8,3

12. Verwaltungsaufwendungen

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Personalaufwendungen	-10.318	-10.160	1,6
Sachaufwendungen	-6.679	-6.141	8,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-947	-933	1,5
Insgesamt	-17.944	-17.234	4,1

13. Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen	83	39	>100,0
Sonstige betriebliche Erträge	816	868	-6,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-975	-1.033	-5,6
Insgesamt	-76	-126	-39,7

85

14. Ertragsteuern

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen für tatsächliche Ertragsteuern	-2.497	-2.680	-6,8
Erträge aus/Aufwendungen für latente Ertragsteuern	87	-140	>100,0
Insgesamt	-2.410	-2.820	-14,5

Ausgehend von einem Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent wurde unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags für die Berechnung der laufenden Ertragsteuern bei inländischen Kapitalgesellschaften ein effektiver Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 Prozent angewendet. Der effektive Gewerbesteuersatz beträgt 14 Prozent bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatzes von 400 Prozent. Die Steuersätze entsprechen denen des Vorjahres.

Für die Berechnung der latenten Ertragsteuern ist auf die Steuersätze abzustellen, die voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung in Kraft sind. Dabei werden die Steuersätze verwendet, die zum Abschlussstichtag für diesen Zeitpunkt gültig oder angekündigt sind.

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.308	9.787	-15,1
Rechnerischer Ertragsteuersatz der genossenschaftlichen FinanzGruppe (in Prozent)	29,825	29,825	
Ertragsteuern zum rechnerischen Ertragsteuersatz	-2.478	-2.919	-15,1
Steuerauswirkungen	68	99	-31,3
Steuerauswirkung von steuerfreien Erträgen und steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen	312	233	33,9
Steuerauswirkung anderer Steuerarten, abweichender Gewerbesteuerhebesätze sowie von Steuersatzänderungen	8	5	60,0
Steuerauswirkung abweichender Steuersätze in anderen Ländern	-47	15	>100,0
Tatsächliche und latente Ertragsteuern, die vorherige Berichtszeiträume betreffen	147	56	>100,0
Veränderung von latenten Ertragsteueransprüchen aufgrund von Wertberichtigungen	-28	17	>100,0
Sonstige Steuerauswirkungen	-324	-227	42,7
Insgesamt	-2.410	-2.820	-14,5

Die Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen den – unter Anwendung des in Deutschland geltenden Steuerrechts – rechnerisch ermittelten und den erfassten Ertragsteuern dar.

86

D Angaben zur Bilanz

15. Barreserve	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Kassenbestand	7.047	6.364	10,7
Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen	18.374	14.171	29,7
davon: bei der Deutschen Bundesbank	13.279	10.921	21,6
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	-	1	-100,0
Insgesamt	25.421	20.536	23,8

16. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Forderungen an Kreditinstitute	41.433	32.988	25,6
<i>Täglich fällig</i>	27.786	17.534	58,5
<i>Andere Forderungen</i>	13.647	15.454	-11,7
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	61	19	>100,0
Kommunalkredite	7.045	8.577	-17,9
Finanzierungs-Leasinggeschäft	14	100	-86,0
Übrige Forderungen	6.527	6.758	-3,4
Forderungen an Kunden	733.155	700.608	4,6
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	284.637	272.199	4,6
Kommunalkredite	37.738	38.091	-0,9
Baudarlehen der Bausparkasse	37.253	33.659	10,7
davon: aus Zuteilung (Bauspardarlehen)	3.031	3.651	-17,0
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	32.219	27.905	15,5
sonstige Baudarlehen	2.003	2.103	-4,8
Finanzierungs-Leasingverhältnisse	3.153	3.575	-11,8
Übrige Forderungen	370.374	353.084	4,9

87

17. Risikovorsorge

	Einzelwert- berechtigungen in Mio. Euro	Portfoliowert- berechtigungen in Mio. Euro	Insgesamt in Mio. Euro
Stand zum 01.01.2015	7.454	1.065	8.519
Zuführungen	2.027	116	2.143
Inanspruchnahmen	-984	-	-984
Auflösungen	-1.758	-197	-1.955
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-14	-	-14
Sonstige Veränderungen	-86	8	-78
Stand zum 31.12.2015	6.639	992	7.631
Zuführungen	2.103	234	2.337
Inanspruchnahmen	-702	-1	-703
Auflösungen	-1.546	-218	-1.764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	14	-28	-14
Sonstige Veränderungen	22	11	33
Stand zum 31.12.2016	6.530	990	7.520

18. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.549	1.050	47,5
für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	1.545	1.049	47,3
für Absicherungen von Zahlungsströmen	2	1	100,0
für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	2	-	-
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	12.956	9.453	37,1
für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	12.940	9.442	37,0
für Absicherungen von Zahlungsströmen	16	10	60,0
für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	-	1	-100,0

88

19. Handelsaktiva

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	23.587	24.665	-4,4
Zinsbezogene Geschäfte	20.440	22.221	-8,0
Währungsbezogene Geschäfte	1.794	1.253	43,2
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	298	320	-6,9
Kreditderivate	244	287	-15,0
Sonstige Geschäfte	811	584	38,9
Wertpapiere	10.378	14.424	-28,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.321	13.387	-30,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.057	1.037	1,9
Forderungen	13.963	14.117	-1,1
Warenbestand und Warenforderungen	342	364	-6,0
Insgesamt	48.270	53.570	-9,9

20. Finanzanlagen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Wertpapiere	248.491	246.591	0,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	191.003	193.932	-1,5
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.488	52.659	9,2
Anteile an Tochterunternehmen	1.265	1.315	-3,8
Beteiligungen	2.209	2.054	7,5
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	543	548	-0,9
Anteile an assoziierten Unternehmen	355	413	-14,0
Sonstiger Anteilsbesitz	1.311	1.093	19,9
Insgesamt	251.965	249.960	0,8

89

21. Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Investment Property	2.470	2.251	9,7
Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschafts- unternehmen und assoziierten Unternehmen	621	527	17,8
Hypothekendarlehen	9.049	8.732	3,6
Schuldscheinforderungen und Darlehen	7.667	8.001	-4,2
Namensschuldverschreibungen	9.102	9.438	-3,6
Sonstige Darlehen	768	837	-8,2
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.430	7.288	15,7
Festverzinsliche Wertpapiere	40.769	36.598	11,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	360	233	54,5
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	188	163	15,3
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolizen	10.011	8.698	15,1
Insgesamt	89.435	82.766	8,1

22. Sachanlagen und Investment Property

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Grundstücke und Gebäude	6.839	6.839	-
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.378	1.408	-2,1
Leasinggegenstände	388	460	-15,7
Investment Property	253	264	-4,2
Sonstiges Sachvermögen	2.527	2.197	15,0
Insgesamt	11.385	11.168	1,9

90

23. Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ertragsteueransprüche	3.480	3.772	-7,7
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	1.306	1.620	-19,4
Latente Ertragsteueransprüche	2.174	2.152	1,0
Ertragsteuerverpflichtungen	1.056	1.263	-16,4
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	731	899	-18,7
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	325	364	-10,7

	Latente Ertragsteuer- ansprüche 31.12.2016 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- ansprüche 31.12.2015 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- verpflichtungen 31.12.2016 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- verpflichtungen 31.12.2015 in Mio. Euro
Steuerliche Verlustvorträge	59	35		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden inklusive Risikovorsorge	82	91	203	520
Handelsaktiva/-passiva sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	787	1.199	29	28
Finanzanlagen	328	360	549	1.080
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	147	26	589	449
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	485	796	169	160
Verbriefte Verbindlichkeiten	119	111	11	14
Rückstellungen	1.941	1.737	183	43
Versicherungstechnische Rückstellungen	73	118	395	287
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	24	29
Sonstige Bilanzposten	102	132	122	207
Insgesamt (Bruttowert)	4.123	4.605	2.274	2.817
Saldierung von latenten Ertragsteuer- ansprüchen und -verpflichtungen	-1.949	-2.453	-1.949	-2.453
Insgesamt (Nettowert)	2.174	2.152	325	364

Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen entfallen auf temporäre Differenzen der in der Tabelle dargestellten Bilanzposten sowie auf steuerliche Verlustvorträge.

91

24. Sonstige Aktiva

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Aktiva der Versicherungsunternehmen	3.719	3.182	16,9
Geschäfts- oder Firmenwerte	58	59	-1,7
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	423	350	20,9
Vorauszahlungen und Rechnungsabgrenzungsposten	170	202	-15,8
Sonstige Forderungen	3.115	2.803	11,1
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	182	198	-8,1
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten	9.098	6.512	39,7
Übrige sonstige Aktiva	442	426	3,8
Insgesamt	17.207	13.732	25,3

Zusammensetzung der sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen:

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Immaterielle Vermögenswerte	156	155	0,6
Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen	224	208	7,7
Beitragsüberträge	6	8	-25,0
Deckungsrückstellungen	63	65	-3,1
Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	155	135	14,8
Forderungen	633	661	-4,2
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	362	419	-13,6
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	203	182	11,5
Sonstige Forderungen	68	60	13,3
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	738	241	>100,0
Übrige sonstige Aktiva	1.968	1.917	2,7
Sachanlagen	418	437	-4,3
Vorauszahlungen und Rechnungsabgrenzungsposten	23	34	-32,4
Andere Aktiva der Versicherungsunternehmen	1.527	1.446	5,6
Insgesamt	3.719	3.182	16,9

92

25. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	103.282	99.505	3,8
Täglich fällig	6.156	7.223	-14,8
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	97.126	92.282	5,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	774.302	739.218	4,7
<i>Spareinlagen und Einlagen aus dem Bauspargeschäft</i>	240.802	238.345	1,0
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	174.621	172.203	1,4
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	12.411	15.216	-18,4
Bauspareinlagen	53.770	50.926	5,6
Andere Verbindlichkeiten	533.500	500.873	6,5
Täglich fällig	417.210	379.985	9,8
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	116.290	120.888	-3,8

26. Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Begebene Schuldverschreibungen	44.813	48.489	-7,6
Hypothekendarlehen	27.299	26.385	3,2
Öffentliche Pfandbriefe	5.058	8.383	-39,7
Sonstige Schuldverschreibungen	12.526	13.721	-8,7
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	26.309	21.759	20,9
Insgesamt	71.122	70.248	1,2

93

27. Handelsspassiva

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	25.123	27.822	-9,7
Zinsbezogene Geschäfte	19.568	22.328	-12,4
Währungsbezogene Geschäfte	1.171	1.259	-7,0
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	791	799	-1,0
Kreditderivate	101	166	-39,2
Sonstige Geschäfte	3.492	3.270	6,8
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	508	849	-40,2
Begebene Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Verbindlichkeiten	12.905	10.815	19,3
Verbindlichkeiten	5.558	5.867	-5,3
Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten	45	44	2,3
Insgesamt	44.139	45.397	-2,8

94

28. Rückstellungen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionspläne	8.225	8.186	0,5
Rückstellungen im Kreditgeschäft	456	418	9,1
Bausparspezifische Rückstellungen	915	653	40,1
Sonstige Rückstellungen	3.513	3.306	6,3
Insgesamt	13.109	12.563	4,3

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Finanzierungsstatus der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen			
Barwert der nicht über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	7.064	7.684	-8,1
Barwert der über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	2.400	1.703	40,9
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	9.464	9.387	0,8
Abzüglich des beizulegenden Zeitwerts der Planvermögen	-1.239	-1.201	3,2
Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen (netto)	8.225	8.186	0,5
Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionspläne	8.225	8.186	0,5

95

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	9.387	10.303	-8,9
Laufender Dienstzeitaufwand	133	149	-10,7
Zinsaufwendungen	206	206	-
Erbrachte Pensionsleistungen einschließlich Planabgeltungen	-330	-374	-11,8
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	6	-9	>100,0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	51	-911	>100,0
Sonstige Veränderungen	11	23	-52,2
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	9.464	9.387	0,8

Entwicklung der Planvermögen	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Beizulegender Zeitwert der Planvermögen zum 01.01.	1.201	1.215	-1,2
Zinserträge	26	24	8,3
Beiträge zu Planvermögen	43	26	65,4
Gezahlte Pensionsleistungen	-62	-56	10,7
Erträge aus Planvermögen (ohne Zinserträge)	35	-21	>100,0
Sonstige Veränderungen	-4	13	>100,0
Beizulegender Zeitwert der Planvermögen zum 31.12.	1.239	1.201	3,2

Angewendete versicherungsmathematische Annahmen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	31.12.2016 in Prozent	31.12.2015 in Prozent
Gewichteter Abzinsungssatz	1,75	2,24
Gewichtete Gehaltssteigerung	1,83	1,89
Gewichtete Rentenerhöhung	1,75	1,76

96

29. Versicherungstechnische Rückstellungen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Beitragsüberträge	1.119	1.104	1,4
Deckungsrückstellung	55.167	52.634	4,8
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.071	9.257	8,8
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	8.918	7.923	12,6
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	65	53	22,6
Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von den Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebens- versicherungspolice getragen wird	8.785	7.958	10,4
Insgesamt	84.125	78.929	6,6

Entwicklung der Beitragsüberträge

	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	1.104	1.071	3,1
Zuführungen	1.180	1.170	0,9
Entnahmen/Auflösungen	-1.172	-1.143	-2,5
Veränderungen aus Währungsumrechnung	7	6	16,7
Stand zum 31.12.	1.119	1.104	1,4

97

Entwicklung der Deckungsrückstellung	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	52.634	49.724	5,9
Zuführungen	6.158	5.965	3,2
Zinsanteil	1.128	1.392	-19,0
Entnahmen/Auflösungen	-4.753	-4.448	-6,9
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-	1	-100,0
Stand zum 31.12.	55.167	52.634	4,8

Für Verträge mit einem Rechnungszins über dem des in der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) definierten Referenzzinssatzes wurden Zinszusatzrückstellungen in Höhe von insgesamt 2.162 Millionen Euro gebildet (Vorjahr: 1.528 Millionen Euro).

Entwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsverträge	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	9.257	8.352	10,8
Schadenaufwendungen	5.827	5.463	6,7
Abzüglich Zahlungen	-4.983	-4.622	-7,8
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-30	64	<-100,0
Stand zum 31.12.	10.071	9.257	8,8

Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2016 in Mio. Euro	2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	7.923	8.568	-7,5
Zuführungen	670	665	0,8
Entnahmen/Auflösungen	-760	-797	4,6
Veränderungen aufgrund unrealisierter Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen (erfolgsneutral)	367	-626	>100,0
Veränderungen aufgrund sonstiger Umbewertungen (erfolgswirksam)	718	99	>100,0
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-	14	-100,0
Stand zum 31.12.	8.918	7.923	12,6

98

Die Fälligkeiten der versicherungstechnischen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	1 Jahr in Mio. Euro	1 Jahr ^ 5 Jahre in Mio. Euro	5 Jahre ^ in Mio. Euro	Unbestimmte Laufzeit in Mio. Euro
Stand zum 31.12.2016				
Beitragsüberträge	1.011	83	25	–
Deckungsrückstellung	1.654	6.983	12.129	34.401
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.297	3.273	2.501	–
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	701	646	754	6.817
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	43	15	3	4
Insgesamt	7.706	11.000	15.412	41.222

Stand zum 31.12.2015				
Beitragsüberträge	982	100	22	–
Deckungsrückstellung	1.977	6.658	12.292	31.707
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.855	3.090	2.312	–
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	739	607	854	5.723
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	39	9	3	2
Insgesamt	7.592	10.464	15.483	37.432

30. Sonstige Passiva

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Passiva der Versicherungsunternehmen	4.948	4.255	16,3
Sonstige Verbindlichkeiten und abgegrenzte Schulden	2.150	2.256	–4,7
Zur Veräußerung gehaltene Schulden	25	7	>100,0
Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten	431	479	–10,0
Übrige sonstige Passiva	586	572	2,4
Insgesamt	8.140	7.569	7,5

Zusammensetzung der sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen:

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Rückstellungen	329	327	0,6
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	303	297	2,0
Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	1	1	-
Andere Rückstellungen	25	29	-13,8
Verbindlichkeiten und übrige sonstige Passiva	4.619	3.928	17,6
Nachrangkapital	76	73	4,1
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	85	78	9,0
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.523	1.574	-3,2
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	239	230	3,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	30	29	3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	613	524	17,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	105	70	50,0
Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften	1.345	775	73,5
Sonstige Verbindlichkeiten	197	198	-0,5
Übrige sonstige Passiva	406	377	7,7
Insgesamt	4.948	4.255	16,3

31. Nachrangkapital	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.800	4.851	-1,1
Genussrechtskapital	158	494	-68,0
Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	22	22	-
Insgesamt	4.980	5.367	-7,2

100

Angaben zu Finanzinstrumenten

32.
 Beizulegender Zeitwert
 von Finanzinstrumenten

	Buchwert 31.12.2016 in Mio. Euro	Beizulegender Zeitwert 31.12.2016 in Mio. Euro	Buchwert 31.12.2015 in Mio. Euro	Beizulegender Zeitwert 31.12.2015 in Mio. Euro
Aktiva				
Barreserve	18.374	18.374	14.172	14.172
Forderungen an Kreditinstitute ¹	41.397	43.366	32.935	34.931
Forderungen an Kunden ¹	725.671	728.364	693.030	699.519
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.549	1.549	1.050	1.050
Handelsaktiva ²	47.928	47.928	53.206	53.206
Finanzanlagen ³	251.067	251.142	248.999	249.204
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ^{2, 3}	76.749	77.787	71.614	72.688
Sonstige Aktiva ²	13.018	13.042	9.645	9.074
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	103.282	105.325	99.505	101.724
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	774.302	776.260	739.218	743.352
Verbriefte Verbindlichkeiten	71.122	70.626	70.248	70.955
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	12.956	12.956	9.453	9.453
Handelspassiva ²	44.094	44.094	45.353	45.353
Sonstige Passiva ²	2.810	2.630	2.882	2.408
Nachrangkapital	4.980	5.717	5.367	5.633

1 Buchwerte abzüglich Risikovorsorge.

2 Angabe der beizulegenden Zeitwerte und Buchwerte erfolgt nur für Finanzinstrumente.

3 Ohne Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und Anteile an assoziierten Unternehmen.

Die vorliegende Tabelle enthält die in den veröffentlichten Geschäftsberichten des DZ BANK Konzerns und im Vorjahr des WGZ BANK-Konzerns enthaltenen Angaben zu den beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten. Für alle anderen in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogenen Unternehmen wurde der beizulegende Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt.

101

33. Fälligkeitsanalyse	3 Monate in Mio. Euro	3 Monate 1 Jahr in Mio. Euro	1 Jahr in Mio. Euro	Unbestimmte Laufzeit in Mio. Euro
Stand 31.12.2016				
Forderungen an Kreditinstitute	19.512	3.272	23.076	501
Forderungen an Kunden	37.800	56.874	636.339	19.599
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.553	8.148	69.347	962
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	627.400	24.076	73.794	54.042
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.569	12.811	45.521	–
Stand 31.12.2015				
Forderungen an Kreditinstitute	14.574	3.296	20.617	413
Forderungen an Kunden	39.645	56.021	602.025	19.987
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.207	8.867	62.828	349
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	589.240	27.995	76.732	51.192
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.462	11.187	45.960	–

Die in der Tabelle dargestellten vertraglich vereinbarten Fälligkeiten entsprechen nicht den tatsächlich erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüssen.

102

F Sonstige Angaben

34. Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennziffern

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Eigenmittel insgesamt	92.134	87.628	5,1
Kernkapital	75.006	69.174	8,4
davon: hartes Kernkapital	74.170	68.233	8,7
zusätzliches Kernkapital	836	941	-11,2
Ergänzungskapital	17.128	18.454	-7,2
Gesamtrisikobetrag	572.458	555.952	3,0
Harte Kernkapitalquote (in Prozent)	13,0	12,3	
Kernkapitalquote (in Prozent)	13,1	12,4	
Gesamtkapitalquote (in Prozent)	16,1	15,8	
Harte Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven (nachrichtlich, in Prozent)¹	15,2	14,6	
Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven (nachrichtlich, in Prozent)¹	15,4	14,8	
Leverage Ratio (nachrichtlich, in Prozent)²	6,3	6,0	
Leverage Ratio inklusive §-340f-HGB-Reserven (nachrichtlich, in Prozent)³	7,3	6,9	

1 Der Bestand an §-340f-HGB-Reserven basiert auf den aufsichtsrechtlich gemeldeten Jahresabschlussdaten vor Zuführung beziehungsweise Auflösung im Rahmen der Jahresabschlüsse 2016 und 2015.

2 Angabe der Leverage Ratio des institutsbezogenen Sicherungssystems unter Verwendung der Übergangsdefinition für das Kernkapital.

3 Angabe der Quote nach vollständiger Einführung der neuen Bestimmungen der CRR (fully loaded), wobei unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die vollständige Umwidmung und Berücksichtigung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB als Kernkapital angenommen wird.

35. Finanzgarantien und Kreditzusagen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Finanzgarantien	18.259	18.024	1,3
Kreditzusagen	71.528	65.965	8,4
Insgesamt	89.787	83.989	6,9

Die Angabe der Finanzgarantien und der Kreditzusagen erfolgt in Höhe der Nominalwerte der eingegangenen Verpflichtungen.

103

36. Treuhandgeschäft

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Treuhandvermögen	1.592	2.692	-40,9
davon: Treuhandkredite	595	1.679	-64,6
Treuhandverbindlichkeiten	1.592	2.692	-40,9
davon: Treuhandkredite	595	1.679	-64,6

37. Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Fondsvermögen	258.956	230.685	12,3
Volumen in anderen Formaten	44.839	40.714	10,1
Fondsgebundene Vermögensverwaltung	909	696	30,6
Institutionelle Vermögensverwaltung	10.951	10.342	5,9
Advisory und Outsourcing	32.979	29.676	11,1
Fremdvergebene Mandate	-11.523	-10.597	8,7
Insgesamt	292.272	260.802	12,1

Unter dem Dach der Union Asset Management Holding AG verwaltet die Union Investment Gruppe am Abschlussstichtag insgesamt 292.272 Millionen Euro (Vorjahr: 260.802 Millionen Euro) Assets under Management (AuM). Das Fondsvermögen verteilt sich auf von ihr aufgelegte Aktienfonds, Rentenfonds, Geldmarktfonds, Mischfonds, Sonstige Wertpapierfonds, Wertgesicherte Fonds, Immobilienfonds, Alternative Anlagefonds und Hybridfonds.

Daneben verwaltet die Union Investment Gruppe am Abschlussstichtag Vermögenswerte im Rahmen von fondsgebundener Vermögensverwaltung, institutioneller Vermögensverwaltung sowie Advisory und Outsourcing. Als Abzugsposten wird das Fondsvolumen derjenigen Fonds berücksichtigt, die von der Union Investment Gruppe aufgelegt werden, deren Portfoliomanagement aber fremdvergeben ist. Die Definition der AuM orientiert sich hierbei an der Gesamtstatistik des BVI Bundesverbands Investment und Asset Management e. V. (BVI), Frankfurt am Main.

104

38. Leasingverhältnisse

Finanzierungs-Leasinggeberverhältnisse der genossenschaftlichen FinanzGruppe

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Bruttoinvestitionswert	3.498	4.025	-13,1
Bis 1 Jahr	1.111	1.188	-6,5
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.072	2.337	-11,3
Mehr als 5 Jahre	315	500	-37,0
Abzüglich noch nicht realisierten Finanzertrags	-328	-397	-17,4
Nettoinvestitionswert	3.170	3.628	-12,6
Abzüglich Barwert der nicht garantierten Restwerte	-70	-90	-22,2
Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	3.100	3.538	-12,4
Bis 1 Jahr	971	1.038	-6,5
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.853	2.071	-10,5
Mehr als 5 Jahre	276	429	-35,7

Die kumulierten Wertberichtigungen für ausstehende Mindestleasingzahlungen bei Leasinggebern betragen zum Abschlussstichtag 32 Millionen Euro (Vorjahr: 41 Millionen Euro).

In der genossenschaftlichen FinanzGruppe sind der DVB Bank Konzern und die VR Leasing Gruppe als Finanzierungs-Leasinggeber tätig. Die Unternehmen des DVB Bank Konzerns schließen vor allem Leasingverträge für Schiffe, Schiffscontainer und Flugzeuge ab. Die Unternehmen der VR Leasing Gruppe schließen mit Kunden überwiegend Leasingverträge über Mobilien ab.

105

39. Bestandsbewegung der Bausparkasse Schwäbisch Hall

	Nicht zugeteilt, Anzahl der Verträge	Nicht zugeteilt, Bausparsumme in Mio. Euro	Zugeteilt, Anzahl der Verträge	Zugeteilt, Bausparsumme in Mio. Euro	Insgesamt Anzahl der Verträge	Insgesamt Bausparsumme in Mio. Euro
Bestand zum 31.12.2015	7.704.599	263.769	827.806	22.375	8.532.405	286.144
Zugang im Geschäftsjahr durch						
Neuabschluss (eingelöste Verträge) ¹	656.465	28.171	–	–	656.465	28.171
Übertragung	23.471	660	951	22	24.422	682
Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	9.411	414	–	–	9.411	414
Teilung	220.051	–	63	–	220.114	–
Zuteilung beziehungsweise Zuteilungsannahme	–	–	356.533	9.398	356.533	9.398
Sonstiges	84.399	2.865	25	1	84.424	2.866
Insgesamt	993.797	32.110	357.572	9.421	1.351.369	41.531
Abgang im Geschäftsjahr durch						
Zuteilung beziehungsweise Zuteilungsannahme	–356.533	–9.398	–	–	–356.533	–9.398
Herabsetzung	–	–899	–	–	–	–899
Auflösung	–345.920	–8.460	–277.482	–7.110	–623.402	–15.570
Übertragung	–23.471	–660	–951	–22	–24.422	–682
Zusammenlegung ¹	–57.939	–	–1	–	–57.940	–
Vertragsablauf	–	–	–155.187	–4.073	–155.187	–4.073
Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	–	–	–9.411	–414	–9.411	–414
Sonstiges	–84.399	–2.865	–25	–1	–84.424	–2.866
Insgesamt	–868.262	–22.282	–443.057	–11.620	–1.311.319	–33.902
Zu-/Abgang (netto)	125.535	9.828	–85.485	–2.199	40.050	7.629
Bestand zum 31.12.2016	7.830.134	273.597	742.321	20.176	8.572.455	293.773

¹ Einschließlich Erhöhungen.

Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio. Euro
Abschlüsse vor dem 01.01.2016	62.451	2.615
Abschlüsse im Geschäftsjahr	197.805	11.074

106

40.
 Bewegung der Zuteilungsmasse
 der Bausparkasse Schwäbisch Hall

2016
 in Mio. Euro

Zuführungen	
<i>Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)</i>	
Noch nicht ausgezahlte Beträge	48.783
<i>Zuführungen im Geschäftsjahr</i>	
Sparbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	9.206
Tilgungsbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien) ¹	1.628
Zinsen auf Bauspareinlagen	706
Insgesamt	60.323
Entnahmen	
<i>Entnahmen im Geschäftsjahr</i>	
Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
Bauspareinlagen	5.277
Baudarlehen	993
Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	1.445
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	350
<i>Überschuss der Zuführungen</i>	
(Noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahrs ²	52.258
Insgesamt	60.323

¹ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.

² In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

a die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparverträge

b die noch nicht ausgezahlten Bauspardarlehen aus Zuteilungen

97 Millionen Euro
 4.191 Millionen Euro

107

41. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft der Hypothekenbanken

	Hypothekendarlehen 31.12.2016 in Mio. Euro	Hypothekendarlehen 31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent	Öffentliche Pfandbriefe 31.12.2016 in Mio. Euro	Öffentliche Pfandbriefe 31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ordentliche Deckung	51.148	47.484	7,7	26.319	31.131	-15,5
Forderungen an Kreditinstitute	33	37	-10,8	741	1.048	-29,3
davon: Hypothekendarlehen	33	37	-10,8	-	-	-
Kommunaldarlehen	-	-	-	741	1.048	-29,3
Forderungen an Kunden	50.969	47.300	7,8	20.934	22.945	-8,8
davon: Hypothekendarlehen	50.969	47.300	7,8	74	84	-11,9
Kommunaldarlehen	-	-	-	20.860	22.861	-8,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Finanzanlagen	-	-	-	2.603	4.839	-46,2
Sachanlagen	146	147	-0,7	2.041	2.299	-11,2
Erweiterte Deckung	1.784	2.353	-24,2	187	507	-63,1
Forderungen an Kreditinstitute	-	150	-100,0	18	358	-95,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Finanzanlagen	1.784	2.203	-19,0	169	149	13,4
Summe Deckung	52.932	49.837	6,2	26.506	31.638	-16,2
Deckungspflichtige Pfandbriefe	-46.344	-44.558	4,0	-23.275	-28.250	-17,6
Nominale Überdeckung	6.588	5.279	24,8	3.231	3.388	-4,6
Barwertige Überdeckung	10.199	8.839	15,4	3.938	4.316	-8,8
Risikobarwertige Überdeckung	9.095	7.016	29,6	3.498	3.628	-3,6

Die barwertige Deckungsrechnung führt zu höheren Überdeckungswerten als die nominale Überdeckung, da hier auch Zinsanteile berücksichtigt werden.

108

Laufzeitstruktur der im Umlauf
befindlichen Hypothekendarlehen
und öffentlichen Darlehen

	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Hypothekendarlehen	46.344	44.558	4,0
≤ 6 Monate	1.735	4.560	-62,0
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	1.937	1.305	48,4
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	1.368	1.664	-17,8
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	1.981	1.886	5,0
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	4.207	2.773	51,7
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	3.574	3.671	-2,6
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	3.424	3.555	-3,7
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	16.131	13.818	16,7
> 10 Jahre	11.987	11.326	5,8
Öffentliche Darlehen	23.275	28.250	-17,6
≤ 6 Monate	1.909	1.722	10,9
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	1.112	3.479	-68,0
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	711	1.900	-62,6
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	1.950	1.129	72,7
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	2.064	2.666	-22,6
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	2.209	2.129	3,8
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	1.390	2.270	-38,8
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	5.234	5.910	-11,4
> 10 Jahre	6.696	7.045	-5,0

109

Zinsbindungsfrist der Deckungsmassen	31.12.2016 in Mio. Euro	31.12.2015 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Hypothekendarlehen	52.932	49.837	6,2
≤ 6 Monate	1.896	2.969	-36,1
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	2.978	2.540	17,2
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	2.225	2.203	1,0
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	2.624	2.725	-3,7
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	4.688	4.909	-4,5
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	4.695	4.497	4,4
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	4.423	4.630	-4,5
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	19.331	17.525	10,3
> 10 Jahre	10.072	7.839	28,5
Öffentliche Pfandbriefe	26.506	31.638	-16,2
≤ 6 Monate	1.492	1.693	-11,9
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	1.575	2.175	-27,6
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	1.128	1.523	-25,9
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	916	2.181	-58,0
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	2.002	2.115	-5,3
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	1.780	2.008	-11,4
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	1.378	1.717	-19,7
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	6.443	6.530	-1,3
> 10 Jahre	9.792	11.696	-16,3

Zum Abschlussstichtag befinden sich 124 Objekte (Vorjahr: 150) in Zwangsverwaltung. Bei den in Deckung befindlichen Hypothekendarlehen bestehen Leistungsrückstände auf zu leistende Zinsen in Höhe von 1 Million Euro (Vorjahr: 1 Million Euro).

EDITORIAL	5	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	58
LAGEBERICHT 2016	7	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	59
KONSOLIDierter JAHRABSCHLUSS 2016	57	BILANZ	60
ANLAGE	111	VERÄNDERUNGEN DES EIGENKAPITALS	62
		KAPITALFLUSSRECHNUNG	64
		ANGABEN ZUM KONSOLIDIERTEN JAHRABSCHLUSS	67

110

42.
Vorstand des BVR

Uwe Fröhlich (Präsident)
Gerhard P. Hofmann
Dr. Andreas Martin

Berlin, den 12. Juli 2017

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
BVR

Der Vorstand

Uwe Fröhlich

Gerhard P. Hofmann

Dr. Andreas Martin

111

Anlage: Maßgebende Rechnungslegungs- grundsätze

112

Grundlagen der Aufstellung des Konsolidierten Jahresabschlusses

Der vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR) erstellte Konsolidierte Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 ist gemäß den nachfolgend dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen für einen speziellen Zweck zu erstellen. Er dient zu Informationszwecken und zur Darstellung der geschäftlichen Entwicklung der unter Risiko- und Strategieg Gesichtspunkten als wirtschaftliche Einheit betrachteten genossenschaftlichen FinanzGruppe. Darüber hinaus wurde der Abschluss zur Einhaltung der Vorschriften des Artikel 113 Absatz 7 Buchstabe e) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und Rats vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (Capital Requirements Regulation – CRR) aufgestellt.

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat folgende Bestandteile zu enthalten:

- Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (gemäß IAS 1.81 A bis IAS 1.105)
- Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (gemäß IAS 1.81A bis IAS 1.105)
- Bilanz zum 31. Dezember 2016 (gemäß IAS 1.54 bis IAS 1.80A)
- Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (gemäß IAS 1.106 bis IAS 1.110)
- Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (gemäß IAS 7.1 bis IAS 7.47)
- Erläuternde Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss
- Lagebericht inklusive Risikobericht für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016

Der Konsolidierte Jahresabschluss ist unter Angabe von Vorjahresvergleichswerten zu erstellen. Der Konsolidierte Jahresabschluss ist in Euro aufzustellen. Sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, sind alle Beträge in Millionen Euro (Mio. Euro) darzustellen. Es ist kaufmännisch zu runden. Hierdurch können sich im Konsolidierten Jahresab-

schluss bei der Bildung von Summen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Konsolidierungs- kreis

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat unabhängig von dem Vorliegen eines Konzernatbestands nach anderen nationalen oder internationalen Rechnungsgrundsätzen als konsolidierte Einheiten neben allen zum Stichtag bestehenden Primärbanken (Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda- und PSD Banken, Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG sowie Sonderinstitute), alle in den IFRS-Konzern der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK), einbezogenen Unternehmen, die Münchener Hypothekenbank eG (MHB), die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH sowie bis zum Zeitpunkt der Fusion zwischen der DZ BANK und der WGZ BANK alle in den IFRS-Konzernabschluss der WGZ Bank AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank (WGZ Bank) einbezogenen Unternehmen zu umfassen.

Konsolidierungs- grundsätze

Die konsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss auf den Stichtag 31. Dezember aufzustellen.

Die Kapitalkonsolidierung ist nach der Erwerbsmethode unter analoger Anwendung des IFRS 3.4 ff. in Verbindung mit IFRS 10 durch die Verrechnung der Anschaffungskosten eines Tochterunternehmens mit dem Anteil am zum jeweiligen Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung neu bewerteten Eigenkapital, das den Mutterunternehmen zuzurechnen ist, vorzunehmen. Hierdurch wird die Mehrfachbelegung aner kennungsfähiger Eigenmittelbestandteile sowie jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln für aufsichtsrechtliche Zwecke zwischen den oben aufgeführten Unternehmen des Konsolidierungskreises beseitigt. Aktivistische Unterschiedsbeträge sind als Geschäfts- oder Firmenwerte in den Sonstigen Aktiva auszuweisen und grundsätzlich einem jährlichen Werthaltigkeitstest gemäß IAS 36.80–108 zu unterziehen. Passivische Unterschiedsbeträge sind im Entstehungszeitpunkt erfolgswirksam zu erfassen. Nicht den Mutterunternehmen zuzurechnende Anteile am Nettovermögen von Tochterunternehmen sind im Eigenkapital als nicht beherrschende Anteile auszuweisen.

113

Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und an assoziierten Unternehmen gemäß IFRS 11.4–19 sind grundsätzlich nach der Equity-Methode gemäß IAS 28.3 zu bilanzieren und unter den Finanzanlagen auszuweisen.

Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe sind miteinander zu verrechnen. Zwischenergebnisse aus Transaktionen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe sind zu eliminieren.

F i n a n z - i n s t r u m e n t e

Finanzinstrumente sind zum Zugangszeitpunkt den nachfolgend festgelegten Kategorien zuzuordnen, sofern ihre Merkmale und Verwendungsabsicht die Kriterien der entsprechenden Kategorie erfüllen. Es werden die folgenden Kategorien definiert:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente („Financial instruments at fair value through profit or loss“)

Finanzinstrumente dieser Kategorie sind erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die Kategorie hat sich aus den folgenden Unterkategorien zusammzusetzen:

Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments held for trading“)

Der Unterkategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ sind finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zuzuordnen, die mit der Absicht der kurzfristigen Weiterveräußerung oder Rückzahlung erworben beziehungsweise ausgegeben werden, die Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnrealisierungen bestehen oder bei denen es sich um derivative Finanzinstrumente handelt, die nicht als Sicherungsinstrumente in effektiven Sicherungsbeziehungen designiert sind.

Bedingte Gegenleistungen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen („Contingent considerations“)

Dieser Unterkategorie sind bedingte Gegenleistungen zuzuordnen, die der Erwerber im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert hat.

Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments designated at fair value through profit or loss“, „Fair Value Option“)

Der Unterkategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ dürfen durch Ausübung der Fair Value Option finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zugeordnet werden, wenn hierdurch Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen (Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich vermindert werden, diese als Portfolio auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden oder ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen („Held-to-maturity investments“)

Der Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, bei denen die Absicht und die Fähigkeit bestehen, diese bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung hat zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen. Agien und Disagien sind über die Laufzeit zu verteilen.

Kredite und Forderungen („Loans and receivables“)

Die Kategorie „Kredite und Forderungen“ hat nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zu umfassen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Die Bewertung von Krediten und Forderungen hat zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen. Agien und Disagien sind über die Laufzeit zu verteilen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte („Available-for-sale financial assets“)

Als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind finanzielle Vermögenswerte zu kategorisieren, die keiner anderen Bewertungskategorie zugeordnet werden können. Die Bewertung hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen zwei Abschlussstichtagen sind erfolgsneutral zu erfassen. Der bilanzielle Ausweis der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts hat in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital zu erfolgen. Bei der Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten dieser Kategorie sind in der Neubewertungsrücklage erfasste Gewinne und Verluste erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung

114

umzugliedern. Eigenkapitalinstrumente dieser Kategorie sind zu Anschaffungskosten zu bewerten, wenn der beizulegende Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden kann.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten („Financial liabilities measured at amortised cost“)

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten die zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind.

Gemäß den Vorschriften des IAS 32.15-32 sind Anteile an Personengesellschaften in der Regel als Fremdkapitalinstrumente zu klassifizieren. Aufgrund ihres nachrangigen Charakters gegenüber den Verbindlichkeiten der jeweiligen Personengesellschaften sind nicht beherrschende Anteile als Nachrangkapital auszuweisen. Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Ergebnisse sind in den Sonstigen Passiva zu erfassen, sofern das hieraus resultierende Passivum keinen nachrangigen Charakter aufweist. Das auf nicht beherrschende Anteile entfallende Kapital und Ergebnis von Personengesellschaften ist als „Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital“ zu bezeichnen und der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zuzuordnen.

Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen gegenüber nicht beherrschenden Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen dieser Kategorie zuzuordnen. Diese Verbindlichkeiten entstehen, wenn ein von der gemeinschaftlichen Finanzgruppe beherrschtes Unternehmen einen Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Absatz 1 Aktiengesetz (AktG) mit einem Tochterunternehmen geschlossen hat, bei welchem nicht beherrschende Anteile existieren. Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen sind in Höhe des auf den Abschlussstichtag diskontierten Betrags der Verpflichtung zu bilanzieren.

Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften, die nicht den fondsgebundenen Versicherungen zuzuordnen sind, sind ebenfalls der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zuzuordnen. Mangels Übernahme eines signifikanten Versicherungsrisikos erfüllen diese Kapitalisierungsverträge nicht die Kriterien eines Versicherungsvertrags nach IFRS 4 Anhang A und sind infolgedessen als Finanzinstrumente gemäß den oben definierten Grundsätzen zu bilanzieren.

Weitere Finanzinstrumente

Die weiteren Finanzinstrumente haben versicherungsspezifische finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen oder Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien zu umfassen.

Die Bilanzierung und Bewertung der versicherungsspezifischen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen hat nach den genannten Grundsätzen in diesem Abschnitt sowie in den Abschnitten Versicherungsgeschäft beziehungsweise Leasingverhältnisse zu erfolgen.

Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien sind beim Garantiegeber zum Zeitpunkt der Zusage bilanziell in Höhe des beizulegenden Zeitwerts als Verbindlichkeit zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert hat in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Finanzgarantie erhaltenen Gegenleistung zu entsprechen. Im Rahmen der Folgebewertung ist die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer zu bildenden Rückstellung oder mit dem ursprünglichen Betrag abzüglich einer nachfolgend erfassten Amortisation zu bewerten.

Anwendung der Fair Value Option

Im Konsolidierten Jahresabschluss ist die Fair Value Option auf Grundlage sämtlicher Anwendungsfälle des IAS 39.9 wahrzunehmen. Die Fair Value Option ist zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien einzusetzen, die aus der abweichenden Bewertung von nicht derivativen Finanzinstrumenten und zu deren Absicherung abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten resultieren. Derivative Finanzinstrumente sind erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, während bei nicht derivativen Finanzinstrumenten grundsätzlich die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen hat oder Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral zu erfassen sind. Sind die Voraussetzungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nicht erfüllt, führt dies zu Rechnungslegungsanomalien, die durch die Ausübung der Fair Value Option in bedeutendem Umfang vermindert werden. Im Zusammenhang mit der Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien hat die Ausübung der Fair Value Option bei finanziellen Vermögenswerten für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für auf den Inhaber lautende Anleihen und Schuldverschrei-

115

bungen zu erfolgen. Bei ausgewählten Eigenanlagen sind Risiken und Ergebnisse auf Basis des beizulegenden Zeitwerts zu ermitteln. Darüber hinaus ist die Fair Value Option bei strukturierten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten mit trennungspflichtigen eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten anzuwenden, sofern eine gesonderte Bewertung der eingebetteten derivativen Finanzinstrumente nicht möglich ist und die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten nicht als zu Handelszwecken gehalten eingestuft sind.

Erstmaliger Ansatz und Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten
Der erstmalige Ansatz von derivativen Finanzinstrumenten hat am Handelstag zu erfolgen. Marktübliche Käufe und Verkäufe von nicht derivativen finanziellen Vermögenswerten sind am Erfüllungstag zu bilanzieren. Bei konsolidierten Investmentfonds und Emissionen von bestimmten Wertpapieren hat die Bilanzierung am Handelstag zu erfolgen.

Sämtliche Finanzinstrumente sind beim erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Im Falle von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Folge nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, hat der Ansatz unter Berücksichtigung von Transaktionskosten zu erfolgen, die direkt dem Erwerb oder der Emission zuzurechnen sind.

Finanzielle Vermögenswerte sind auszubuchen, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungsströme aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben. Sind die Ausbuchungskriterien für finanzielle Vermögenswerte nicht erfüllt, ist die Übertragung an Dritte als besicherte Kreditaufnahme zu bilanzieren. Finanzielle Verbindlichkeiten sind auszubuchen, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen beziehungsweise aufgehoben wurden oder ausgelaufen sind.

Wertberichtigungen und Wertaufholungen von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, sind an jedem Abschlussstichtag daraufhin zu überprüfen, ob objektive Hinweise auf Wertminderungen bestehen.

Wichtige objektive Hinweise auf Wertminderungen von Fremdkapitalinstrumenten sind finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners, Ausfälle oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, die Nichteinhaltung von vertraglich vereinbarten Nebenabreden und der vertraglich vereinbarten Bereitstellung von Sicherheiten sowie erhebliche Herabstufungen des Ratings beziehungsweise die Einstufung des Geschäftspartners in ein Ausfallrating. Bei Verbriefungspositionen ist die Beurteilung der der Verbriefung zugrunde liegenden Vermögenswerte für die Feststellung der Werthaltigkeit erforderlich.

Bedeutende objektive Hinweise auf Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten sind eine nachhaltige Verschlechterung der Ertragslage, eine nachhaltige Erzielung von Verlusten oder der Verzehr des Eigenkapitals, signifikante Änderungen mit nachteiligen Folgen im technologischen, marktbezogenen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld des Emittenten sowie eine mit diesen Sachverhalten in Beziehung stehende signifikante oder länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts.

Sofern der Wertverlust auf den beizulegenden Zeitwert größer als 20 Prozent gegenüber den durchschnittlichen Anschaffungskosten ist oder eine über sechs Monate andauernde Verschlechterung des beizulegenden Zeitwerts unter den durchschnittlichen Anschaffungskosten vorliegt, können Indikatoren für eine Wertminderung bestehen.

Bei Wertpapieren kann das Verschwinden eines aktiven Markts für einen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Emittenten ein Hinweis auf einen Wertberichtigungsbedarf sein.

Eingebettete Derivate

Eingebettete derivative Finanzinstrumente, die mit einem nicht derivativen Finanzinstrument (Basisvertrag) zu einem zusammengesetzten Finanzinstrument kombiniert werden, sind grundsätzlich dann vom Basisvertrag abzuspalten und gesondert zu bilanzieren und zu bewerten, wenn ihre wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind, ein eigenständiges Instrument mit den gleichen Bedingungen die Definition eines Derivats erfüllen würde und das Gesamtinstrument nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wird. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, darf das eingebettete

116

Derivat nicht vom Basisvertrag getrennt werden. Soweit eine Abspaltung vorzunehmen ist, sind die einzelnen Komponenten des zusammengesetzten Finanzinstruments nach den Regelungen für die jeweiligen originären Finanzinstrumente zu bilanzieren und zu bewerten.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts

Durch die Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts sollen Änderungen von beizulegenden Zeitwerten der gesicherten Grundgeschäfte durch gegenläufige Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente ausgeglichen werden. Hierzu sind die auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der gesicherten Grundgeschäfte sowie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Die Absicherungen haben sowohl durch Designation individueller Sicherungsbeziehungen als auch von Sicherungsbeziehungen auf Portfoliobasis zu erfolgen.

Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ sowie Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen sind entsprechend den dargestellten Bewertungsgrundsätzen für Finanzinstrumente zu bewerten und jeweils um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts anzupassen. Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wobei nur über die gesicherten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts hinausgehende Änderungen im erfolgsneutralen Konzernergebnis zu erfassen sind. Aus gesicherten Grundgeschäften sowie aus Sicherungsinstrumenten resultierende Zinserträge und Zinsaufwendungen sind im Zinsüberschuss zu erfassen.

Soweit Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts gegen Zinsrisiken auf Portfoliobasis erfolgen, sind die kumulierten und auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts für Portfolios finanzieller Vermögenswerte im Bilanzposten Sonstige Aktiva innerhalb der Wertbeiträge aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Vermögenswerten und für Portfolios finanzieller

Verbindlichkeiten im Bilanzposten Sonstige Passiva in den Wertbeiträgen aus Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten auszuweisen.

Absicherungen von Zahlungsströmen

Die Bewertung der Sicherungsinstrumente hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den effektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, sind erfolgsneutral zu erfassen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, sind erfolgswirksam zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung der gesicherten Grundgeschäfte hat nach den allgemeinen Grundsätzen der zugeordneten Bewertungskategorie zu erfolgen. Nach der Beendigung einer Sicherungsbeziehung werden die erfolgsneutral gebuchten Wertänderungen zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die gesicherten Grundgeschäfte oder Transaktionen die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen.

Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe

Die Bilanzierung von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe hat der Bilanzierung von Absicherungen von Zahlungsströmen zu entsprechen.

Währungsumrechnung

Sämtliche monetären Vermögenswerte und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Stichtagskurs in die jeweilige funktionale Währung des einbezogenen Unternehmens umzurechnen. Sorten sind mit dem Sortenankaufskurs am Abschlussstichtag zu bewerten. Die Umrechnung nicht monetärer Vermögenswerte und Schulden hat sich nach den für sie angewendeten Bewertungsmaßstäben zu richten. Soweit nicht monetäre Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist die Umrechnung mit dem historischen Kurs vorzunehmen. Mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete nicht monetäre Vermögenswerte sind mit dem Stichtagskurs umzurechnen. Erträge und Aufwendungen sowie Gewinne und Verluste sind zum Zeitpunkt ihrer erfolgswirksamen oder erfolgsneutralen Erfassung umzurechnen.

Falls die funktionale Währung der in den konsolidierten Abschluss einbezogenen Unternehmen von der Berichtswährung Euro abweicht, sind sämtliche Vermögenswerte und Schulden mit dem Kurs am Abschlussstichtag umzurechnen. Die Umrechnung des

117

Eigenkapitals hat mit historischen Kursen und die Umrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit Durchschnittskursen zu erfolgen. Aus dieser Vorgehensweise resultierende Unterschiedsbeträge sind in der Rücklage aus der Währungsumrechnung auszuweisen.

Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten sind zu saldieren und in der Bilanz als Nettobetrag auszuweisen, wenn die genossenschaftliche FinanzGruppe zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Rechtsanspruch darauf hat, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und die Absicht besteht, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

Der Rechtsanspruch auf Saldierung darf nicht von einem künftigen Ereignis abhängen und muss im normalen Geschäftsverlauf, im Falle eines Ausfalls sowie im Falle einer Insolvenz oder eines Konkurses des Unternehmens und sämtlicher Gegenparteien durchsetzbar sein.

Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Transaktionen, bei denen Pensionsgeber und -nehmer einen Verkauf und einen späteren Rückkauf von Wertpapieren zu einem festgelegten Preis und Zeitpunkt vereinbaren. Die Chancen und Risiken aus in Pension gegebenen Wertpapieren verbleiben vollständig beim Pensionsgeber, sofern es sich um echte Pensionsgeschäfte handelt. Im Rahmen von Geschäften als Pensionsgeber (Repo-Geschäfte) sind veräußerte Wertpapiere weiterhin in der Bilanz des konsolidierten Jahresabschlusses zu erfassen. In Höhe des erhaltenen Kaufpreises ist eine entsprechende Verbindlichkeit anzusetzen. Im Rahmen von Geschäften als Pensionsnehmer (Reverse-Repo-Geschäfte) erworbene Wertpapiere sind in der Bilanz des konsolidierten Jahresabschlusses nicht anzusetzen. In Höhe des gezahlten Kaufpreises ist eine Forderung zu erfassen.

Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehene Wertpapiere sind bilanziell weiterhin

anzusetzen. Für in diesem Zusammenhang erhaltene Barsicherheiten sind Verbindlichkeiten zu erfassen. Entliehene Wertpapiere dürfen bilanziell nicht erfasst werden. Im Rahmen der Wertpapierentleihe gestellte Barsicherheiten sind als Forderungen auszuweisen.

Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte führen zu Übertragungen, bei denen die übertragenen Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit bilanziert bleiben.

Sicherheiten

Als Sicherheiten gestellte Vermögenswerte in Form von Barsicherheiten haben zum Ansatz von Forderungen zu führen. Sonstige als Sicherheiten gestellte Vermögenswerte sind unverändert bilanziell zu erfassen. Für erhaltene Barsicherheiten sind in entsprechender Höhe Verbindlichkeiten anzusetzen. Sonstige als Sicherheiten erhaltene finanzielle und nicht finanzielle Vermögenswerte sind nicht in der Bilanz zu erfassen, soweit diese nicht in Zusammenhang mit der Verwertung der Sicherheiten oder im Rahmen von Rettungserwerben übernommen werden.

Versicherungsgeschäft

Allgemeine Erläuterungen zur Bilanzierung des Versicherungsgeschäfts

Versicherungsverträge sind gemäß den Vorschriften des IFRS 4 zu bilanzieren. Kapitalisierungsgeschäfte sind als Finanzinstrumente einzustufen und gemäß den genannten Grundsätzen zu bilanzieren. Für Dienstleistungsverträge gelten die Vorschriften des IAS 18 zur Ertragsvereinnahmung.

Das Versicherungsgeschäft der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz grundsätzlich in versicherungsspezifischen Posten auszuweisen.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Die Bilanzierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Versicherungsgeschäfts gehalten oder eingegangen werden, hat nach den dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen für Finanzinstrumente zu erfolgen. Der Ausweis der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten hat in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen, den sonstigen Aktiva und den sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen zu erfolgen.

118

Wertberichtigungen von in den Kapitalanlagen und den sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen erfassten finanziellen Vermögenswerten werden direkt im Buchwert vorgenommen.

Leistungsverpflichtungen aus Kapitalisierungsverträgen, bei denen im Rahmen des Versicherungsabschlusses kein wesentliches Versicherungsrisiko übernommen wird, sind in den Sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen zu erfassen. Sie sind unter den Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften auszuweisen. Die diesen Verträgen zugrunde liegenden Finanzinstrumente sind im Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice unter den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen auszuweisen.

Investment Property

Das in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen enthaltene Investment Property ist nach dem Anschaffungskostenmodell zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten. Niedrigverzinsliche, nichtverzinsliche und erlassbare Darlehen sind wie Zuwendungen der öffentlichen Hand zu bilanzieren. Der Umfang der Förderung beziehungsweise die Zuwendungen der öffentlichen Hand ist bei der Feststellung des Buchwerts des Vermögenswerts abzuziehen und mittels eines reduzierten Abschreibungsbetrags über die Dauer der Förderung in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Die erzielbaren Werte von Immobilien sind im Rahmen von Werthaltigkeitstests gemäß den Regelungen des IFRS 13.27-33 zu ermitteln. Hierzu sind normierte Bewertungsverfahren zu verwenden, die auf den Vorschriften der deutschen Immobilienwertermittlungsverordnung, der Wertermittlungsrichtlinie und des Baugesetzbuchs basieren. Demgemäß sind die Verkehrswerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie anhand der Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge zu ermitteln.

Werterhöhende Ausgaben, die zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer oder zu einer erheblichen Verbesserung der Gebäudesubstanz führen, sind zu aktivieren. Instandhaltungsaufwendungen und Reparaturen sind als Aufwendungen zu erfassen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen sind entsprechend den nationalen Vorschriften des Handels-

gesetzbuches (HGB) sowie anderen zusätzlich für Versicherungsunternehmen geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften anzusetzen und zu bewerten. Der Ansatz der versicherungstechnischen Rückstellungen hat vor Abzug des als Vermögenswert ausgewiesenen Anteils der Rückversicherer zu erfolgen.

Beitragsüberträge

Die Rückstellung für Beitragsüberträge hat bereits vereinnahmte Beiträge zu umfassen, die auf zukünftige Perioden entfallen.

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft der Schaden- und Unfallversicherung sind grundsätzlich aus den gebuchten Bruttobeiträgen nach dem 360stel-System zu berechnen. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile ist das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde zu legen, laut dem in der Schaden- und Unfallversicherung 85 Prozent der Provisionen und Vertreter bezüge sowie Teile der Direktionspersonalkosten nicht übertragen werden können.

Die Beitragsüberträge in der Lebensversicherung sind unter Berücksichtigung der Beginn- und Fälligkeitstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen zu ermitteln. In der Lebensversicherung sind die kalkulierten Inkassoaufwendungen bis zu einer Höhe von 4 Prozent der Beiträge nicht übertragungsfähig.

Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft ist gemäß den Vorschriften der einzelnen Rückversicherungsverträge zu ermitteln.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung dient der dauernden Erfüllung der garantierten Ansprüche auf künftige Versicherungsleistungen. Hier sind garantierte Ansprüche der Versicherten in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr sowie die Alterungsrückstellung in der Krankenversicherung auszuweisen.

Die Deckungsrückstellung in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr ist gemäß genehmigten Geschäftsplänen beziehungsweise den Grundsätzen, die den zuständigen Aufsichtsbehörden dargelegt wurden, generell einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine zu ermitteln. Dabei hat in der Lebens-

119

versicherung mit Ausnahme der fondsgebundenen Versicherungen und der Kontoführungstarife sowie in der Unfallversicherung mit Ausnahme der beitragspflichtigen Verträge mit Beginn vor 1982 die prospektive Methode zur Anwendung zu kommen, in den übrigen Tarifen die retrospektive Methode. Einzelvertraglich negative Deckungsrückstellungen sind bilanziell mit null Euro anzusetzen.

Die Rechnungsgrundlagen bestimmen sich nach den aktuellen Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. (DAV), Köln, und der Aufsichtsbehörde sowie anderen nationalen Rechtsvorschriften und Regelungen. Die Zinssätze richten sich in der Regel nach den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszinsen. Die Rechnungsgrundlagen gelten grundsätzlich vom Vertragsabschluss bis zum Ablauf des Vertrags.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung für Vertragsabschlüsse bis einschließlich 2014 im Allgemeinen das Zillmerverfahren anzuwenden. Seit dem Lebensversicherungsreformgesetz ist im Neugeschäft ab dem Geschäftsjahr 2015 größtenteils auf das Zillmerverfahren zu verzichten. Insbesondere sind nach dem Altersvermögensgesetz förderfähige Rentenversicherungen und Rentenversicherungen zu in Rückdeckung übernommenen Pensionsplänen nicht zu zillmern.

Aufwendungen für die Verwaltung sind in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung implizit zu berücksichtigen. Bei Versicherungen mit tariflich beitragsfreien Jahren, bei beitragsfrei gestellten Versicherungen und bei einem Teil des Altbestands ist eine Verwaltungskostenrückstellung zu bilden.

Deckungsrückstellungen in der Krankenversicherung sind einzelvertraglich und prospektiv auf Basis der technischen Rechnungsgrundlagen der Tarife zu berechnen. Negative Deckungsrückstellungen sind gegen positive Deckungsrückstellungen aufzurechnen. In die Berechnung gehen als Rechnungsgrundlagen insbesondere Annahmen in Bezug auf Kapitalanlageverzinsung, Sterblichkeit, Storno sowie Kosten ein.

Bei der Berechnung der prospektiv ermittelten Deckungsrückstellungen sind die Rechnungsgrundlagen über die gesamte Vertragslaufzeit beizubehalten. Falls die jährlich durchgeführten aktuariellen Analysen ein zu geringes Sicherheitsniveau bezüglich Biometrie oder Zins offenlegen, sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Die

biometrischen Rechnungsgrundlagen orientieren sich vor allem an den von der DAV veröffentlichten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Seit 2011 sind für Verträge über dem Referenzzinssatz Zinszusatzrückstellungen zu bilden. Für den Neubestand hat dies aufgrund der Regelungen der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) zu erfolgen. Bei Verträgen mit einem Rechnungszins über dem in der DeckRV definierten Referenzzinssatz ist eine Zinszusatzreserve zu bilden. Für Verträge des Altbestands ist mit Genehmigung der BaFin eine Zinsverstärkung vorzunehmen. Ab dem Geschäftsjahr 2016 sind dabei erstmalig unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten anzusetzen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle hat Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen zu umfassen, bei denen die Höhe und/oder der Zeitpunkt der Zahlung noch nicht verlässlich ermittelt werden können. Die Rückstellung ist für gemeldete, aber auch für bereits eingetretene, noch nicht gemeldete Versicherungsfälle zu bilden. Einzubeziehen sind sowohl interne als auch externe Aufwendungen sowie Schadenregulierungskosten.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts ist für bekannte Schadenfälle individuell zu ermitteln. Die Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen sind zu verrechnen. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Abschlussstichtag noch nicht gemeldeten Schäden ist basierend auf den in Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung zu erhöhen. Bei der Ermittlung sind statistische Schätzverfahren anzuwenden. Abgesehen von der Rentendeckungsrückstellung ist keine Abzinsung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle vorzunehmen. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltenen Rückstellungen für Schadenregulierungsaufwendungen sind entsprechend den Vorschriften des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 beziehungsweise nach der Formel 48 (Verbandsformel) gemäß Schreiben vom 20. März 1973 zu berechnen. Demnach sind interne Schadenregulierungskosten für künftige Schadenfälle anhand der gegenwärtigen Aufwendungen mittels einer pauschalierten Schlüsselung hochzurechnen.

120

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds hat individuell zu erfolgen. Sie ist für bis zum Abschlussstichtag bereits eingetretene und gemeldete, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle zu bilden. Darüber hinaus hat sie eine pauschale Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals unter Berücksichtigung von aktualisierten Erfahrungswerten für bereits eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle sowie für Ansprüche zu enthalten, die sich aus der Leistungsverpflichtung nach den BGH-Urteilen vom 7. Mai 2014 (IV ZR 76/11) und vom 17. Dezember 2014 (IV Z 260/11) ergeben.

Für bis zum Abschlussstichtag eingetretene und gemeldete Versicherungsfälle (ohne Abläufe) sowie für Spätschäden ist eine Rückstellung für Regulierungsaufwendungen in Höhe von 1 Prozent der Schadenrückstellung zu bilden.

In der Krankenversicherung ist die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf Basis der im Geschäftsjahr gezahlten Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres zu ermitteln. Dabei sind Erfahrungswerte der drei vorangegangenen Geschäftsjahre zugrunde zu legen. Forderungen aus Regressen sowie anstehende Erstattungen gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz sind von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abzusetzen. In der bilanzierten Rückstellung sind die nach der steuerlichen Regelung ermittelten Schadenregulierungskosten enthalten. Der Anteil der Rückversicherer an der Rückstellung ist gemäß den Rückversicherungsverträgen zu ermitteln. Für rückversicherungsrelevante Versicherungsfälle sind gegebenenfalls fallbezogene Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zu bilden.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) hat am Abschlussstichtag noch nicht fällige Verpflichtungen für Beitragsrückerstattungen an die Versicherten zu umfassen. Sie hat Beträge zu enthalten, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbeteiligung zugewiesen wurden. Zusätzlich hat die RfB über die oben genannten Teile hinaus die aus zeitlich begrenzten kumulierten Ansatz- und Bewertungsunterschieden zwischen den Abschlussposten nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen und HGB resultierende

latente Rückstellung für Beitragsrückerstattung (latente RfB) zu enthalten. Für erfolgsneutrale Bewertungsunterschiede wie zum Beispiel unrealisierte Gewinne und Verluste von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ist die korrespondierende latente RfB erfolgsneutral zu bilden, andernfalls sind die Veränderungen der Rückstellung erfolgswirksam zu berücksichtigen.

Die latente RfB im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft ist in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Die RfB in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist für Ansprüche der Versicherungsnehmer auf erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zu bilden. Die dadurch gebundenen Mittel stehen grundsätzlich für eine künftige einzelvertragliche Zuteilung von Überschüssen an die Versicherungsnehmer zur Verfügung. Innerhalb der RfB ist zwischen Rückstellungen, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile (einschließlich der Beteiligung an Bewertungsreserven nach HGB) entfallen, dem Fonds, durch den künftige Schlusszahlungen finanziert werden, und der freien RfB zu unterscheiden. Nach § 140 des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) kann die RfB, soweit sie nicht auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugewiesene Überschussanteile entfällt, zur Abwendung eines drohenden Notstands herangezogen werden und hat somit risikomindernden Charakter. Die latente RfB ist in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung in der Krankenversicherung hat Beträge zu enthalten, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlicher oder vertraglicher Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbeteiligung zugewiesen wurden. Die latente RfB ist in Höhe von 80 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen im Bereich der Schaden- und Un-

121

fallversicherung sind die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft im Verein Verkehrsofferhilfe e. V., Berlin, entsprechend der Aufgabe des Vereins anzusetzen und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen einzelvertraglich zu ermitteln. Die Stornorückstellung ist aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit zu errechnen. Die Drohverlustrückstellung ist auf Basis der operativen Planung zu bilden.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen sind im Bereich der Lebensversicherung einzelvertraglich aus schon fälligen, aber noch nicht gezahlten Beiträgen zu ermitteln, die noch nicht in die versicherungstechnische Rückstellung im Bereich der Lebensversicherung eingeflossen sind, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.

In den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherung ist eine Stornorückstellung zu bilden. Die Stornorückstellung ist zur Berücksichtigung von erwarteten Verlusten zu bilden und auf Basis von Erfahrungswerten aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang der negativen Teile der Alterungsrückstellung zu berechnen.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft sind die versicherungstechnischen Rückstellungen nach den Vorgaben der Zedenten zu bilanzieren. Sofern zum Abschlussstichtag keine Angaben vorliegen, ist die Rückstellung für das Geschäftsjahr zu schätzen. Maßgebend hierfür sind die vertraglichen Bedingungen und der bisherige Geschäftsverlauf. Bei einigen erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzten Schadenrückstellungen der Zedenten sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, nach aktuariellen Verfahren und nach Erfahrungswerten der Vergangenheit angemessene Erhöhungen vorzunehmen.

Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird

Die pensionsfondstechnischen und versicherungstechnischen Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird, repräsentieren einen weitgehend mit dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice korrespondierenden Posten. Hier sind

die Ansprüche der Versicherungsnehmer an ihren jeweiligen Fondsanteilen auszuweisen, sofern es sich um Kapitalanlagen aus Verträgen handelt, die gemäß IFRS 4 zu bilanzieren sind. Sie sind mit dem beizulegenden Zeitwert auf Basis der zugrunde liegenden Finanzanlagen zu bewerten. Gewinne und Verluste des Fondsvermögens haben entsprechende analoge Veränderungen der Passivseite nach sich zu ziehen.

Angemessenheitstest für versicherungstechnische Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Verpflichtungen müssen regelmäßig mithilfe eines Angemessenheitstests für Verbindlichkeiten überprüft werden. Der Angemessenheitstest ermittelt, ob der Buchwert der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund eines Vergleichs mit den erwarteten künftigen Cashflows erhöht werden muss.

Im Hinblick auf die versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherungsunternehmen sind regelmäßig die Barwerte erwarteter künftiger Versicherungsleistungen und Kosten den Barwerten erwarteter künftiger Beitragszahlungen gegenüberzustellen.

L e a s i n g v e r h ä l t n i s s e

Ein Leasingverhältnis ist als Finanzierungs-Leasingverhältnis zu klassifizieren, wenn im Wesentlichen sämtliche mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Verbleiben die Chancen und Risiken im Wesentlichen beim Leasinggeber, liegt ein Operating-Leasing-Verhältnis vor.

Genossenschaftliche FinanzGruppe als Leasinggeber

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasinggeberverhältnis ist eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer anzusetzen. Die Forderung ist mit dem Nettoinvestitionswert zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zu bewerten. Die vereinnahmten Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Der Zinsanteil ist als Zinsertrag auf der Basis einer periodengerechten Abgrenzung zu vereinnahmen.

Soweit ein Leasingverhältnis als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert wird, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum am Leasinggegenstand beim Leasinggeber. Leasinggegenstände sind als Vermögenswerte auszuweisen. Die Bewertung von Leasinggegenständen hat mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen

122

und Wertberichtigungen, zu erfolgen. Die Leasingraten sind – sofern nicht eine andere Art der Verteilung den Verlauf des Ertragsprozesses besser abbildet – gleichmäßig über die Vertragslaufzeit zu vereinnahmen und in den im Zinsüberschuss ausgewiesenen laufenden Erträgen aus Operating-Leasing-Verhältnissen auszuweisen.

Genossenschaftliche FinanzGruppe als Leasingnehmer

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasingnehmerverhältnis hat eine Aktivierung des Leasinggegenstands zum beizulegenden Zeitwert oder – soweit diesem ein geringerer Wert beizumessen ist – mit dem Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen zu erfolgen. Für die künftig zu zahlenden Mietraten ist eine Verpflichtung zu passivieren. Die Zinsaufwendungen sind periodengerecht abzugrenzen.

Aufwendungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen sind periodengerecht über die jeweiligen Laufzeiten der Leasingverträge zu erfassen und als Verwaltungsaufwendungen auszuweisen.

E r t r ä g e

Zinsen und Dividenden

Zinsen sind abzugrenzen und periodengerecht zu erfassen.

Agien und Disagien sind über die Laufzeit der Finanzinstrumente aufzulösen. Zusätzlich anfallende, direkt zurechenbare Transaktionskosten sind ebenfalls abzugrenzen und über die Laufzeit zu verteilen, wenn diese unmittelbar mit dem Erwerb oder der Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit in Zusammenhang stehen. Hierzu zählen unter anderem vereinnahmte Abschlussgebühren, die direkt mit der Anbahnung von Bausparverträgen zusammenhängen.

Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuftten Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, sind im Zinsüberschuss auszuweisen. Daneben sind die Zinserträge und Zinsaufwendungen der zur ökonomischen Steuerung zwischen verschiedenen Organisationseinheiten abgeschlossenen Tages- und Termingelder sowie Abgrenzungseffekte aus zur ökonomischen Steuerung des Zinsergebnisses eingesetzten Devisenswaps entsprechend ihrer ökonomischen Zuordnung im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis auszuweisen.

Im Gegensatz zu Zinserträgen sind laufende Erträge nicht abzugrenzen, sondern zum Zeitpunkt der Realisierung in voller Höhe zu erfassen. Dividenden sind mit Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung zu vereinnahmen.

Provisionen

Erträge aus Provisionen sind zu berücksichtigen, wenn die zugrunde liegenden Dienstleistungen erbracht wurden, es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der ökonomische Nutzen zufließen wird und der Ertrag zuverlässig bestimmt werden kann. Erträge sind somit entweder über den Zeitraum zu vereinnahmen, über den die zugrunde liegende Leistung erbracht wird, oder direkt nach der Leistungserbringung erfolgswirksam zu erfassen.

Zu den Provisionen, die über den Zeitraum der Leistungserbringung verdient werden, gehören bestimmte Entgelte für Verwaltung und Verwahrung im Rahmen des Wertpapiergeschäfts und der Vermögensverwaltung sowie für die Bereitstellung von Finanzgarantien. Im Falle von erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütungen hat die Ertragsvereinnahmung zu erfolgen, wenn die vertraglich vereinbarten leistungsabhängigen Kriterien erfüllt sind.

Versicherungsgeschäft

Gebuchte Bruttobeiträge sind für jeden Versicherungsvertrag unter Berücksichtigung des Versicherungsbeginns zeitanteilig taggenau zu berechnen. Hierbei handelt es sich um im Geschäftsjahr fällig gewordene Beiträge und Beitragsraten sowie Einmalbeiträge für das selbst abgeschlossene und in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft. Beiträge aus fondsgebundenen Lebensversicherungen, soweit es sich nicht um Kapitalisierungsverträge ohne Überschussbeteiligung handelt, sind ebenfalls als gebuchte Bruttobeiträge zu erfassen.

Die Beitragsanteile für Verwaltungsleistungen sind zeitanteilig als Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Für indexgebundene Policen und Dienstleistungsverträge sind Kostenzuschläge für Verwaltungsleistungen und Provisionen abzugrenzen und periodengerecht entsprechend der Leistungserbringung zu realisieren.

B a r r e s e r v e

Als Barreserve sind der Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen auszuweisen.

123

Der Kassenbestand hat auf Euro und Fremdwährung lautende Bargeldbestände zu umfassen, die mit dem Nominalwert bewertet beziehungsweise mit dem Sortenankaufkurs umzurechnen sind. Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sind der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen und zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten der Barreserve sind als Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften zu erfassen.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Als Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind sämtliche auf den Namen lautende Forderungen zu erfassen, die nicht als „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ kategorisiert werden. Neben täglich fälligen und befristeten Forderungen aus dem Kredit-, Leasing- und Geldmarktgeschäft sind unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen zu bilanzieren.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Im Rahmen der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts sind die Buchwerte gesicherter Forderungen um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts zu adjustieren. Die daraus resultierenden Buchwertanpassungen sind als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen zu erfassen. Darüber hinaus hat zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien für bestimmte Forderungen eine Einstufung zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen sind nach den Vorschriften für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen anzusetzen und zu bewerten.

Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind unter den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften zu erfassen. Als Zinserträge sind auch die Ergebnisse aus der Veräußerung von als „Kredite und Forderungen“ kategorisierten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die Amortisation von Buchwertanpassungen bei der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts zu erfassen. Ergebnisse aus der Bewertung

von Forderungen, die zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft sind, sind im gleichnamigen Ergebnis ebenfalls als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten auszuweisen.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ist als gesonderter Bilanzposten offen aktivisch abzusetzen. Zuführungen zur und Auflösungen von Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind in der Gewinn- und Verlustrechnung als Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu erfassen.

Die Risikovorsorgebildung hat darüber hinaus Veränderungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien zu umfassen. Zuführungen zu und Auflösungen von diesen Posten sind ebenfalls erfolgswirksam in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu erfassen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Als positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind die Buchwerte derivativer Finanzinstrumente auszuweisen, die im Rahmen von effektiven und dokumentierten Sicherungsbeziehungen als Sicherungsinstrumente designiert sind.

Die Bewertung der derivativen Finanzinstrumente hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Sicherungsinstrumenten für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen zwei Abschlussstichtagen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften auszuweisen.

Bei derivativen Sicherungsinstrumenten, die der Absicherung von Zahlungsströmen beziehungsweise Absicherung von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe dienen, sind die auf den effektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral zu erfassen. Der Ausweis hat im Eigenkapital in der Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen beziehungsweise in der Rücklage aus der

124

Währungsumrechnung zu erfolgen. Die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sind als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften auszuweisen.

H a n d e l s a k t i v a u n d - p a s s i v a

Handelsaktiva und -passiva haben ausschließlich finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zu umfassen, die der Bewertungskategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet werden.

Derivative Finanzinstrumente mit positiven beizulegenden Zeitwerten sind den Handelsaktiva zuzuordnen, wenn diese mit Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder trotz Sicherungsabsicht die Voraussetzungen zu einer Bilanzierung als Sicherungsinstrument nicht erfüllen.

In den Handelsaktiva und Handelsspassiva ausgewiesene Finanzinstrumente sind stets erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Ergebnisse aus der Bewertung, Zinserträge und -aufwendungen sowie Dividenden aus Handelsaktiva und -passiva sind im Handelsergebnis zu erfassen, sofern bei den jeweiligen Instrumenten eine tatsächliche Handelsabsicht besteht.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden, jedoch nicht in die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen einbezogen werden, sind im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten als Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten zu erfassen. Werden Grundgeschäfte zur Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien der Kategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet, sind die Bewertungsergebnisse der zugeordneten Sicherungsderivate im Ergebnis aus „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten“ zu erfassen. Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, sind im Zinsüberschuss auszuweisen.

F i n a n z a n l a g e n

Als Finanzanlagen sind auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie auf den Inhaber oder den Namen lautender sonstiger Anteilsbesitz an Unternehmen, bei denen kein maßgeblicher Einfluss besteht, auszuweisen, sofern diese Wertpapiere beziehungsweise Unternehmensanteile nicht zu Handelszwecken gehalten werden. Darüber hinaus haben die Finanzanlagen Anteile an konsolidierten Tochterunternehmen sowie Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen zu umfassen.

Der erstmalige Ansatz der Finanzanlagen hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Aktien und sonstiger Anteilsbesitz, Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden oder bei denen der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, sind beim Zugang mit den Anschaffungskosten anzusetzen. Die Folgebewertung der Finanzanlagen hat entsprechend den in diesen Grundsätzen beschriebenen Bewertungskategorien, der sie zugeordnet sind, zu erfolgen. Bei Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen ist die Folgebewertung grundsätzlich nach der Equity-Methode vorzunehmen.

Wertberichtigungen von Finanzanlagen sind direkt im Buchwert der betreffenden Finanzanlagen vorzunehmen.

Zinsen sowie über die Laufzeit amortisierte Agien und Disagien aus Finanzanlagen sind im Zinsüberschuss zu erfassen. Dividenden aus Eigenkapitalinstrumenten sind in den laufenden Erträgen im Zinsüberschuss auszuweisen. Ergebnisse aus der Anwendung der Equity-Methode sind ebenfalls im Zinsüberschuss auszuweisen. Wertberichtigungen und Wertaufholungen sowie bei Veräußerungen realisierte Gewinne und Verluste aus nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzanlagen sind im Ergebnis aus Finanzanlagen zu berücksichtigen.

S a c h a n l a g e n u n d I n v e s t m e n t P r o p e r t y

Im Bilanzposten Sachanlagen und Investment Property sind durch die genossenschaftliche FinanzGruppe genutzte Grundstücke und Gebäude sowie

125

Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einer erwarteten Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr zu erfassen. Darüber hinaus sind Vermögenswerte als Leasinggegenstände auszuweisen, die im Rahmen von Operating-Leasing-Geschäften gehalten werden. Unter Investment Property sind Immobilien auszuweisen, die der Erzielung von Mieteinnahmen dienen oder mit der Absicht der Wertsteigerung gehalten werden.

Sachanlagen und Investment Property sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen, die in den folgenden Berichtszeiträumen um kumulierte Abschreibungen und kumulierte Wertberichtigungen zu reduzieren sind. Direkt zurechenbare Fremdkapitalkosten für Sachanlagen und Investment Property, bei denen es sich um qualifizierte Vermögenswerte handelt, sind als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren.

Abschreibungen und Wertberichtigungen von Sachanlagen und Investment Property sind als Verwaltungsaufwendungen zu erfassen. Wertaufholungen gehen in das Sonstige betriebliche Ergebnis ein.

Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche sind im Bilanzposten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Bilanzposten Ertragsteuerverpflichtungen auszuweisen. Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind in der Höhe anzusetzen, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind für temporäre Differenzen zwischen dem Wertansatz im Konsolidierten Jahresabschluss und dem steuerlichen Wertansatz von Vermögenswerten und Schulden sowie für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge anzusetzen, sofern ihre Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Die Bewertung hat mit dem landes- und unternehmensspezifischen Steuersatz zu erfolgen, der voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung Gültigkeit haben wird.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind nicht zu diskontieren. Soweit temporäre Differenzen erfolgsneutral entstanden sind, sind die daraus resultierenden latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ebenfalls erfolgsneutral zu erfassen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern

sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern zu berücksichtigen.

Sonstige Aktiva

Immaterielle Vermögenswerte sind unter den Sonstigen Aktiva auszuweisen. Diese sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. Software, erworbene Kundenbeziehungen und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit bestimmter Nutzungsdauer sind bei der Folgebewertung um kumulierte Abschreibungen und kumulierte Wertberichtigungen zu reduzieren. Geschäfts- oder Firmenwerte sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sind nicht abzuschreiben, sondern mindestens einmal im Geschäftsjahr auf Wertminderungen gemäß IAS 36.7-57 zu überprüfen.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Schulden

Langfristige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden, deren Veräußerung geplant ist, realisieren ihren Buchwert überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch ihre fortgesetzte Nutzung. Sie sind daher bei Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren.

Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchst wahrscheinlich ist. Eine höchst wahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten ist die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte zu beenden.

126

Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte beziehungsweise Veräußerungsgruppen hat in den Bilanzposten Sonstige Aktiva in den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und in den Sonstigen Passiva in den zur Veräußerung gehaltenen Schulden zu erfolgen. Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis auszuweisen. Sofern es sich um Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen aufgebener Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis aus diesen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen separat im Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind sämtliche auf den Namen lautende Verbindlichkeiten auszuweisen, die nicht als „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ kategorisiert werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Soweit Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden als gesichertes Grundgeschäft in einer effektiven Absicherung des beizulegenden Zeitwerts designiert sind, ist ihr Buchwert um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts anzupassen. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, für die zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien die Fair Value Option ausgeübt wird, sind am Abschlussstichtag mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind gesondert im Zinsüberschuss zu erfassen. Zu den Zinsaufwendungen zählen auch Ergebnisse aus vorzeitigen Tilgungen und aus der Amortisation von Buchwertanpassungen bei der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts. Aus der Absicherung des beizulegenden Zeitwerts resultierende Anpassungen des Buchwerts sind im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen zu erfassen. Soweit Verbindlichkeiten zur erfolgswirksamen Bewer-

tung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft sind, hat die Erfassung der Bewertungsergebnisse im gleichnamigen Ergebnis als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten zu erfolgen.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten sind emittierte Pfandbriefe, sonstige Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Verbindlichkeiten auszuweisen, für die auf den Inhaber lautende übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

Die Bewertung verbriefteter Verbindlichkeiten und die Erfassung der Bewertungsergebnisse hat analog zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden zu erfolgen.

Rückstellungen

Rückstellungen stellen Schulden dar, die bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit ungewiss sind. Sie sind für gegenwärtige Verpflichtungen anzusetzen, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren, sofern ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen wahrscheinlich ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann.

Die Rückstellungen sind in Höhe der bestmöglichen Schätzung mit dem Barwert der zu erwartenden Inanspruchnahme anzusetzen und zu bewerten. Dabei sind die mit dem jeweiligen Sachverhalt verbundenen Risiken und Unsicherheiten sowie künftige Ereignisse zu berücksichtigen.

Rückstellungen für leistungsorientierte Pläne

Bei Zusage von beitragsorientierten Versorgungsplänen sind festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger zu leisten. Die Höhe der Beiträge sowie die daraus erwirtschafteten Vermögenserträge bestimmen die Höhe der künftigen Pensionsleistungen. Die Risiken aus der Verpflichtung zur Zahlung entsprechender Leistungen in der Zukunft liegen beim Versorgungsträger. Für diese mittelbaren Versorgungszusagen sind keine Rückstellungen zu bilden. Die geleisteten Beiträge sind in den Verwaltungsaufwendungen als Aufwendungen für Altersversorgung zu erfassen.

Bei leistungsorientierten Plänen sagt der Arbeitgeber eine Leistung zu und trägt sämtliche Risiken aus der Zusage. Die Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen hat auf dem

127

Anwartschaftsbarwertverfahren zu beruhen. Der Bewertung sind verschiedene versicherungsmathematische Annahmen zugrunde zu legen. Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung zu treffen. Die Annahmen zum Gehalts- und Rententrend haben sich auf in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen zu stützen und berücksichtigen Erwartungen zur künftigen Entwicklung des Arbeitsmarkts. Anerkannte biometrische Rechnungsgrundlagen (Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck) haben die Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Lebenserwartung zu bilden. Der für die Abzinsung der künftigen Zahlungsverpflichtungen verwendete Zinssatz muss einem adäquaten Marktzinssatz für erstrangige, festverzinsliche Industriefinanzierungen mit einer den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen entsprechenden Laufzeit entsprechen. Die Ableitung des Zinssatzes hat entsprechend der Verpflichtungsstruktur (Duration) anhand eines Portfolios hochwertiger Unternehmensanleihen zu erfolgen, die festgelegte Qualitätsmerkmale und Mengenkriterien (ausstehender Nennwert) erfüllen müssen. Als Qualitätsmerkmale gelten insbesondere ein durchschnittliches AA-Rating von Moody's Investors Service, New York, Standard & Poor's, New York, Fitch Ratings, New York/London, und DBRS, Toronto. Anleihen mit bestehenden Kündigungsrechten in Form eingebetteter Derivate sind hierbei nicht zu berücksichtigen. Die Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der Primärbanken und der MHB hat nach den oben genannten Grundsätzen unter Anwendung einer typisierten zugrunde gelegten Versorgungszusage zu erfolgen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen und Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen von leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von Planvermögen und Erstattungsansprüchen sind im Geschäftsjahr, in dem sie anfallen, im erfolgsneutralen Konzernergebnis zu erfassen.

Rückstellungen im Kreditgeschäft

Rückstellungen im Kreditgeschäft haben in branchenüblichem Umfang vorliegende Unsicherheiten zu berücksichtigen. In die zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen sind neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit auch Erwartungen und Prognosen hinsichtlich der künftigen Entwicklung zu berücksichtigen.

Bausparspezifische Rückstellungen

Bausparspezifische Rückstellungen sind für den Fall zu bilden, dass gemäß den Tarifbedingungen der Bausparverträge vereinbarte Bonifikationen zu leisten sind. Diese können in Form der Rückgewähr von Teilen der Abschlussgebühren oder in Form von Bonuszinsen für Einlagen auftreten.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind unter anderem weitere Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer auszuweisen, wie zum Beispiel Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (beispielsweise Altersteilzeitregelungen), Rückstellungen für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (beispielsweise Vorruhestandsregelungen) und Rückstellungen für kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer.

Als sonstige Rückstellungen sind weiterhin Rückstellungen für Restrukturierungen sowie Rückstellungen für Risiken aus laufenden Rechtsstreitigkeiten zu erfassen. Letztere sind in Höhe der möglichen daraus resultierenden Verluste zu bilden und, wenn mehr Gründe dafür als dagegen sprechen, dass sich aus dem jeweiligen Rechtsstreit eine Zahlungspflicht ergibt.

Nachrangkapital

Als Nachrangkapital sind sämtliche auf den Namen oder den Inhaber lautende Fremdkapitalinstrumente zu erfassen, die im Insolvenz- oder Liquidationsfall erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Verbindlichkeiten, jedoch vor Verteilung des Insolvenz- oder Liquidationserlöses an die Gesellschafter zurückgezahlt werden.

Die Bewertung des Nachrangkapitals und die Erfassung der Bewertungsergebnisse hat analog zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden zu erfolgen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat den Residualwert aus den Vermögenswerten abzüglich der Schulden der genossenschaftlichen FinanzGruppe darzustellen. Geschäftsguthaben der selbstständigen Kreditgenossenschaften sowie Anteile stiller Gesellschafter sind im Rahmen des konsolidierten Jahresabschlusses als wirtschaftliches Eigenkapital zu betrachten und im Eigenkapital auszuweisen. Das Eigenkapital hat das gezeichnete Kapital – bestehend aus Geschäftsguthaben beziehungsweise Grundkapital sowie

128

Anteilen stiller Gesellschafter – und Kapitalrücklagen der Kreditgenossenschaften zu umfassen. Darüber hinaus hat das Eigenkapital das erwirtschaftete Kapital der genossenschaftlichen Finanzgruppe, die Rücklage aus der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Neubewertungsrücklage), die Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen, die Rücklage aus der Währungsumrechnung sowie die nicht beherrschenden Anteile am Eigenkapital von konsolidierten Unternehmen zu enthalten.

Treuhandgeschäft

Treuhandgeschäfte sind Geschäfte, die in eigenem Namen für fremde Rechnung getätigt werden. Im Rahmen von Treuhandgeschäften gehaltene Vermögenswerte und Schulden erfüllen nicht die Kriterien für den Ansatz in der Bilanz.

Erträge und Aufwendungen aus Treuhandgeschäften sind als Provisionserträge beziehungsweise Provisionsaufwendungen zu erfassen. Erträge und Aufwendungen aus der Durchleitung und Verwaltung von Treuhandkrediten sind zu verrechnen und in den Provisionserträgen aus dem Kredit- und Treuhandgeschäft auszuweisen.

Erläuternde Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat erläuternde Angaben nach den nachfolgenden Vorgaben zu enthalten:

- Offenlegung der gemäß IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ geforderten Angaben
- Offenlegung einer Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8 „Geschäftssegmente“
- Weitergehende Analysen und Aufgliederungen der wesentlichen Bestandteile der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanzposten
- Darstellung der Entwicklung der Risikovorsorge (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung; Überleitung Anfangsbestand auf Endbestand)
- Überleitungsrechnung nach IAS 12.81c zur Darstellung des Zusammenhangs zwischen den – unter Anwendung des in Deutschland geltenden Steuerrechts – rechnerisch ermittelten und den erfassten Ertragsteuern

- Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Entwicklung der Planvermögen gemäß IAS 19.140
- Angaben zu Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.25 und IFRS 7.39a
- Angaben zur Kapitalausstattung und zu aufsichtsrechtlichen Kennziffern:
 - Die Angaben haben sich jeweils auf das institutsbezogene Sicherungssystem (genossenschaftlicher Haftungsverbund) zu beziehen. Die Angaben zu den Eigenmitteln beziehungsweise Eigenmittelanforderungen haben auf den Informationen aus der EZR nach Artikel 49 Absatz 3 CRR in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR zu beruhen.
 - Zum 31. Dezember 2016 hat für das institutsbezogene Sicherungssystem des genossenschaftlichen Verbundes der Ausweis der Leverage Ratio entsprechend der Anforderungen des Artikel 429 CRR zu erfolgen. Als Kapitalmessgröße ist das Kernkapital gemäß EZR nach Artikel 49 Absatz 3 CRR zugrunde zu legen, das um sämtliche haftungsverbund-internen Kernkapitalpositionen der Mitglieder des institutsbezogenen Sicherungssystems zu bereinigen ist. Die Risikopositionswerte sind durch Aggregation der Einzelmeldungen zur Leverage Ratio sämtlicher Mitgliedsinstitute zu ermitteln und um wesentliche haftungsverbundinterne Positionen zu bereinigen.
 - Die Primärbanken und die MHB sind mit ihren jeweiligen Meldungen auf Einzelbasis einzubeziehen. Die DZ BANK ist mit ihrer Meldung auf konsolidierter Basis zu berücksichtigen. Die Meldung des DZ BANK Konzerns hat auf Basis des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises zu erfolgen.
 - Die zugrunde gelegten Meldebögen der IPS-Mitglieder („Institutional Protection Scheme“) zum 31. Dezember 2016 hat auf der Durchführungsverordnung (EU) 680/2014 zu erfolgen, die durch die Durchführungsverordnung (EU) 2016/428 an die Änderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 vom 10. Oktober 2014 angepasst wurde.
- Aufgliederungen zur Zusammensetzung von Finanzgarantien und Kreditzusagen, zum Treuhandgeschäft, zur Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe, Bestandsbewegungen sowie Bewegungen der Zuteilungsmasse der Bausparkasse Schwäbisch Hall, Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft der Hypothekenbanken
- Angaben zu Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.47

129

- Nennung der Mitglieder des Vorstands des BVR
- Unterzeichnung des konsolidierten Abschlusses durch den Vorstand unter Angabe des Datums

L a g e b e r i c h t i n k l u s i v e R i s i k o b e r i c h t

Bei der Aufstellung des Lageberichts inklusive des Risikoberichts sind die Grundsätze des § 315 Absatz 1 Sätze 1 bis 4 HGB zu berücksichtigen. Die Angabe von Leistungsindikatoren im Sinne § 315 Absatz 3 HGB hat entsprechend zu erfolgen. Die maßgeblichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren sind im Abschnitt Personalbericht darzustellen. Der Risikobericht hat eine Darstellung der Angaben nach § 315 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 HGB in analoger Anwendung auf die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken und Raiffeisenbanken als Verbund sowie die Erfüllung des Zwecks als institutsbezogenes Sicherungssystem vorzunehmen. Weiter hat eine Darstellung der wesentlichen Chancen sowie des Risikomanagements im Verbund als dezentrale Organisation sowie im Rahmen der Prognose ein Ausblick auf die Entwicklung wesentlicher Elemente der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfolgen.

130

Herausgeber



**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR**
Geschäftspolitik/Kommunikation
Redaktion: Tim Zuchiatti
Verantwortlich: Melanie Schmergal
Schellingstraße 4 · 10785 Berlin
Telefon: 030 2021-1300
Telefax: 030 2021-1905
E-Mail: presse@bvr.de
www.bvr.de



- 1 Handelsergebnis, Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten.
- 2 Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft, Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen, Versicherungsleistungen, Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb.
- 3 Bilanzsumme einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen, Treuhandgeschäft sowie Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe.
- 4 Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital.
- 5 Konsolidierter Jahresüberschuss im Verhältnis zur Bilanzsumme.



BVR

